

Erik Eybl

Weder Krieg noch Frieden

Die Geschichte Österreichs 1918-1938
im Spiegel der Plakate

Sonderausstellung

15. 6. bis 15. 10. 2008

Museum 1915-1918
9640 Kötschach-Mauthen

www.dolomitenfreunde.at
www.plakatmuseum.at

Inhalt

Einleitung	3
Österreich	4
Das Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914 und der Erste Weltkrieg.....	4
Kriegserklärungen	5
Kriegsziele: Plan... ..	5
...und Wirklichkeit.....	6
Kriegsjahre 1916 / 1917	6
Russland 1917-1921: Revolution, Friedensschluss und Bürgerkrieg	7
Der Zusammenbruch Russlands und Rumäniens	7
Russischer Bürgerkrieg 1919- 1921	8
Österreich-Ungarn: Die zerstörerischen Kräfte	9
Spionage und Standrecht	9
Nationalismus	9
Tschechen und Slowaken.....	10
Polen 1914-1918.....	10
Südslawen.....	11
Dem Ende entgegen, das Kriegsjahr 1918.....	11
Die „Sixtus-Affäre“	11
Die letzte Offensive Österreich-Ungarns	12
Sozialismus und Krieg.....	12
Streiks, Aufstände, Desertionen und Meutereien.....	12
Die Unruhen in Österreich-Ungarn, Jänner bis November 1918	13
Hunger und Not	15
Das „Völkermanifest“ Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918.....	15
Die letzten Kriegstage Österreich-Ungarns	15
Die letzten Kriegstage Österreich-Ungarns	16
Die letzten Kriegstage des Deutschen Reiches	17
Republik Deutschösterreich bis zum Vertrag von St. Germain 1919	18
November 1918	18
Das Entstehen der Republik Deutschösterreich	18
Demobilisierung, Kriegsgefangene und Heimkehrer	19
Gemeindefürsorge und Volkswehr	20
Invalide, Witwen, Waisen,	20
Verhungern oder erfrieren	20
Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919.....	21
Der Kampf um die demokratische Republik	23
Deutschland 1918 - 1933	24
Bürgerkrieg und Fememord in Deutschland 1918-1922	24
Die Sozialdemokraten übernehmen die Regierung	24
Bürgerkrieg in Berlin	24
Räterepublik und Bürgerkrieg in München	25
Der Vertrag von Versailles 1919	26
Die Deutschen:	26
Die französischen „Hardliner“.....	26
... und die angelsächsischen „Verständigungspolitiker“	26
Die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles:	26
Drei dilettantische Putschversuche	27
Besetzung und Hyperinflation	28
Besetzung des Ruhrgebietes	28
Hyperinflation.....	28
Österreich 1919-1921	29
Der Anschlussgedanke	29
Der Anspruch auf Vertretung aller Deutschsprachigen des „alten Österreich“	29
Tschechische Großmachtgedanken	30
Der Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye 1919	30
Die wichtigsten Vertragsbestimmungen	30
Die Aufteilung Österreich-Ungarns	31
Los von Österreich.....	31
Südtirol	31
Kärnten (fast) ungeteilt bei Österreich.....	32
Die Südsteiermark	33
Aber das Burgenland kommt zu Österreich	33

Ungarn 1918 - 1921.....	34
Fiume/ Rijeka.....	34
Räterepublik und Machtergreifung Admiral Horthys.....	34
Kaiser Karl: Exil und Restaurationsversuche in Ungarn	35
Der Weg ins Exil.....	35
Erster Restaurationsversuch, März 1921	35
Zweiter Restaurationsversuch, Oktober 1921 und zweites Exil.....	35
Die Tschechoslowakei.....	36
Exilpolitiker und Staatsgründer: Tomáš Garrigue Masaryk und Edvard Beneš	36
Das Entstehen der tschechoslowakischen Republik.....	37
Die Grenzen	37
Österreich bis 1933	39
Nachkriegswirtschaft.....	39
Notgeld	39
Inflation und Sanierung	39
Antisemitismus	40
Das „Rote Wien“.....	40
Die neue Rolle der Frau	41
Tourismus und Sport.....	41
Großmacht im Fußball	42
Polarisierung der Gesellschaft.....	43
Die Toten von Schattendorf und der Justizpalastbrand.....	43
Parteiarmeen.....	45
Heimwehr und Heimatschutz.....	45
Republikanischer Schutzbund.....	45
Parteiprogramme.....	46
Auf dem Weg zum autoritären Staat	47
Die Zerstörung der Demokratie und die „Vaterländische Front	47
Weltwirtschaftskrise in Österreich	48
Die Banken krachen	48
Arbeitslosigkeit.....	49
Österreichs Bundesheer 1920 – 1938.....	50
1934: Bürgerkrieg und Putschversuch	51
NS-Terror und nationalsozialistischer Putschversuch 1934	52
Die letzten vier Jahre.....	53
Hitlers Weg zur Macht.....	53
Dem Untergang entgegen.....	55
Einmarsch und Anschluss 1938– Eine Woche im März	56
Die Hetzjagd beginnt.....	58
Der erste Österreichertransport („Prominententransport“) nach Dachau.....	59
Transporthäftling Nr 76: Löhner-Beda, Fritz.....	61
Buchenwaldlied	62
Volksabstimmung am 10. April 1938.....	62
Sieben Jahre im „Tausendjährigen Reich“	63
Die Bilanz von Österreichs Teilnahme am Großdeutschen Reich waren	63

Einleitung

Runde Geburts- und Todestage regen immer zu Reflexionen an. Heuer jährt sich die Geburt der „Ersten Republik“ Österreich zum neunzigsten, ihr Tod zum siebzigsten Male.

Österreich-Ungarn hatte im Herbst 1918 den Ersten Weltkrieg und die Herrscherdynastie der Habsburger im Volk jedes Vertrauen verloren. Die Nationen des Reiches gründeten ihre eigenen Staaten und am 12. November 1918 riefen auch die 10 Millionen deutschsprachigen Österreicher ihre Republik aus - von denen im Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye dann doch 3,5 Millionen den Nachbarländern Italien, Jugoslawien und Tschechoslowakei zugeteilt wurden. Da kaum jemand an die Lebensfähigkeit dieses so armselig wirkenden Kleinstaates „Deutschösterreich“ glauben wollte, beschloss man, sich besser gleich an Deutschland anzuschließen. Genau das wurde aber von den Siegerstaaten verboten, die keine Stärkung Deutschlands akzeptieren wollten. Seine Selbständigkeit verdankt Österreich – wider Willen – den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg. Ansonsten schufen diese Verträge aber mehr Probleme als sie lösten und trugen damit schon den Keim des Zweiten Weltkrieges in sich. So kann man die Jahre von 1914 bis 1945 auch als einen „Zweiten Dreißigjährigen-Krieg“ bezeichnen, denn die „Zwischenkriegszeit“ war alles andere denn friedlich. Die meisten Probleme, mit denen Europa noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg zu kämpfen hatte, waren durch den Ersten Weltkrieg entstanden. Ja, die Wirkungen reichen bis in das Heute, wie der blutige Zerfall des auch als Folge des Ersten Weltkrieges entstandenen Jugoslawiens zeigt. 1918 ist das Schicksalsjahr europäischer Geschichte.

Nach zwanzig Jahren Existenzkampf und Unruhen, Hunger und Gewalt, zaghaften Erfolgen und zahlreichen Rückschlägen, galoppierender Inflation und Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Elend, kulturellen Spitzenleistungen und grandiosen Fußballsiegen, Bürgerkrieg und Ausschaltung des parlamentarisch-demokratischen Systems, Terrorismus und Putschversuchen wurde dieser „Staat wider Willen“ am 12. März 1938 das erste Ziel der Aggression des nationalsozialistischen Deutschlands. Es entsprach der inneren Zerrissenheit Österreichs, dass ein Teil der Bevölkerung den Einmarsch deutscher Truppen frenetisch bejubelte, während ein anderer Teil sich auf der Flucht oder schon in den Gefängnissen befand oder sich in eine Art „innere Emigration“ zurückgezogen hatten, um das Terrorregime überleben zu können. Hat sich Österreich nach 1945 aus verständlichen Gründen als erstes Opfer Hitlers dargestellt, so musste dieses Bild unseres Landes in den letzten Jahrzehnten doch maßgeblich korrigiert werden. Zu viele Österreicher waren Täter gewesen. Aber nicht nur die Täter, auch die Opfer waren Österreicher.

All das wird in der Ausstellung „Weder Krieg noch Frieden“ durch Plakaten, Flugblättern und Zeitungen präsentiert, denn die waren bis in die 1940er Jahre die einzigen Massenmedien. Wobei dem Plakat eine herausragende Rolle zukommt: als Informationsträger, aber auch als Instrument der Massenbeeinflussung ist es historische Quelle ersten Ranges. Darüber hinaus sind viele Plakate auch Kunstwerke von hoher Qualität und ihrer Natur nach einfach dafür geschaffen, Aufmerksamkeit zu erregen.

Text, Copyrigh (alle Rechte vorbehalten), Sammlung und Ausstellungsgestaltung:

Dr. Erik Eybl, Wien 2008

Kontaktadresse: erik.eybl@aon.at;

Information: www.plakatmuseum.at

Österreich

Von 1282 bis 1918 beherrschten die Habsburger Mitteleuropa. Das circa 50.000 km² große Lehen, das König Rudolf I von Habsburg 1282 seinen Söhnen übergeben hatte, umfasste Niederösterreich, den Großteil von Oberösterreich und die Steiermark. Durch Heiratspolitik und Kriege wurden zahlreiche Länder erworben und manche wieder verloren.

Im Jahr 1914 war Österreich-Ungarn flächenmäßig mit 676.000 km² nach Russland der zweitgrößte, bevölkerungsmäßig mit knapp 53 Millionen Menschen nach Russland und dem Deutschen Reich der drittgrößte Staat Europas. Es hatte die viertgrößte Armee und sechstgrößte Kriegsflotte der Welt.

Dann taumelte Österreich-Ungarn in seinen letzten Krieg. Aus einer beschwingten kurzen Strafexpedition gegen den lästigen Kleinstaat Serbien sollte die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ werden.

1918 - 636 Jahre nach dem Herrschaftsantritt der Habsburger – war Österreich wieder ein Kleinstaat mit einer Fläche von 83.000 km² und 6,5 Millionen Einwohnern geworden.

Das Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914 und der Erste Weltkrieg

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin am 28. Juni 1914 löste den Ersten Weltkrieg aus. Franz Ferdinand strebte die Zusammenfassung der südslawischen Gebiete der Monarchie als gleichberechtigten Teilstaat neben Österreich und Ungarn an. Das machte ihn zum Todfeind serbischer Nationalisten, die ähnliches unter Führung Serbiens planten. Die serbische Expansionspolitik zielte dabei vor allem auf das teilweise serbisch besiedelte Bosnien-Herzegowina, das Österreich-Ungarn 1908 annektiert hatte. Anlässlich seines Besuches in der bosnischen Hauptstadt Sarajewo waren drei Attentäter auf ihn angesetzt. Der Mittelschüler Gavrilo Princip, ein österreichischer Staatsbürger, tötete das Ehepaar mit mehreren Revolverschüssen.

Als einzig mögliche Antwort auf die Ermordung Erzherzog Franz Ferdinands sahen Politik, Armee und öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn einen Krieg gegen Serbien. Ein Ultimatum, dessen Forderungen mit der staatlichen Souveränität kaum vereinbar waren, sollte den letzten Vorwand liefern. Tatsächlich lehnte Serbien einen Punkt des Ultimatums ab.

Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien löste eine Kettenreaktion von weiteren Kriegserklärungen aus. Binnen weniger Monate erfasste der Krieg ganz Europa mit Ausnahme Dänemarks, Schwedens, Norwegens, der Schweiz und Spaniens. Durch die Beteiligung von Soldaten des britischen und französischen Kolonialreiches, den Kriegeintritt Japans und der USA sowie der formellen Kriegserklärungen einer Reihe von südamerikanischen und asiatischen Staaten wurde er zum ersten Weltkrieg der Geschichte.

Die gegeneinander kämpfenden Blöcke waren die

Mittelmächte: Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Türkei, Bulgarien

Alliierten: Russland, Serbien, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien, Rumänien, USA

Kriegserklärungen

Österreich-Ungarn an Serbien	28.07.1914	Bulgarien an Rumänien	01.09.1916
Deutsches Reich an Russland	01.08.1914	USA an Deutsches Reich	06.04.1917
Deutsches Reich an Frankreich	03.08.1914	Kuba an Deutsches Reich	07.04.1917
Deutsches Reich an Belgien	03.08.1914	Panama an Deutsches Reich	07.04.1917
Britisches Reich an Deutsches Reich	04.08.1914	Griechenland an Deutsches Reich	29.06.1917
Montenegro an Österreich-Ungarn	05.08.1914	Griechenland an Österreich-Ungarn	29.06.1917
Österreich-Ungarn an Russland	06.08.1914	Griechenland an Türkei	29.06.1917
Serbien an Deutsches Reich	06.08.1914	Griechenland an Bulgarien	29.06.1917
Britisches Reich an Österreich-Ungarn	12.08.1914	Siam an Deutsches Reich	22.07.1917
Frankreich an Österreich-Ungarn	12.08.1914	Siam an Österreich-Ungarn	22.07.1917
Montenegro an Deutsches Reich	12.08.1914	Liberia an Deutsches Reich	04.08.1917
Japan an Deutsches Reich	23.08.1914	China an Deutsches Reich	14.08.1917
Österreich-Ungarn an Japan	23.08.1914	China an Österreich-Ungarn	14.08.1917
Österreich-Ungarn an Belgien	28.08.1914	Brasilien an Deutsches Reich	26.10.1917
Türkei an Russland	29.10.1914	USA an Österreich-Ungarn	07.12.1917
Türkei an Frankreich	29.10.1914	Kuba an Österreich-Ungarn	10.12.1917
Serbien an Türkei	29.10.1914	Panama an Österreich-Ungarn	16.12.1917
Britisches Reich an Türkei	05.11.1914	Guatemala an Deutsches Reich	23.04.1918
Italien an Österreich-Ungarn	23.05.1915	Nicaragua an Deutsches Reich	10.05.1918
Italien an Türkei	21.08.1915	Costa Rica an Deutsches Reich	25.05.1918
Italien an Deutsches Reich	27.08.1915	Haiti an Deutsches Reich	12.07.1918
Bulgarien an Serbien	11.10.1915	Honduras an Deutsches Reich	19.07.1918
Britisches Reich an Bulgarien	15.10.1915	Tschechischer Exil-Nationalrat in Paris erklärt Österreich-Ungarn den Krieg und wird von Frankreich, Großbritannien und den USA als verbündeter kriegführender Staat anerkannt.	09.08.1918
Montenegro an Bulgarien	15.10.1915		
Frankreich an Bulgarien	16.10.1915		
Deutsches Reich an Portugal	09.03.1916		
Rumänien an Österreich-Ungarn	27.08.1916		
Deutsches Reich an Rumänien	28.08.1916		
Türkei an Rumänien	28.08.1916		

Genau geführte Verlustlisten wurden nur zu Anfang des Krieges veröffentlicht. Als die Gefallenen und Verwundeten nur noch zu Zehntausenden zu zählen waren, wurden sie eingestellt. Österreich-Ungarn musste 1914 und im ersten Halbjahr 1915 sowohl an der russischen als auch der serbischen Front schwere Niederlagen einstecken, doch man informierte nur über Siege. Extraausgaben der Zeitungen zu militärischen Erfolgen wurden ab 1917 immer seltener, da die Bevölkerung sich mehr für den täglichen Überlebenskampf interessierte.

Kriegsziele : Plan...

Österreich-Ungarn suchte die Erhaltung seines Bestandes und die Befriedung des Balkans.

Deutschland wollte seine wirtschaftliche Stellung massiv stärken, sich durch Pufferstaaten in West und Ost sichern und dadurch die dominante Macht am Kontinent sowie nach weiterem Ausbau der Flotte Konkurrent Großbritanniens als See- und Kolonialmacht werden.

Nach der russischen Revolution veröffentlichte die Zeitung Iswestija die Geheimverträge der Alliierten über die Gebietsansprüche an das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn sowie die Aufteilung des Osmanischen Reiches.

Frankreich zielte auf eine möglichst große Schwächung Deutschlands. Alles linksrheinische Gebiet sollte an Frankreich, der Osten des Deutschen Reiches an ein neu zu gründendes Polen fallen. Österreich-Ungarn sollte als Gegengewicht gegen Deutschland in Mitteleuropa erhalten bleiben.

Großbritannien wollte Deutschland und Österreich-Ungarn zwar schwächen, aber als Gleichgewichtsfaktoren gegen Frankreich und Russland erhalten. Sowohl Frankreich als auch Großbritannien wollten die arabischen und mittelöstlichen Territorien der Türkei ihren Kolonialreichen einverleiben.

Russland strebte ein „Großslawisches Reich“ auf Kosten Deutschlands und Österreich-Ungarns sowie den ungehinderten Zugang zum Mittelmeer durch den Bosphorus auf Kosten der Türkei an.

Italien suchte auf Kosten Österreich-Ungarns die nationale Einheit, eine geostrategisch starke Nordgrenze am Brenner weit in deutschsprachigem Gebiet und die Herrschaft über die Ostküste der Adria. Österreich-Ungarn wäre dadurch ein Binnenstaat geworden.

Beim letzten Punkt geriet Italien in direkten Gegensatz zu **Serbien**, dessen „Großserbisches Reich“ jedenfalls alle Südslawen, also neben Bosnien-Herzegowina und Kroatien auch Dalmatien, Istrien und Krain (Slowenien) inklusive Triest umfassen sollte.

Die **USA** wollten einerseits eine Dominierung Europas und Kleinasiens durch das Deutsche Reich verhindern, andererseits die Rückzahlung der enormen Kriegskredite, die sie an Frankreich und Großbritannien gegeben hatten, sichern. In den Kriegszielen Präsident Wilsons schwang zum ersten Mal auch der Gedanke mit, amerikanisches Demokratie-Verständnis nach Europa exportieren zu wollen – jedenfalls wenn es um das Deutsche Reich ging.

Die komplette Auflösung Österreich-Ungarns wurde bis Anfang 1918 von den West-Alliierten noch nicht angestrebt, da sie durch den zu erwartenden Anschluss der deutschsprachigen Gebiete eine Stärkung Deutschlands befürchteten und auch ein „Großrussisches Reich“ nicht in ihrem Sinne war. Zwar ermutigte man die auseinanderstrebenden Nationen, um Unruhe in Österreich-Ungarn zu schaffen, bezeichnete aber die Zerstückelung der Monarchie noch nicht als Kriegsziel. Nach der Machtübernahme der Bolschewiki in Russland waren die West-Alliierten an der Errichtung einer Pufferstaaten-Zone aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns gegenüber der bolschewistischen Sowjetunion interessiert.

...und Wirklichkeit

Die Realität der Aufteilung Europas durch die „Pariser Vorort-Verträge“ von 1919 sah schlimmer aus, als von den Mittelmächten befürchtet:

Österreich-Ungarn wurde zerschlagen, die österreichische Reichshälfte auf die Tschechoslowakei, Polen, die Ukraine, Serbien/Jugoslawien und Italien aufgeteilt, der Rest musste als Kleinstaat „Österreich“ selbständig bleiben (Vertrag von St. Germain-en-Laye).

Ungarn verlor 2/3 seines Staatsgebietes an die Tschechoslowakei, Rumänien und Serbien/Jugoslawien (Vertrag von Trianon).

Das **Deutsche Reich** musste 13 % seines Staatsgebietes an Frankreich, Belgien, Dänemark und Polen sowie alle Kolonien abtreten (Vertrag von Versailles).

Das **Osmanische Reich** verlor das westliche Hinterland von Istanbul an Griechenland sowie alle arabischen Territorien (Vertrag von Sévres, revidiert im Vertrag von Lausanne).

Bulgariens Zugang zur Ägäis fiel an Griechenland (Vertrag von Neuilly-sur-Seine).

Kriegsjahre 1916 / 1917

Am 21.11.1916 starb Kaiser Franz Josef im 86. Lebensjahr. Die Lage der Monarchie schien noch nicht aussichtslos. Die Front gegen Italien hielt; Serbien war besiegt; die eigenen Truppen standen tief in Russland. Im Inneren herrschte trotz zunehmender Versorgungsschwierigkeiten noch Ruhe.

Franz Josefs Großneffe und Nachfolger Karl genoss keine Vorbereitung auf dieses Amt, was sich in Entschlusschwäche, Wankelmütigkeit und raschem Beraterwechsel äußerte. Durch den mit der Krönung zum König von Ungarn verbundenen Eid auf die ungarische Verfassung war Karl

in seinen politischen Möglichkeiten stark eingeschränkt, hoffte aber, die ungarische Krone für die Habsburger auch nach einem Zerbrechen Österreich-Ungarns retten zu können.

Ende 1916 war die Lage für die Mittelmächte so günstig, dass sie aus einer Position der Stärke Friedensverhandlungen vorschlugen. Die Alliierten lehnten ab.

Wegen der immer schwierigeren Ernährungssituation durch die britische Seeblockade nahm Deutschland 1917 den unbeschränkten U-Boot-Krieg auch gegen Handelsschiffe wieder auf. Die USA erhielten den erhofften Vorwand für einen Kriegseintritt. Dadurch sollte der Ausfall Russlands nach der März-Revolution von 1917 kompensiert und die Einbringlichkeit der Kredite an Großbritannien und Frankreich gesichert werden. Gegenüber Österreich-Ungarn blieben die USA einstweilen noch neutral, obwohl die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden. Eine Friedensinitiative von Papst Benedikt XV wurde nur von Kaiser Karl aufgenommen.

Nach dem Scheitern der deutschen Offensiven bei Verdun konnte Österreich-Ungarn den Bundesgenossen von einer gemeinsamen Aktion am Isonzo überzeugen. Im Oktober 1917 gelang der Durchbruch, doch die Italiener konnten eine neue Front 400 km weiter westlich am Piave halten. Es war der letzte große Sieg der Mittelmächte.

Nachdem Italien im November 1917 fast zusammengebrochen wäre, erklärten die USA am 7. 12. 1917 auch Österreich-Ungarn den Krieg. Die schwer demoralisierte französische und italienische Bevölkerung und Armee erhielt neue Kraft zum Durchhalten.

Russland 1917-1921: Revolution, Friedensschluss und Bürgerkrieg

Der Zusammenbruch Russlands und Rumäniens

Nach einer drastischen Verschlechterung der Versorgungslage kam es im Februar 1917 in der Hauptstadt St. Petersburg/ Petrograd zu einer Hungerdemonstration und zu Plünderungen, denen sich auch die Soldaten der Garnison anschlossen. Die Forderung nach einer Abdankung des Zaren wurde auch von einigen maßgeblichen Generälen unterstützt, Zar Nikolaus am 21.3.1917 verhaftet, zur Abdankung gezwungen und in Sibirien interniert (Märzrevolution).

Die neue bürgerliche Regierung führte den Krieg an der Seite der Westmächte aber weiter. Unter Führung des aus dem Exil heimgekehrten Wladimir Iljitsch Uljanow alias „Lenin“ forderten die radikalen „Bolschewiki“ die Absetzung dieser bürgerlichen Regierung und die sofortige Beendigung des Krieges. In Plakaten von drastischer Grausamkeit rief der litauische Maler Alexander Apsit 1918/1919 zum Kampf gegen Adel, Kirche, Gutsbesitzer und Großbürgertum auf. Da die Versorgungslage nicht gebessert werden konnte, brach die staatliche Ordnung völlig zusammen.

Als sich deutsche Truppen im Oktober St. Petersburg näherten, revoltierten die Soldaten der Garnison unter Führung von Leo Bronstein alias „Trotzki“ und stürmten am 26. Oktober 1917 den Regierungssitz im „Winterpalais“. Der Tag gilt als „Geburtstag“ der Sowjetunion. Lenin verkündete die Regierungsübernahme durch den „Allrussischen Sowjetkongress“ und ordnete Waffenstillstandsverhandlungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn an, die in der Stadt Brest-Litowsk aufgenommen wurden.

Nach einigen Verzögerungsmanövern und der Drohung mit Fortsetzung des Krieges unterzeichnete die russische Delegation am 3. März 1918 das Friedensdiktat der Deutschen. Mit Russland musste auch Rumänien kapitulieren, dessen Hauptstadt Bukarest bereits seit Dezember 1916 von deutschen Truppen besetzt war.

Neben Polen und den baltischen Staaten sagte sich auch die Ukraine von der Sowjetunion los und entsandte eine eigene Delegation zu den Verhandlungen. Um sich möglichst rasch von Russland lösen zu können unterzeichnete die **Ukraine** den Friedensvertrag schon Anfang Februar 1918. Die den hungernden und frierenden Menschen in Deutschland und Österreich-Ungarn ab Frühjahr 1918 angekündigten Lebensmittel und Rohstoffe aus Rumänien und der Ukraine erreichten wegen Transportschwierigkeiten, Sabotage und Verzögerungstaktik jedoch nur langsam ihr Ziel.

Russischer Bürgerkrieg 1919 - 1921

Ab Jänner 1918 setzte auf Befehl Lenins der Terror gegen Andersgesinnte ein, Trotzki begann aus marodierenden Soldatenhaufen die „Rote Armee“ zu formen. Als Protest gegen den Friedensschluss wurde im Juli 1918 der deutsche Botschafter in St. Petersburg, Graf Mirbach, ermordet.

Wegen seines zunehmenden Terrorismus wurde auch Lenin bei einem Attentat lebensgefährlich verletzt. Ab nun kam es zur rücksichtslosen Verfolgung der „inneren Feinde“ durch die Geheimpolizei „Tscheka“. Zwischen Ende 1917 und Februar 1922 wurden 280.000 Menschen ermordet. Die Gegner der Bolschewiken flüchteten in die Randgebiete: nach Sibirien, Südrussland und in das Baltikum, wo sie unter dem Schutz alliierter Truppen Regierungen bildeten, die ihrerseits wieder Terror gegen Bolschewiken ausübten. In den von Gegenregierungen beherrschten Gebieten stellten ehemalige zaristische Generäle militärische Verbände auf: Admiral Koltshak in Westsibirien, die Generäle Wrangel und Denikin übernahmen mit Hilfe der Briten die Macht im ölreichen Kaukasus und im Kosakengebiet am Don, General Judenic im Baltikum. Aus diesen Gebieten marschierten die „Weißen“ anfangs erfolgreich in Richtung Kernraum und Moskau. Als sich die „Weißen Truppen“ der Stadt Jekaterinenburg näherten, gab Lenin den Befehl, die dort internierte Zarenfamilie samt Gefolge zu ermorden. Trotz massiver Unterstützung der „Weißen“ durch den Westen siegten die „Roten“ schließlich an allen Fronten.

Der Sieg der Bolschewiken gründete sich auf

- konsequente Organisation
- 40.000 ehemals zaristische erfahrene Offiziere als Führer im Gefecht
- „Politische Kommissare“ als „Motivatoren“
- die Stärke der Roten Armee:
von 100.000 Mann im April 1918 auf 5 Millionen Soldaten im Jahr 1920.
- Unzuverlässigkeit der Soldaten der „Weißen“
- Die politische Führung der Opposition und die militärischen Befehlshaber waren uneinig, intrigant und agierten zeitlich völlig unabgestimmt.
- In den von der Gegenregierung besetzten Gebieten herrschte weiter Korruption und Unfähigkeit der Verwaltung.

Die Generäle der konterrevolutionären Truppen Judenic, Wrangel und Denikin flüchteten. Der vierte Armeeführer auf Seiten der „Weißen“, Admiral Koltshak, war nach dem Rückzug seiner Armee nach Südsibirien von den Tschechischen Legionären und dem französischen General Janin gegen die Zusicherung freien Durchzuges ausgeliefert und im Februar 1920 von den Bolschewiki hingerichtet worden.

Während des Bürgerkrieges brach die Lebensmittelversorgung in Russland völlig zusammen. Gegen den Hunger in den Städten wurden die Dörfer rücksichtslos geplündert, Lebensmittel und auch das Saatgut beschlagnahmt, was im Winter und Frühjahr 1921/1922 zur ärgsten Hungersnot seit Menschengedenken und zu Bauernrevolten führte. Als nach dem Ende des Bürgerkriegs die erhoffte Rückkehr von der „Notstandsdictatur“ der Bolschewiki zur „Rätedemokratie“ nicht eintrat, kam es erneuert zu Aufständen. So revoltierten 1921 Arbeiter in Petrograd und Moskau, vor allem aber die Matrosen der Nordmeerflotte in Kronstadt gegen die Bolschewiki. Die Kronstädter Matrosen wurden zu Konterrevolutionären erklärt und hingerichtet. Lenin erkannte letztlich doch den Bedarf ökonomischer Reformen, die er im Programm „NEP - Neue ökonomische Politik“ zusammenfasste. Im Ersten Weltkrieg starben 2,5 Millionen Russen, dem Bürgerkrieg und der Hungersnot der Jahre 1918-1921 fielen 10 Millionen zum Opfer.

Während in Russland der Bürgerkrieg tobte, kam es in den Randgebieten zur Bildung selbständiger Staaten und der Intervention von Franzosen und Briten.

Nach anarchistischen Zuständen im Jahr 1917 und einem bewaffneten Konflikt mit Russland erklärte sich die **Ukraine** im Juni 1918 für unabhängig. Das ehemals österreichische Ostgalizien mit überwiegend ukrainischer Bevölkerung bildete von November 1918 bis Sommer 1919 eine eigene „Volksrepublik Westukraine“, die dann von Polen besetzt wurde. Im russischen Bürgerkrieg unterstützte die selbständige Ukraine die Bolschewiken, wurde 1922 aber in einem weiteren blutigen Krieg der Sowjetunion einverleibt.

Ende 1918 erfolgte die Bildung einer selbständigen Republik **Polen**, die 1919 im Vertrag von Versailles bestätigt wurde. In dem Streben nach Vergrößerung griff Polen die Ukraine an, wurde aber von der Roten Armee bis Warschau zurückgedrängt. In der Schlacht an der Weichsel konnte der Oberbefehlshaber der polnischen Armee, Marschall Pilsudski, die Rote Armee überraschend schlagen. Im Friedensvertrag von Riga 1921 wurde die Ostgrenze Polens 250 km gegenüber der Linie von 1919 auf russisches Gebiet verschoben.

Auch das 1808 von Russland eroberte **Finnland** erklärte im Dezember 1917 seine Unabhängigkeit, die von der bolschewistischen Regierung 1918 anerkannt wurde. Nach einem kommunistischen Umsturzversuch konnten sich die „Weißen“ in einem dreimonatigen Bürgerkrieg gegen die „Roten“ durchsetzen und die Selbständigkeit Finnlands behaupten.

Österreich-Ungarn: Die zerstörerischen Kräfte

Spionage und Standrecht

Die Bewohner des unmittelbaren Frontgebietes und „unzuverlässige Personen“ wurden deportiert und in Lagern im Landesinneren untergebracht. Aus übertriebener Furcht vor Spionage terrorisierte die österreichische Militärverwaltung in Galizien die eigene Bevölkerung. Eine Unzahl von Todesurteilen wurde verhängt und sofort in der Öffentlichkeit vollstreckt.

Knapp vor dem Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 wurde das Standrecht für Soldaten und Zivilisten auch in den italienischen Gebieten Österreichs in Kraft gesetzt. Schon wer Brieftauben an sich nahm, machte sich der Spionage verdächtig und sogar im Raum Wien war das Fotografieren verboten. 1916 wurden die im italienischen Heer dienenden österreichischen Staatsbürger Cesare Battisti, Damiano Chiesa und Fabio Filzi gefangen genommen und als Hochverräter durch den Strang hingerichtet. Nach dem Krieg gelangten Fotos von Haft und Hinrichtung nach Italien, wo sie der Glorifizierung der drei Soldaten, insbesondere Battistis, dienten.

*Der in Trient 1875 geborene Rechtsanwalt **Cesare Battisti** wurde 1911 als sozialistischer Abgeordneter in den österreichischen Reichsrat gewählt. Er emigrierte 1914 nach Italien und agitierte von dort als österreichischer Staatsbürger gegen Österreich-Ungarn. Anders als die italienischen Ultra-Nationalisten Ettore Tolomei und Gabriele d'Annunzio mit ihrer Forderung nach der Grenzziehung am Brenner sprach sich Battisti für eine Staatsgrenze aus, die der Sprachgrenze entsprechen sollte. Er meldete sich freiwillig zum italienischen Heer, wurde 1916 am Monte Corno gefangen genommen und kurz darauf in seiner Heimatstadt Trient hingerichtet.*

Nationalismus

Seit 1848 bildete der Nationalismus von Deutschen, Ungarn und Slawen die größte Gefahr für den Bestand Österreich-Ungarns. In Ungarn wurden nationale Regungen der Slawen scharf unterdrückt, in Österreich fand hingegen ein Kulturkampf zwischen Deutschen und Slawen statt. Aufgrund der strengen Kontrolle politischer Parteien organisierte man sich in Kultur- oder Turnvereinen. Postkarten waren wichtige Werbeträger.

Der „Deutsche Schulverein“ war einer der wichtigsten Kulturvereine der deutschsprachigen Bevölkerung, der besonders die Sprachausbildung in den Grenzgebieten förderte.

Die bedeutendste slawische Organisation in Österreich-Ungarn waren die Turnvereine der „Sokoln“ (slawisch: Falke). Diese Sokol-Vereine stellten jene politischen Eliten und Kader, die im Umbruch 1918 in den neuen Staaten die Führung übernehmen sollten

Österreich-Ungarn: Verteilung der Nationalitäten nach Sprachen

- 25 % Deutsch
- 20 % Ungarisch
- 45 % slawische Sprachen:
 - 13 % Tschechisch
 - 10 % Polnisch
 - 8 % Kroatisch und Serbisch
 - 8 % Ukrainisch (Ruthenisch)
 - 4 % Slowakisch
 - 2 % Slowenisch
- 6 % Rumänisch
- 1 % Italienisch
- 3 % sonstige

Tschechen und Slowaken

Bald nach Kriegsbeginn bildeten die tschechischen Politiker Dr. Tomáš G. Masaryk und Dr. Edvard Beneš – beide Abgeordnete im österreichischen Reichsrat - in Paris eine Exilbewegung mit dem Ziel einer von Österreich völlig losgelösten tschechischen Republik. Kriegsgefangene, Überläufer und Auslands tschechen wurden für die „Tschechische Legion“ im russischen, französischen und italienischen Heer angeworben. Der in den USA lebende tschechische Grafiker Vojtech Preissig schuf eine Reihe von Werbeplakaten für den Dienst in der Tschechischen Legion.

Vojtech Preissig, 1873-1944, lernte unter anderem in Paris bei Alfons Mucha, 1905 eigenes Atelier in Prag, Gründung der Zeitschrift "Ceská grafika" (Tschechische Graphik). 1910 Auswanderung in die USA. Im Ersten Weltkrieg unter anderem Serie von Plakaten für die "Tschechische Legion", 1930 Rückkehr nach Prag, ab 1939 im Widerstand gegen die deutsche Besetzung, Untergrundzeitschrift "V boj", 1940 von Gestapo verhaftet, 1943 in KZ Dachau deportiert wo er 1944 im Alter von 71 Jahren stirbt.

Wegen der geringen Identifikation mit Österreich-Ungarn waren tschechische Soldaten für Propaganda besonders anfällig. Bei Gefangennahme drohte den „Legionären“ allerdings die Todesstrafe wegen Hochverrats. Bedeutung erlangte nur die „Tschechische Legion in Russland“, die im russischen Bürgerkrieg auf westlicher Seite eingriff. Insgesamt dienten 145.000 Tschechen und Slowaken in den Armeen der Alliierten oder in den „Tschechoslowakischen Legionen“. Durch diesen Einsatz und intensiven „Lobbyismus“ gelang es Masaryk und Beneš, die Politiker Frankreichs und der USA von der Notwendigkeit der Zerstörung Österreich-Ungarns zu überzeugen. Im August 1918 anerkannten die Alliierten die tschechische Exilregierung als eine gegen Österreich-Ungarn und Deutschland kriegführende Nation. Mittlerweile fand auch eine Verständigung Masaryks mit dem slowakischen Exilpolitiker Milan Rastislav Štefánik statt, der die mehrheitlich slawisch bevölkerte Slowakei aus dem jahrhundertalten Staatsverband Ungarns herauslösen und mit Böhmen und Mähren zur „Tschechoslowakei“ zusammenschließen wollte.

Polen 1914-1918

Polen wurde 1797 auf die Nachbarn Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt. Das erste Ziel der Polen war die Befreiung von der als besonders drückend empfundenen russischen Herrschaft. Eine „Polnische Legion“ von 25.000 Mann kämpfte ab August 1914 unter österreichischem Oberbefehl und unter Führung von Josef Pilsudski gegen Russland. 1916 planten Deutschland und Österreich-Ungarn ein neues Königreich Polen auf russisch-polnischem Gebiet. Nach dem Zusammenbruch Russlands warben auch die Alliierten in Frankreich und den USA massiv um polnische Freiwillige und stellten einen polnischen Staat auch unter Einbeziehung der deutschen und österreichischen Gebiete in Aussicht. Eine 70.000 Mann starke polnische „Blaue Armee“

unter dem ehemaligen österreichischen Offizier und nunmehrigen General Józef Haller unterstütze nun die Franzosen an der Westfront. Als durch den Frieden von Brest-Litowsk das zu Russland gehörende polnisch-ukrainische Cholmer-Land an die Ukraine übergeben werden sollte, kam es im Februar 1918 zu blutigen Volksaufständen in ganz Österreichisch-Polen, die in Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung gipfelten. Auf Seiten Österreichs hatte auch eine „Ukrainische Legion“ gegen Russland gekämpft, die vom erst 22jährigen Erzherzog Wilhelm befehligt worden war. Wilhelm fand nach einem abenteuerlichen Leben, das von seinem hoffnungslosen Streben nach einer ukrainischen Königskrone geprägt war, um 1950 als britischer Spion im sowjetisch besetzten Wien in einem sibirischen Lager sein Ende. Die Polen forderten nun einen alle polnisch-sprachigen Gebiete umfassenden Staat auf Grund von US-Präsident Wilsons „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Bereits in seinem „Völkermanifest“ vom 16. Oktober 1918 anerkannte Kaiser Karl die Vereinigung der österreichisch-polnischen Gebiete mit einem neuen polnischen Staat, die schon am 28. Oktober 1918 vollzogen wurde.

Südslawen

Während Slowenien (Herzogtum Krain) und Dalmatien zu Österreich gehörten und Bosnien-Herzegowina dem gemeinsamen österreichisch-ungarischen Finanzminister unterstand, war Kroatien seit Jahrhunderten Teil Ungarns. Kaiser Karl konnte die von Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand angestrebte „Südslawische Lösung“ nicht weiter verfolgen, da er bei seiner Krönung zum König von Ungarn schwören hatte müssen, das Königreich Ungarn nicht zu schmälern. Unter völliger Verkennung der Tatsachen war die ungarische Regierung selbst im Herbst 1918 höchstens bereit, über ein gewisses Maß an Autonomie zu verhandeln, keinesfalls aber über eine Entlassung Kroatiens in einen südslawischen Teilstaat der Monarchie. Im letzten Kriegsjahr erlebte daher auch im so habsburgtreuen Kroatien die radikalnationale Bewegung einen starken Zulauf. Der kroatische Abgeordnete Ante Trumbic und slowenische Exilpolitiker beschlossen schon im Juli 1917 auf der Insel Korfu mit dem exilierten serbischen Ministerpräsidenten Nikola Pašić den Zusammenschluss zu einem süd-slawischen (jugoslawischen) Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen.

Dem Ende entgegen, das Kriegsjahr 1918

Nach dem Friedensschluss mit Russland trat die deutsche Armee ab März 1918 zu ihrem letzten Großangriff an der Westfront an. Ziel war Paris und der Ärmelkanal, doch der Vorstoß scheiterte an der flexiblen Verteidigungstaktik der französischen Armee unter General Petain. Nach vier Monaten, bloß geringem Geländegewinn und dem Verlust von 230.000 Soldaten musste die Heeresleitung die Offensive einstellen und die Armee wieder hinter die Ausgangsstellung an der Marne zurücknehmen. Der alliierte Gegenstoß, verstärkt durch frische amerikanische Truppen und Panzer, durchbrach am 8. August die Front und zwang die Deutschen zu einem massiven Rückzug auf die „Siegfried“-Linie. Das deutsche Heer war völlig erschöpft, konnte die Front aber halten. Die bis dahin noch immer siegessichere deutsche Heeresleitung forderte nun den Reichskanzler auf, unverzüglich Friedensverhandlungen zu beginnen.

Die „Sixtus-Affäre“

Während der deutschen Frühjahrs-Offensive erschütterte die „Sixtus-Affäre“ Österreich-Ungarn und die Glaubwürdigkeit Kaiser Karls. Bereits 1917 hatte Kaiser Karl durch seinen Schwager Sixtus von Bourbon-Parma einen Brief an den französischen Präsidenten gesandt, in dem Karl die Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen als gerechtfertigt anerkannte. Um den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau politisch zu schwächen, erklärte der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin im April 1918, von Frankreich wegen Friedensverhandlungen kontaktiert worden zu sein. Clemenceau bestritt dies und wies auf den Brief Kaiser Karls hin, der wiederum vom nicht informierten Grafen Czernin bestritten wurde.

Darauf veröffentlichte Frankreich den Brief des Kaisers, der dessen Existenz nach erstem Leugnen zugeben musste, ihn aber nun als verfälscht darstellte. Schließlich entließ Kaiser Karl den Außenminister, der die Affäre ausgelöst hatte, büßte aber gegenüber dem Bündnispartner Deutschland und in der Öffentlichkeit seine Glaubwürdigkeit ein. Kaiserin Zita wurden ihrer französisch-italienischen Herkunft, der Rolle ihres Bruders und ihres Einflusses auf Kaiser Karl von deutschnationalen Kreisen als „Verräterin“ denunziert. Als Versöhnungsgeste musste Österreich Truppen für die deutsche Westfront stellen und befand sich gegenüber Deutschland noch mehr in der Rolle eines „Befehlsempfängers“. Nun fiel Österreich-Ungarn bei den USA, Großbritannien und Frankreich endgültig in „Ungnade“ und die Forderung tschechischer und südslawischer Exilpolitiker nach einer Zerschlagung des Habsburgerreiches wurde als Kriegsziel aufgenommen.

Die letzte Offensive Österreich-Ungarns

Im Juni 1918 versuchte die k. u. k. Armee nochmals einen Durchbruch an der Piavefront. Nach anfänglichen Erfolgen scheiterte das Unternehmen am Hochwasser und der materiellen Unterlegenheit Österreich-Ungarns. Damit war die militärische Schlagkraft Österreich-Ungarns endgültig zerbrochen, die Moral der Kampftruppe aber noch intakt. So konnte die Front bis Ende Oktober 1918 gehalten werden.

Sozialismus und Krieg

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs wurde 1888 vom Arzt Dr. Viktor Adler gegründet, der im Jahr 1918 Berater Kaiser Karls wurde. Viktor Adler verstarb am 11. November 1918, einen Tag vor Ausrufung der Republik. Die Kriegsbegeisterung erfasste ursprünglich auch die Sozialdemokraten. Da Ministerpräsident Graf Stürgkh seit Kriegsbeginn ohne Parlament regierte, fanden die radikaleren Sozialisten aber rasch wieder zu einer kritischen Haltung. Friedrich Adler, Führer des linken Parteiflügels und Sohn des Parteiobermanns Viktor Adler, erschoss Graf Stürgkh am 21. 10. 1916. Friedrich Adler wurde zum Tode verurteilt, im November 1918 von Kaiser Karl begnadigt und danach zu einem einflussreichen Führer der österreichischen Sozialdemokratie. Als 1918 immer häufiger Aufstände und Demonstrationen Österreich-Ungarn erschütterten, verfügten oftmals nur noch die sozialdemokratischen Abgeordneten über das Vertrauen der Bevölkerung, um die Lage ohne Militäreinsatz entspannen zu können.

Streiks, Aufstände, Desertionen und Meutereien

Die Militärverwaltung vieler Betriebe und die immer mangelhaftere Ernährung führte zu Hass auf Kriegsgewinnler, Juden, Offiziere und letztlich auch das Kaiserhaus. Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft hatten den Sturz des Zaren miterlebt und brachten revolutionäre Ideen in das kriegsmüde, hungernde Österreich-Ungarn. Als die schon viel zu geringe Brotration von 1.260 Gramm pro Woche im Jänner 1918 nochmals auf 630 Gramm halbiert wurde, traten fast eine Million Arbeiter in einen Streik, der nur mit größter Mühe beendet werden konnte. Österreich-Ungarn war knapp einer Revolution entgangen. Aus den gleichen Gründen streikten ab 28. 1. 1918 auch in Deutschland eine Million Arbeiter. Diese Streiks waren der Beginn andauernder Demonstrationen, Plünderung und Meutereien, die hunderten Menschen das Leben kosteten, zu 110 Todesurteilen führten und die letztlich im Umsturz vom November 1918 mündeten.

Mitte 1918 standen nur noch 600.000 Soldaten Österreich-Ungarns an der Front, mehr als eine Million befanden sich im Hinterland. Sie sollten requirieren und die innere Ordnung aufrecht erhalten, wurden aber selbst immer mehr zum revolutionären Potential. Rund 250.000 Soldaten hatten sich auf Dauer unerlaubt von der Truppe entfernt. Sie bildeten in Wäldern aber auch Städten oft Banden, die ganze Regionen durch Überfälle und Plünderungen terrorisierten.

Die Unruhen in Österreich-Ungarn, Jänner bis November 1918

Datum 1918	Art der Unruhe	Ort	Teilnehmer	Anzahl Beteiligte
3.-27.1.	Jännerstreiks	Ganze Monarchie	Arbeiter	700.000
3.1.	Streik	Ungarn, Westgalizien	Arbeiter	110
14.1.	Streik	Wiener Neustadt, Triest	Arbeiter	
15.-23.1.	Generalstreik	Ternitz, Wimpassing, Wien	Arbeiter	84.000
15.-17.1.	Hungerdemonstration	Krakau	Zivilisten	
18.1.	Streik	Budapest		
19.-22.1.	Generalstreik	ung Industriestädte		200.000
19.1.	Streik; Demonstration	Dux, Pilsen, Kladno	Arbeiter	
19.1.	Hinterlandsdesertion	Szabadka	Marschaon IR 26	450
21.-25.1.	Streik	böhm. Industriestädte		
22.-25.1.	Generalstreik	Prag	Arbeiter	150.000
23.-24.1.	Hungerdemonstration	Jaslo; Lemberg, Tarnow	Zivilisten	
24.-26.1.	Hungerdemonstration	Raum Prag	Zivilisten	
22.-27.1.	Streik	Pola	Militärische Arbeiter	10.000
29.1.	Hungerdemonstration	Pilsen	Zivilisten	
1.2.-3.2.	Meuterei	Cattaro	Matrosen	800
1.-10.2.	Streik	Mährische Berg- u Eisenindustrie	Arbeiter	60.000
2.-20.2.	Politischer Aufstand	Galizien, Schlesien	Gesamte polnische Bevölkerung gegen die Abtretung russisch-polnischen Gebietes an die neue Ukraine	mehrere 100.000
2.2.	Demonstration	Lemberg	Studenten	
9.2.	Demonstration	Galizien,	Zivilisten, poln Legion	50.000
12.2.	Demonstration	Krakau	Zivilisten	
17.-20.2.	Demonstration, Streik	Galizien, Lublin	Zivilisten	
9.-11.2.	Meuterei	Mostar	ErsBaon IR 22	
6.3.	Plünderung	Graz	Frauen, Jugendliche	1.500
11.-15.3.	Streik	Teplitz, Brüx	Bergarbeiter	6.100
18.3.	Streik	Zsilvölgy, Lupény	Bergarbeiter	400
20.3.	Streik	Pilsen	Eisenbahner	2.000
23.3.	Streik	Budapest	Schuhfabriksarbeiter	2.000
4.4.	Hungerdemonstration Plünderung	Schluckenau	Zivilisten	1.000
7.4.	Streik	Resiczabánya	Arbeiter	6.500
7.-12.4.	Streik	Somsály	Bergarbeiter	1.000
16.4.	Plünderung	Rumburg	Zivilisten	
16.-17.4.	Plünderung	Krakau	Zivilisten	
24.4.	Plünderung	Laibach	Frauen	600
25.4.	Meuterei	Zurawica/ Galizien	ErsBaon IR 9	
1.5.	Demonstration	Prag, Pilsen, Kladno;	Zivilisten	150.000
1.5.	Hungerdemonstration	Mährisch-Ostrau	Zivilisten	
1.5.	Hungerdemonstration	Wien	viele Frauen	
3.5.	Meuterei	Sambor	ErsBaon IR 40	
4.-8.5.	Plünderung	Schlan-Kladno	Bergarbeiter	9.000
10.-11.5.	Hungerdemonstration	Neupaka	Frauen	
12.5.	Meuterei	Böhmisch-Leipa	ErsBaon IR 18	
12.5.	Meuterei, Plünderung	Rimaszombat	ErsBaon IR 80	320
12.-14.5.	Meuterei, Plünderung	Judenburg,	ErsBaon IR 17, Zivilisten	1.200
12.-14.5.	Hungerdemonstration, Plünderung	Leoben, Donawitz	Zivilisten	2.000

14.5.	Meuterei	Murau	ErsKp FJB 7	200
13.5.	Hungerdemonstration	Strakonitz	Frauen	
13.5.	Hungerdemonstration	Mährisch-Ostrau	Frauen	3.000
17.5.	Meuterei	Reichenberg	ErsBaon IR 44	
18.5.	Meuterei	Lublin	ErsBaon IR 58	
20.5.	Meuterei	Pécs	ErsBaon IR 6, Arbeiter	2.000
21.5.	Meuterei	Trencsén	ErsBaon HIR 15	
21.5.	Meuterei	Rumburk	ErsBaon SchR 7	300
22.5.	Hungerstreik	Brüx, Dux, Teplitz	Bergarbeiter	8.000
23.5.	Demonstration	Pilsen	Arbeiter	2.500
23.5.	Meuterei	Mährisch-Schönberg	ErsBaon IR 95	
23.5.	Meuterei	Radkersburg	ErsBaon IR 97	1.600
26.5.	Meuterei	Krásnik	ErsKp FJB 18	
29.5.	Meuterei	Jicin	ErsBaon IR 90	
29.5.	Plünderung	Krakau	ErsBaon SchR 17	
29.5.	Meuterei	Sajóecseg	HIR 305 Feldtruppe	
2.6.	Meuterei	Kragujevac	ErsBaon IR 71	600
5.6.	Meuterei	Piotrków	ErsBaon IR 100	200
5.6.	Meuterei	Pressburg	ErsBaon IR 27	
6.6.	Plünderung	Böhmisch-Trübau	Arbeiter	800
6.6.	Plünderung	Stryi	Zivilisten	
7.6.	Plünderung	Pardubitz	Zivilisten	2.000
15.6.	Hungerstreik	Knittelfeld	Bahnarbeiter	1.600
16.6.	Meuterei	Krakau	XLMBaon SchR 16	
17.-23.6.	Hungerstreik, Plünderung	Wien	Arbeiter	48.000
17.-26.6.	Streik, Lohnforderung	Ungarn	Arbeiter	mehrere 100.000
18.6.	Hungerstreik	Trifail	Bergarbeiter	
21.-22.6.	Plünderung,	Pilsen	Zivilisten	1.000
22.6	Streik	Pilsen	Arbeiter, Straßenbahner	30.000
29.6.	Plünderung	Norden von Wien	Zivilisten	30.000
1.7.	Streik, Lohnforderung	Vrdnik	Bergarbeiter	580
2.7.	Meuterei	Wörgl	MKp SchR16	
8.7.	Hungerstreik	Idria	Bergarbeiter	
5.7.	Meuterei	Zamosc	ErsBaon IR 30	141
18.7.	Streik, Lohnforderung	Marosújvár	Bergarbeiter	800
18.7.	Meuterei	Krakau	ErsBaon SchR 33	
22.7.	Hungerstreik	Nyitrabánya	Zivilisten, Arbeiter	1.200
22.7.	Meuterei	Kaposvár	MKp HIR 15	
29.-30.7.	Hungerstreik	Witkowitz	Arbeiter	14.000
4.9.	Plünderung	Villach	Zivilisten	4.000
19.-20.9.	Plünderung	Salzburg	Zivilisten	
20.9.	Meuterei	Nowy Sacz	MKp ErsB IR 10	
24.9.	Streik, Lohnforderung	Mies	Bergarbeiter	
26.9.	Streik, Lohnforderung	Nürschan	Bergarbeiter	
14.10.	Demonstration	Prag, ganz Böhmen Mähren	Bevölkerung	mehrere 100.000
22.10.	Demonstration	Zagreb		
23.10.	Meuterei, Aufstand	Fiume/ Rijeka	Militär. Bevölkerung	
24.10.	Demonstration	Budapest	Bevölkerung, Studenten	4.000
24.-26.10.	Plünderung, Desert ion	ganz Kroatien		
28.10.	Volksaufstand	Böhmen, Mähren, Slowakei	Bevölkerung	
28.10.	Volksaufstand	Zagreb		
28.-0.10.	Volksaufstand	Budapest	Bevölkerung	15.000
28.10.	Auflösung	Pola	Schiffsbesatzungen	
29.10.	Meuterei	Vukovar		

30.10.	Demonstration	Fiume	Italiener	15.000
30.10.	Ausschreitungen	ganze Slowakei	Bevölkerung gegen Ungarn und Juden	
30.10.	Demonstration	Wien	Bevölkerung	mehrere 100.000
31.10.	Plünderung	Wien-Nordbahnhof	Soldaten, Kriegsgefangene	
31.10.	Plünderung	Virovitica	Zivilisten	
31.10.	Besetzung	Lemberg	ukrainische Soldaten	
1.11.	Meuterei, Plünderung	Przemysl	Militär, Bevölkerung	
2.11.	Meuterei, Plünderung	Czernowitz	Militär, Bevölkerung	
2.11.	Plünderung, Meuterei	Herrmannstadt	Bevölkerung, Militär	

Hunger und Not

Der Krieg führte zu einer Verarmung weiter Bevölkerungsschichten. Die Abgabe billigen Fleisches konnte nur die ärgste Not lindern. Immer mehr Menschen sterben an Hunger oder fielen wegen ihrer Entkräftung Krankheiten zum Opfer.

Durchschnittliche Wochenrationen 1918 für Erwachsene / Land	Brot	Fleisch	Fett	Zucker
Deutschland (Hamburg)	2,0 kg	260 g	70 g	150 g
Österreich (Wien)	1,1 kg	130 g	40 g	-
Großbritannien (London)	3,0 kg	450 g	170 g	230 g
Niederlande (nicht kriegführend)	1,4 kg	200 g	170 g	230 g

Bei einem Normalbedarf von 2.300 kcal täglich betrug der Nährwert der täglichen Lebensmittelzuweisungen in Österreich Anfang 1917 bloß 1.300 kcal, Ende 1918 nur mehr 830 kcal. Frauen, Alte, Kinder und Kriegsgefangene wurden ausgesandt, Ersatzstoffe in der Natur zu sammeln. Beerenblätter dienten als Tee-Ersatz. Zerfaserte Brennesselstengel eigneten sich zur Herstellung von Geweben. Die Haltbarkeit war gering, Hautausschläge unvermeidlich. Abfälle sollten wiederverwertet werden: Knochen zur Seifenerzeugung, Obstkerne zur Ölgewinnung.

Das „Völkermanifest“ Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918.

In einem letzten Rettungsversuch kündigte Kaiser Karl an, den österreichischen Teil der Doppelmonarchie in einen Bundesstaat umwandeln zu wollen. Er rief die Völker auf, eigene Nationalräte zu bilden und hoffte, dadurch US-Präsident Wilsons Forderung nach einem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ entsprechen zu können. Die Idee kam zu spät. In den folgenden Tagen beschlossen diese Nationalräte die Bildung selbständiger Staaten ohne Mitwirkung der Habsburger.



Die letzten Kriegstage Österreich-Ungarns

14.9.	Kaiser Karl erlässt ohne Abstimmung mit Deutschland Friedensnote „An Alle“.
19.9.	Ablehnung des Österreichischen Friedensvorschlages durch Präsident Wilson.
26.9.	Exilpolitiker proklamieren in Paris den selbständigen Staat „Tschechoslowakei“
29.9.	Bulgarien schließt mit Frankreich und Großbritannien Waffenstillstand. Dadurch ist für die alliierten Armeen der Weg nach Serbien und Ungarn frei. Generalfeldmarschall Hindenburg verlangt von Kaiser Wilhelm II die Aufnahme sofortiger Waffenstillstandsverhandlungen.
5.10.	Anbot eines allgemeinen Waffenstillstandes und von Friedensverhandlungen durch Österreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei an Präsident Wilson auf Basis von Wilsons „14 Punkten“. Wilson zögert die Annahme des Waffenstillstandes hinaus, um einen totalen militärischen Sieg über Deutschland zu ermöglichen.
6.10.	Die zu Ungarn gehörenden Kroaten bilden einen Nationalrat in Zagreb.
15.10.	Nach politischen Großdemonstrationen konstituiert sich in Prag eine eigene von Wien unabhängige tschechoslowakische Regierung.
16.10.	Um Präsident Wilsons Forderung nach Selbstbestimmung der Völker zu entsprechen, ruft Kaiser Karl im „Völkermanifest“ die Nationalitäten Österreichs auf, eigene Nationalräte als Basis eines „Bundesstaates Österreich“ zu bilden
18.10.	Präsident Wilson verweigert die Verhandlung mit Österreich-Ungarn, da die USA die Tschechoslowakei bereits als eigenen Staat anerkannt haben.
17.10.	Slowenen bilden einen Nationalrat in Laibach
21.10.	Die Deutsch-Österreicher bilden einen Nationalrat in Wien,.
23.10.	Kroatische Truppen bemächtigen sich der zu Ungarn gehörenden Hafenstadt Fiume (Rijeka)
24.10.	Auf den Tag genau ein Jahr nach der für Italien verheerenden 12. Isonzoschlacht (Schlacht von Karfreit/ Caporetto), beginnt Italien eine neue Offensive am Piave. Dadurch sollte die Schmach von Caporetto ausgelöscht werden. Kroatien macht sich von Ungarn selbständig. Unter der Bedingung einer sofortigen Lösung des Bündnisses mit Deutschland und des Ansuchens um Sonderfrieden willigt Wilson schließlich in einen Waffenstillstand mit Österreich-Ungarn ein.
26.10.	Kaiser Karl kündigt das Bündnis mit Deutschland.
26.10.	Ungarn beschließt die Trennung von Österreich. Die Türkei kapituliert.
28.10.	Slawische Regimenter verlassen die Front, Reserve-Truppen weigern sich, an die Front zu gehen. Ausrufung des Tschechoslowakischen Staates in Prag. Die polnischen Gebiete der Monarchie schließen sich Polen an.
28.10.	Kaiser Karl unterbreitet ein Sonderfriedensangebot
29.10.	Die „Provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs“ wählt einen „Staatsrat“ und wendet sich mit einem Friedensersuchen an Wilson. Nationalrat in Zagreb ruft einen „Südslawischen Staat“ der Kroaten und Slowenen aus. Kaiser Karl verfügt die Übergabe der Flotte an den „Südslawischen Staat“.
30.10.	In Wien Großdemonstration für rasche Beendigung des Krieges.

31.10.	<p>Österreichischer Staatsrat wählt Dr. Karl Renner zum Staatskanzler. Der kaiserliche Ministerpräsident Dr. Lammasch übergibt die Regierungsgeschäfte.</p> <p>Habsburger in Ungarn für abgesetzt erklärt, damit ist der Doppelstaat „Österreich-Ungarn“ aufgelöst. Ungarn ruft seine Truppen von der Piavefront zurück, um die Grenze gegen Kroatien und Rumänien zu sichern. Während der Unruhen in Budapest wird der frühere ungarische Ministerpräsident Stephan Graf Tisza erschossen. Österreichische Parlamentäre nehmen an der Piavefront mit dem italienischen Kommando Kontakt auf.</p>
1.11.	<p>Die Entente bewilligt Österreich-Ungarn sofortigen Waffenstillstand. Während der Waffenstillstandsverhandlungen stoßen die Italiener weiter vor. Die Stadtregierung von Triest fordert die italienische Flotte auf, die Stadt zu besetzen. Eine italienische Kommandoeinheit versenkt das größte Kriegsschiff Österreich-Ungarns, die „Viribus Unitis“ im Hafen von Pola, damit es nicht an den neuen Südslawischen Staat übergeben werde.</p>
2.11.	<p>Serbische Truppen besetzen Laibach, italienische Triest und Trient.</p>
3.11.	<p>Abschluss des Waffenstillstandes. Österreich-Ungarn stellt die Kampfhandlungen ein. Italien interpretiert den Zeitpunkt der Waffenruhe anders und betrachtet sich einen Tag länger im Krieg. Alles bis zum 4.11. erreichte Land galt als erobert, mindestens 350.000 Soldaten der k.u.k. Armee wurden dieses einen Tages wegen in die Kriegsgefangenschaft geführt.</p>

Auch Südtirol wurde unmittelbar nach Kriegsende bis zum Brenner von italienischen Truppen besetzt und fiel mit dem Vertrag von St. Germain 1919 endgültig an Italien. Mit dem Aufstieg des Faschismus in Italien ab 1922 begann der Terror gegen die Südtiroler Bevölkerung.

Die letzten Kriegstage des Deutschen Reiches

General Ludendorff war mit dem späteren Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg Militärmachthaber in Deutschland. Erst sein erzwungener Rücktritt machte den Weg zu Waffenstillstandsverhandlungen frei. Als Österreich-Ungarn Waffenstillstand schloss, befand sich das Deutsche Reich noch im Kriegszustand. Um einen italienischen Angriff über Tirol nach Bayern abzuwehren, marschierten bayrische Truppen in Tirol und Salzburg ein, wurden aber wegen der deutschen Waffenstillstandsverhandlungen nach wenigen Tagen wieder zurückgezogen.

Das deutsche Marinekommando unter Admiral Scheer plante Ende Oktober 1918 entgegen den Waffenstillstandsbemühungen der deutschen Regierung eine völlig aussichtslose Seeschlacht, um – ohne Rücksicht auf Menschenleben – „ehrentoll unterzugehen“. Diesem verbrecherischen Vorhaben widersetzten sich die Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel und verließen ihre Schiffe. Während die Lage in Kiel durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Gustav Noske stabilisiert werden konnte, griff die Revolution auf ganz Deutschland über, führte binnen weniger Tage zur Flucht der Fürstenfamilien und Ausrufung von Republiken in den deutschen Teilstaaten. Da die USA sich weigerten, mit Kaiser Wilhelm II. Waffenstillstandsverhandlungen zu führen, gab Reichskanzler Max von Baden am 9. November eigenmächtig die Abdankung des Kaisers bekannt. Wilhelm II floh am nächsten Tag nach Holland. Der Waffenstillstand wurde am 11. November in einem Wald bei Compiègne geschlossen. Der Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission, Matthias Erzberger, fiel 1921 einem Attentat zweier rechtsradikaler Ex-Offiziere zum Opfer. Auch die österreichischen Zeitungen waren voll von Berichten über die Revolution in Deutschland. Trotzdem beschloss der Staatsrat Deutsch-Österreichs am 30. Oktober 1918 den Anschluss an Deutschland.

Republik Deutschösterreich bis zum Vertrag von St. Germain 1919

November 1918

Der Begriff „Österreich“ umfasste in der Monarchie weit mehr, als bloß das heutige Staatsgebiet. Unter „Deutschen“ wurden nicht die Staatsbürger des Deutschen Reiches verstanden, die nannte man „Reichsdeutsche“, sondern alle Deutschsprechenden. Im Zuge der Auflösung Österreich-Ungarns errichteten auch die Deutschen Österreichs ihren Staat „Deutschösterreich“, den sie aber möglichst rasch an Deutschland anschließen wollten. Erst die zunehmende Bedrohung durch den Nationalsozialismus ließ in der Republik langsam ein Österreichbewusstsein entstehen.

Die Reichsrats-Abgeordneten Dr. Franz Dinghofer (Bürgermeister von Linz, Deutschnationaler), Prälat Johann Nepomuk Hauser (Landeshauptmann von Oberösterreich, Christlichsozialer) und Dr. Karl Seitz (Sozialdemokrat) wurden am 29. Oktober 1918 vom deutschösterreichischen Staatsrat zu dessen Präsidenten gewählt. Den Vorsitz und damit die Funktion eines Staatsoberhauptes hatte bis 1920 Karl Seitz, sozialdemokratischer Parteiobermann und 1923-1934 Bürgermeister von Wien, inne. Diese Staatsrats-Präsidenten gaben am 30.10. 1918 bekannt, dass der Staatsrat die Staatsgewalt übernommen habe. Der 30.10. ist damit der Gründungstag des neuen österreichischen Staates, wenngleich es über seine Staatsform – Republik oder Monarchie – noch keine Entscheidung gab. Am 11.11.1918 unterzeichnete Kaiser Karl in Schönbrunn seinen „Verzicht auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ und enthob seine österreichische Regierung ihres Amtes. Das veröffentlichte Manifest war nicht datiert, weder mit dem Doppeladler geschmückt noch trug es die übliche Anrede „An meine Völker“. Es handelte sich nicht um eine formelle Abdankung, allerdings erkannte Kaiser Karl im voraus die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform treffen sollte. Erst jetzt war der Weg für einen legalen Wechsel von der Monarchie zur Republik frei. Nach kurzem Zögern stimmte doch die überwältigende Mehrheit der provisorischen Nationalrats-Abgeordneten für die Republik. Die Obmänner der beiden großen Parteien galten als die „Gründerväter“ des neuen Staates: Prälat Johann Nepomuk Hauser von der Christlichsozialen Partei und die gemäßigten Sozialdemokraten Dr. Viktor Adler (er starb bereits am 11.12.1918) und Dr. Karl Renner.

Das Entstehen der Republik Deutschösterreich

21.10	„Provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs“ in Wien gebildet.
29.10.	Diese wählt einen „Staatsrat“
31.10.	Der Staatsrat wählt Dr. Karl Renner zum Staatskanzler, der eine Koalitionsregierung der Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Deutschnationalen Parteien bildet. Der letzte kaiserliche Ministerpräsident Dr. Heinrich Lammasch übergibt die Regierungsgeschäfte.
3.11. bis 7.11.	Die Landesversammlungen der Bundesländer und die deutschsprachigen Nationalräte in Südtirol, Böhmen und Mähren beschließen den Beitritt zu „Deutschösterreich“
11.11.	Kaiser Karl verzichtet auf seinen Anteil an den Staatsgeschäften
12.11.	Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs, wonach Deutschösterreich demokratische Republik und ein Bestandteil der Deutschen Republik sei. Ausrufung der Republik durch den Staatsrat vor dem Parlament in Wien führt zu Tumulten.

Am 12. November 1918 sammelten sich 150.000 Menschen vor dem Parlament, um die Ausrufung der Republik zu erleben. Als rot-weiß-rote Fahnen gehisst werden sollten, rissen kommunistische Soldaten der „Roten Garde“ den Mittelteil heraus und zogen rote Fahnen auf. Der Obmann der Kommunistischen Partei verkündete die „Volksrepublik Österreich“, bei den folgenden Tumulten und Schießereien wurden zwei Personen getötet und etwa 40 verletzt. Doch am Abend war die Polizei Herr der Lage und der erste Versuch, in Österreich eine „Räteregierung“ nach russischem Muster einzurichten, gescheitert.

Demobilisierung, Kriegsgefangene und Heimkehrer

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung war die Demobilisierung der k.u.k. Armee. Das k.u.k. Kriegsministerium wurde dazu in ein „Staatsamt für Heerwesen“ umgewandelt. Zu Kriegsende gab es mehr als 5 Millionen Kriegsgefangene. Während die Soldaten von der Front zurückmarschierten, wanderten die Kriegsgefangenen in die Gegenrichtung. Doch die Rückführung ging nur schleppend vor sich, zehntausende starben noch in den Lagern oder am Weg. Die Situation in Russland war besonders dramatisch, führte der Weg der Kriegsgefangenen aus Sibirien doch durch die Linien des russischen Bürgerkrieges. Sie waren wochen- und monatelang unterwegs oder blieben und versuchten, sich eine neue Heimat zu schaffen. Eine halbe Million Soldaten, die in Italien gefangen waren, wurden erst Monate nach Kriegsende entlassen. In der Heimat versuchten Hilfsvereine, den Rücktransport zu beschleunigen und sammelten Geld, um Heimkehrer notdürftig versorgen zu können. Noch 1919 gab es Protestversammlungen gegen die schleppende Rückführung der Kriegsgefangenen. Die Helden dieser Tage waren aber die Eisenbahner, die trotz eines durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogenen Maschinenparks und drückender Kohlennot diese unzähligen Transporte bewältigten.

Der Dichter Theodor Kramer, 1897-1958, brauchte zehn Jahre Abstand, bis er seine Erlebnisse aus dem Krieg in seinen Gedichten verarbeiten konnte. Kramer wurde 1897 in Niederhollabrunn als Sohn des Gemeindefarztes geboren, war Jude, Sozialdemokrat, Beamter, Buchhändler und Lyriker. Im Ersten Weltkrieg wurde er als Reserveoffizier schwer verwundet. 1939 Flucht vor den Nationalsozialisten nach London, dort zuerst als „feindlicher Ausländer“ interniert, dann Hausdiener und Bibliothekar. 1943 starb die Mutter im KZ Theresienstadt. 1957 Rückkehr nach Wien, hier 1958 gestorben.

Aus dem Gedicht „Der Heimgekehrte“, Theodor Kramer 1927:

*Ich schnürte mein Bündel und schritt in die Stadt,
drei Jahr nach dem dröhnenden Krieg:
Ihr Leute, ich bring Euch – der fremde Soldat –
Drei dröhnende Jahr nach dem Krieg.
Drei Jahr in Sibiriens Schächten und Schnee,
der Wälder für alle, der Roten Armee,
drei dröhnende Jahr nach dem Krieg.*

*Ich schritt und ich rief und sie nahmen mich fest,
drei Jahr nach dem dröhnenden Krieg.
Und wiederum sitz ich verlaust im Arrest,
drei Jahr nach dem dröhnenden Krieg:
Und schießt Ihr mich nieder und scharrt Ihr mich ein:
Ihr könnt sie nicht drosseln, Ihr dämmt sie nicht ein,
die dröhnenden Jahr nach dem Krieg*

Die Soldaten der verschiedenen Nationen Österreich-Ungarns strömten zumeist völlig ungeordnet von der Front, während der Rückmarsch der deutschen Armee über den Rhein sehr diszipliniert verlief. Aber sogar in Deutschland lösten sich die Verbände, kaum hatten sie die Heimat erreicht, auch gegen den Willen der Vorgesetzten sofort auf.

Mittellose Heimkehrer erhielten bis zu 200 Kronen Bargeld und Zivilkleidung und der sozialdemokratische Staatssekretär für Soziales, Ferdinand Hanusch, kündigt erstmals Arbeitslosenunterstützung an. Ende November 1918 legte der Wiener Gemeinderat eine – eher erfolglose - Anleihe zur Versorgung der Heimkehrer auf. Noch 1919 war Arbeitsbeschaffung für Heimkehrer ein wichtiges Wahlkampfthema.

Gemeindeschutzwachen und Volkswehr

Ab Anfang November fluteten hunderttausende Soldaten ungeordnet von der Front zurück. Sie schufen in den Durchzugsgebieten große Probleme: Zusammenbruch der Infrastruktur, Plünderungen und Raub waren an der Tagesordnung. Dagegen sollten bewaffnete örtliche Selbstschutzeinheiten helfen, aus denen sich später die Parteiarmeen entwickelten. Nach dem Waffenstillstand wurden bewaffnete Kräfte aber auch im Grenzgebiet wegen möglicher Auseinandersetzungen mit den neuen Nachbarn benötigt.

Schon am 1.11.1918 beschloss der Staatsrat von Deutschösterreich an Stelle der kaiserlichen Armee die Aufstellung einer neuen „Volkswehr“. In der Regierung wurde der ehemalige Leutnant der Reserve und Vertreter des linken Flügels der Sozialdemokraten Julius Deutsch damit betraut. Deutsch hatte während seiner Tätigkeit im k.u.k. Kriegsministerium eine „Schattenorganisation“ gebildet, mit deren Mitgliedern er nun die Führungspositionen besetzen konnte. Auch wenn beteuert wurde, dass die Volkswehr keine „Parteitruppe“ sein sollte, rekrutierte sie sich doch hauptsächlich aus Sozialdemokraten.

Die Kommunisten beabsichtigten eine Machtergreifung nach dem Muster der Bolschewiki in Russland und bildeten aus ihren Soldaten eine „Rote Garde“. Arbeitslose Soldaten und Waffen gab es im Übermaß. Nach einem ersten gescheiterten Putschversuch am 12. November 1918 fasste Deutsch die kommunistischen Soldaten in ein eigenes Volkwehrebataillon zusammen, das er so unter Kontrolle halten konnte. Als 1.300 kommunistische Soldaten nach Ungarn zogen, um die Räteregierung Belá Kun zu unterstützen, lösten sich die Reste der „Roten Garde“ auf.

Nach dem Friedensvertrag von St. Germain durfte Österreich nur ein Berufsheer von maximal 30.000 Mann aufstellen. Die „Volkswehr“ musste daher im Februar 1920 aufgelöst werden. Aufgrund einer Änderung der politischen Verhältnisse - die Sozialdemokraten waren ab 1920 nicht mehr in der Regierung vertreten - wurden deklarierte Sozialisten nicht in das neue Bundesheer übernommen. Sie bildeten später den Kern des Republikanischen Schutzbundes, der paramilitärischen Organisation der Sozialdemokratischen Partei.

Invalide, Witwen, Waisen,

Während des Krieges versprach man der Bevölkerung eine ideale Versorgung der Invaliden – sowohl mit Prothesen als auch mit Arbeitsplätzen. Die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Durch die allgemein triste Situation erhielten Invalide weder eine optimale prothetische Versorgung noch Arbeit. Ab dem Herbst 1918 bevölkerte ein Heer bettelnder Kriegsversehrter die Städte und Dörfer. Vereine sammelten Spenden und führten Benefizveranstaltungen durch, um Invalide unterstützen zu können.

Kriegswitwen und Waisen wurden zwar aufgefordert, sich zur Geltendmachung von Versorgungsansprüchen bei den Invalidenämtern zu melden, da der Staat aber praktisch bankrott war, reichten die Unterstützungen nicht zum Überleben aus. Die Wahlwerbung der Sozialdemokratischen Partei prangerte die geringe Versorgung der 285.000 Invaliden und Hinterbliebenen durch die christlichsozialen Regierungen an.

Exhumierungen und Überführungen gefallener Soldaten konnten sich nur wenige leisten, statt Gräbern in der Heimat gab es oftmals nur die Namen auf den Kriegerdenkmälern.

Verhungern oder erfrieren

Die wichtigsten Aufgaben für die neue Regierung waren

- die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Heizmaterial sicherzustellen
- die Wiederherstellung der Ordnung und
- eine erste allgemeine Nationalratswahl durchzuführen.

Der Winter 1918/1919 war der schlimmste in der Geschichte Österreichs.

Zahlreiche Menschen starben an Unterernährung oder mangels Heizmaterialien. Besonders hart traf es Wien, das als Stadt von zwei Millionen Einwohnern auf die Versorgung durch andere Kronländer, vor allem Böhmen, Mähren und Ungarn, angewiesen war. Da die Grenzen dorthin nun geschlossen waren, musste Wien hungern und statt mit den nötigen 200 Waggons Kohle täglich mit bloß 20 auskommen (Abb. 5). Im November 1918 rief der Staatsrat die Landbevölkerung auf, Wien mit Lebensmitteln zu versorgen, da bis auf Niederösterreich auch aus den Bundesländern keine Lebensmittel zu bekommen waren. Endlich beschloss die steiermärkische Landesregierung, dass zur Versorgung Deutschösterreichs Lebensmittel aus der Steiermark ausgeführt werden dürfen. In den Lotterien warb man nicht mit hohen Geldbeträgen, die Hauptpreise waren Melkkuh, Mastschwein und Melkziege. Wie im Krieg gab es viele Produkte nur rationiert gegen Marken oder auf dem Schwarzmarkt. Plünderungen und Hungertumulte waren noch bis 1919 an der Tagesordnung.

Ohne ausländische Hilfe wäre die Stadtbevölkerung Österreichs im Winter 1918/1919 verhungert. Ein „Auswanderer-Hilfsverein Paraguay“ wollte Lebensmittel aus Südamerika besorgen. Argentinien, Dänemark, Holland, Schweden und die Schweiz leisteten rasch Hilfe und nahmen auch österreichische Kinder in Pflege. Die Stadt Wien dankte es mit der Benennung von Straßen und Plätzen nach diesen Ländern. Hilfe durch die Siegermächte, vor allem die USA, kam erst nach Abbau bürokratischer Hürden. Doch schließlich retteten die amerikanischen Hilfsaktionen vielen Kindern Österreichs das Leben. Sogar im selbst unterversorgten Deutschland gab es Benefizveranstaltungen zugunsten der hungernden Kinder Wiens. Jugoslawien und die Tschechoslowakei machten die so dringend benötigten Lieferungen von Lebensmitteln und Kohle hingegen von politischen und territorialen Zugeständnissen abhängig. Österreich musste noch vor der Gültigkeit der Friedensverträge den Verlust der Südsteiermark gegenüber Jugoslawien und die Annexion der deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens durch die Tschechoslowakei anerkennen. Erst ab 1921 normalisierte sich die Lage so weit, dass an einen Abbau der staatlichen Lebensmittelbewirtschaftung gedacht werden konnte. Die weitere staatliche Stützung der Lebensmittelpreise war eine der Ursachen für die galoppierende Inflation. Als die christlichsoziale Regierung 1921 die Beendigung der Lebensmittelzuschüsse ankündigte, folgten neuerliche Unruhen.

Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919

Im Gründungsgesetz Deutschösterreichs wurde der 16. Februar 1919 als Wahltag für die konstituierende Nationalversammlung bestimmt. Zum ersten Mal hatten auch Frauen das Wahlrecht. In Österreich-Ungarn gab es nur österreichische und ungarische Staatsbürger. Nachdem der österreichische Teil der Monarchie auf die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien und den neuen Staat „Deutschösterreich“ aufgeteilt worden war, mussten die Einwohner zur Sicherung des Wahlrechtes ihre "Zuständigkeit" (Staatsbürgerschaft) feststellen lassen.

Für den Wahltag herrschte Alkohol- und Waffentrageverbot. Wahlkampfthemen waren die Kriegsschuld, der Anschluss an Deutschland, Angst vor einem roten Terrorregime und Wiederherstellung der alten Herrschaft, Hunger und Entbehrungen, Reichtum der Kriegsgewinnler (Abbildungen in Bildbeilage Nr 1, 6, 7, 8). Stärkste Partei wurden die Sozialdemokraten, wobei fast die Hälfte der Stimmen in Wien errungen worden war. Danach folgten Christlichsoziale und Deutschnationale. Die Sozialdemokraten stellten mit Karl Renner wieder den Staatskanzler einer Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen.

Karl Renner, 1870-1950. Geboren in Untertannowitz/ Mähren. Vertreter des gemäßigten Flügels der Sozialdemokratie und innerparteilicher Gegner des marxistischen „Chefideologen“ Otto Bauer. Renner war 1918/1919 Staatskanzler, 1930-1933 Nationalratspräsident und 1931 als sozialdemokratischer Kandidat für die erste Volkswahl des Bundespräsidenten vorgesehen.

Aufgrund hoher Kosten und innenpolitischer Spannungen einigten sich die Parteien aber auf eine nochmalige Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, die den christlichsozialen Wilhelm Miklas im Amt bestätigte. Im April 1938 gab Renner ein Zeitungsinterview, in dem er sich für den Anschluss an Deutschland aussprach. Bis 1945 lebte er unter Hausarrest in Gloggnitz, nach dem Sturz des Nazi-Regimes wurde Renner wiederum Staatskanzler, dann bis 1950 Bundespräsident.

Das tiefe Misstrauen und die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Gruppen spiegelt sich auch in den Wahlplakaten wieder. Auf den Plakaten der Sozialdemokraten wurde den Feindbildern Klerus, Kapitalist und Offizier pauschal die Schuld am Weltkrieg zugewiesen. Nach der Niederschlagung der ungarischen Räterepublik stand der genialste Plakatkünstler seiner Zeit der österreichischen Sozialdemokratie für den Wahlkampf 1924 zur Verfügung (Abb 7).

Mihaly Biró, 1886-1948. Gleich am Anfang seiner Karriere noch vor 1914 stand sein berühmtestes Werk: Der „Rote Mann, der einen schweren Eisenhammer schwingt“ als Symbol der Arbeiterklasse. Seitdem gilt Biró als der „Erfinder“ des politischen Plakates. Für militärfeindliche Karikaturen wurde er bestraft, diente aber im Ersten Weltkrieg als Leutnant. 1919 wurde er Staatssekretär für Propaganda in der kommunistischen Diktatur Belá Kuns. Nach Erfolg der Gegenrevolution in Ungarn flüchtete er nach Österreich, wo er sowohl Wirtschaftswerbung als auch politische Plakate für die Sozialdemokratie schuf. Alle Plakate Birós waren von klassenkämpferischen Gegensätzen zwischen Arbeitern und Soldaten einerseits, Klerus, Kapitalisten, Adel und Offizieren andererseits dominiert. Wegen einer drastischen Ansichtskartenserie über die Gräueltaten des Horthy-Regimes während der Gegenrevolution konnte Biró nicht mehr nach Ungarn zurück, musste trotz drückender wirtschaftlicher Not in Österreich bleiben und flüchtete nach dem Bürgerkrieg von 1934 zuerst in die Tschechoslowakei, dann vor den Nationalsozialisten nach Frankreich. 1947 kehrte Biró in das nun kommunistische Ungarn zurück und verstarb 1948 in Budapest.



Hingegen stellte der christlichsoziale Grafiker und Karikaturist Fritz Schönplugg die Sozialdemokraten als bolschewistische Brandstifter und Bombenwerfer dar (Abb. 6). Auch dieses Sujet wurde immer wieder aufgenommen, etwa von Richard Ledl für sein Justizpalastbrand-Wahlkampfplakat 1930 (Abb. 12). Der Klassenkampf war eröffnet.

Fritz Schönplugg, 1873-1951. Bekanntester Karikaturist Österreich-Ungarns. Zeichnete zahlreiche militärische und volkstümliche Szenen und Typen für Ansichtskarten und Zeitschriften, Mitbegründer der Zeitschrift "Die Muskete" 1905. Im Krieg Frontoffizier. Danach selbständiger Gebrauchsgraphiker, stand dem konservativ-nationalen Lager nahe (Abb. 6, 9).

Am rechten Rand des politischen Spektrums etablierten sich betont nationalistische Parteien, die sich später zur „Großdeutschen Volkspartei“ zusammenschlossen. Die "Deutschdemokratischen Partei" wandte sich gegen die Instrumentalisierung der Kriegstoten durch die Sozialdemokraten. Für die österreichische „Nationaldemokratische Partei“ waren die Feindbilder Klerus, Arbeiter und Jude. Obwohl ideologisch besonders in Fragen des Anschlusses an Deutschland und in Kultur- und Glaubensfragen von den Christlichsozialen stark unterschiedlich, stützten die „Großdeutschen“ die Regierungen von 1920 bis 1934. Die Wähler der Großdeutschen Partei Österreichs wanderten ab 1932 massenhaft zur NSDAP. Aber auch eine „jüdischnationale Partei“ konnte einen Parlamentssitz erringen. Einzig die unbedeutende bürgerlich-demokratische Partei, die sich als „Mittelstandspartei“ zwischen „rot“ und „schwarz“ positionieren wollte, setzte positive Zeichen der Zusammenarbeit für Österreich (Abb. 8).

Der Kampf um die demokratische Republik

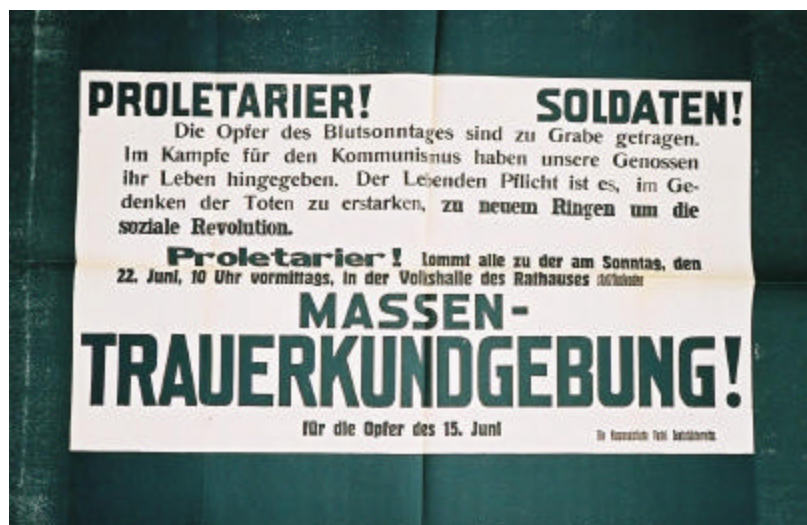
Die Demonstrationen gegen Teuerung und Lebensmittelknappheit setzten sich auch nach dem Sturz der Monarchie fort. Da die männliche Bevölkerung noch vom Krieg her bewaffnet war, gab es in den Auseinandersetzungen oft genug Tote und Verletzte. Nachdem ein erster kommunistischer Putschversuch am 12. November 1918, dem Tag der Ausrufung der Republik, gescheitert war, versuchten die Kommunisten die Unruhen besonders in Wien, Linz, Graz und den Industrieorten der Obersteiermark zu schüren oder für die Agitation zugunsten einer Räterepublik zu nützen. Dem kam entgegen, dass die Kommunisten in Ungarn die Macht im März und in Bayern im April 1919 übernommen hatten. Die bayrische Räterepublik fand allerdings schon nach 14 Tagen ein gewaltsames Ende. Der ungarische Machthaber Belá Kun konnte sich ein halbes Jahr halten, drängte die österreichischen Kommunisten, nun auch in Österreich eine Räterepublik zu errichten und sandte Agitatoren und Finanzmittel. Anti-kommunistische Exilungarn, die kurzzeitig die ungarische Botschaft in Wien besetzt hatten, fanden Putschpläne und Unmengen von Falschgeld. Die kommunistische Regierung Ungarns hatte die Putschversuche in Österreich mit 60 Millionen Kronen in gefälschten 200-Kronen-Scheinen unterstützt.

Die Sozialdemokraten bezogen klar Stellung: Sie riefen die Soldaten und Bürger Wiens zum Bekenntnis zur Republik Deutschösterreich auf. Obwohl sie radikal formulierten, lehnten die Sozialdemokraten die Revolution ab und strebten eine sozialistische Republik nach einer demokratischen Machtübernahme an. Es war vor allem der Autorität Friedrich Adlers zu danken, dass sich die radikalen Sozialisten nicht den Kommunisten anschlossen.

Am 17. April 1919, einem Gründonnerstag, gab es eine Demonstration, die sich zum Feuergefecht entwickelte. Eine Passantin und fünf Polizisten wurden getötet.

Der April blieb unruhig und bereits am 15.6.1919 fand ein geplanter Putschversuch mit Beteiligung ungarischer Kommunisten statt („Blutsonntag in der Hörlgasse“). Die kommunistische „Rote Garde“, die als Bataillon 41 notdürftig in die „Volkswehr“ integriert worden war, wurde rechtzeitig in der Kaserne festgehalten und konnte sich nicht beteiligen. Trotzdem starben 20 Menschen auf Seiten der Demonstranten, unter den 84 Verletzten waren 17 Polizisten.

Nach dem Scheitern dieses Putsches flüchtete die ungarischen Agitatoren und auch 1.300 Mann der „Roten Garde“ folgten über die Grenze nach Ungarn, um dem selbst durch rumänische Truppen in Bedrängnis geratenen Belá Kun beizustehen. Bei den Gefechten wurden die Österreicher aufgerieben. Anders als in Deutschland versanken die Kommunisten in Österreich damit in die Bedeutungslosigkeit.



Deutschland 1918 - 1933

Bürgerkrieg und Fememord in Deutschland 1918-1922

Von 3. Oktober bis 9. November 1918 stand Prinz Max von Baden der letzten kaiserlichen Regierung Deutschlands als Kanzler vor. Mit Philipp Scheidemann nahm er bereits einen Sozialdemokraten in die Regierung auf. Max von Baden übermittelte das Waffenstillstandsgesuch an die Alliierten, entließ General Ludendorff, erklärte am 9. November eigenmächtig die Abdankung Kaiser Wilhelm II und übergab am selben Tag das Kanzleramt dem Obmann der stärksten Partei, dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert.

Die Sozialdemokraten übernehmen die Regierung

*Auch die Arbeiter- und Soldatenräte wählten **Friedrich Ebert** zum neuen Regierungschef. Den „Rat der Volkskommissare“ dominierten nun gemäßigte Sozialdemokraten. Eberts Bestreben war eine Überleitung des Kaiserreiches in eine sozialdemokratisch geführte Republik. Gemeinsam mit Gustav Noske verhinderte er Ende 1918 und Anfang 1919 eine bolschewistische Revolution nach dem Muster Russlands. Im Februar wurde Ebert zum ersten Präsidenten Deutschlands gewählt, war jedoch einer dauernden Hetzkampagne der extremen Rechten ausgesetzt. Er starb am 28. Februar 1925 an einem Blinddarmdurchbruch.*

*Eberts Parteifreund **Gustav Noske** bewährte sich bei der Beruhigung des Matrosenaufstandes von Kiel, übernahm das Reichswehrministerium und schlug die kommunistischen Aufstände mit Hilfe rechter Militäreinheiten und paramilitärischer Freiwilligenverbände - den Freikorps - in einem blutigen Bürgerkrieg nieder. Die Freikorps waren ursprünglich aus Kriegsheimkehrern zur Sicherung der Ostgrenze gebildet worden. Nach dem Vertrag von Versailles mussten sie aufgelöst werden. Noskes Ausspruch „Einer muss der Bluthund werden“ trug ihm den Beinamen „Bluthund Noske“ ein. Er trat 1920 zurück und wurde wegen seines harten Durchgreifens bei den Aufständen politisch kaltgestellt. Nach KZ-Haft starb Noske 1946.*

***Philipp Scheidemann**, Sozialdemokrat und Mitglied der Regierung Max von Baden, hielt am 9. November 1918 von einem Fenster des Reichsratsgebäudes in Berlin jene Rede, die als „Ausrufung der Republik“ gilt. Nach dem Wechsel Eberts in das Amt des Reichspräsidenten wurde Scheidemann Ministerpräsident, trat jedoch schon am 20. Juni 1919 zurück, da er den Versailler Vertrag nicht akzeptieren wollte. Scheidemann starb 1939 im Exil in Dänemark.*

Bürgerkrieg in Berlin

Karl Liebknecht und **Rosa Luxemburg**, die Führer des linksextremen Flügels der Sozialdemokratischen Partei, waren als Kriegsgegner bis 1918 in Haft. Frisch aus dem Gefängnis stellten sie sich an die Spitze einer bolschewistischen Abspaltung der an sich schon links-extremen „Unabhängigen Sozialdemokraten“ – dem „Spartakusbund“. Bereits im November 1918 riefen sie erfolglos in Berlin die Räterepublik aus. Als es im Jänner zu einem Bürgerkrieg zwischen Kommunisten auf der einen und sozialdemokratischen und konservativen Kräften auf der anderen Seite kam, setzte der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske zur Niederschlagung der Aufstände auf „rechte“ Unterstützung. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden am 15. Jänner 1919 von Soldaten der Gardekavallerie-Schützendivision entführt und ermordet. Eine Verfolgung der Mörder fand mit Zustimmung der sozialdemokratischen Regierung nicht statt. Die Jänneraufstände forderten 5.000 Todesopfer. Im März riefen die Kommunisten nochmals zum Generalstreik auf. Reichswehrminister Noske gab Befehl, jeden bewaffneten Aufständischen zu erschießen. Die Schuld an den neuerlich 1.200 Toten schoben die regierenden Sozialdemokraten auf die „Unabhängigen“ die sich 1917 als Protest gegen die Kriegsbejahung der Sozialdemokraten von diesen abgespalten hatte.

Räterepublik und Bürgerkrieg in München

Nach der Absetzung König Ludwig III von Bayern durch den Münchner Arbeiter- und Soldatenrat bestimmte dieses Gremium den Revolutionsführer Kurt Eisner zum ersten Ministerpräsidenten der Republik Bayern. Am 7. November rief er im Münchener Mathäser-Bräu noch vor Scheidemann in Berlin die Republik aus. Eisner wollte Bayern aus den Verband Deutschlands lösen und war Anhänger einer Donauföderation mit Österreich und der Tschechoslowakei. Darauf starteten die Konservativen gegen den Juden Eisner eine antisemitische Hetzkampagne, die in seiner Ermordung durch den jungen Leutnant Anton Graf Arco auf Valley vom 21. Februar 1919 gipfelte. Der Attentäter wurde nach bloß vier Jahre Haft begnadigt und in der NS-Zeit als Held gefeiert.

Die Ausrufung der Räterepublik in Ungarn vom März 1919 gab auch den bayrischen Kommunisten Aufschwung. Am 7. April übernahmen in München zum ersten Mal die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht. Die sozialdemokratische bayrische Regierung floh nach Bamberg, ein militärischer Rückeroberungsversuch wurde von der Roten Garde unter Kurt Egelhofer am 13. April niedergeschlagen. Die Macht in der zweiten Räterepublik ab 14. April übernahmen der Philosoph und Anarchist Gustav Landauer und die Dichter Erich Mühsam und Ernst Toller.

***Ernst Toller, 1893-1939.** Jus-Student; Kriegsfreiwilliger, aus Gesundheitsgründen vom Dienst entlasse;, mit Gustav Landauer Führer der bayrischen Räterepubli;, 1920-1924 in Haf;, 1933 im Ausland und von den Nationalsozialisten ausgebürgert; 1939 Selbstmord in New York.*

Oberst Franz Ritter von Epp erhielt Anfang 1919 vom sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske den Auftrag, aus Kriegsteilnehmern ein paramilitärisches „Freikorps“ zum Schutz der Ostgrenze zu bilden, das nun gegen die Räterepublik eingesetzt wurde. Am 30. April nahm Epp München ein, die Rotgardisten ermordeten Geiseln, die Freikorpsmänner töteten und misshandelten Kommunisten und deren Angehörige. Landauer wurde verhaftet und am 2. Mai 1919 im Gefängnis ermordet. Epp starb nach einer Karriere als nationalsozialistischer Politiker 1946 in amerikanischer Internierungshaft

Unter dem Eindruck des Bürgerkrieges finanzierte die deutsche Industrie 1919 einen Propagandafeldzug gegen den Bolschewismus. Die führenden Männer auf rechter Seite waren der Großindustrielle Hugo Stinnes und der Reichswehrkommandant General Hans von Seeckt.

***Hugo Stinnes, 1870-1924,** schuf zur Zeit der Hyperinflation das größte deutsche Wirtschaftsimperium, zu dem Bergwerke, Schwerindustrie und Transportunternehmen gehörten. Auch Österreichs größter Industriebetrieb, die Alpine-Montan AG war zeitweise im Eigentum von Stinnes. Das Time Magazin nannte ihn 1923 „den neuen Kaiser Deutschlands“. Nach seinem frühen Tod 1924 zerfiel das Imperium unter seinen Nachfolgern.*

Staatssekretär **Matthias Erzberger** wurde vom Reichskanzler Prinz Max von Baden zum Leiter der Waffenstillstandskommission berufen. Da er einerseits den Waffenstillstand unterschrieben hatte, andererseits auch die Annahme des Friedensvertrages von Versailles empfahl, verfolgten ihn rechte Kreise als „Novemberebrecher“. 1919 wurde er Finanzminister, trat aber schon 1920 wegen der Hetzkampagnen zurück. Zwei ehemalige Marineoffiziere und Angehörige der rechtsradikalen „Organisation Consul“ ermordeten Erzberger am 26. August 1921.

Der Eigentümer der AEG-Werke **Walther Rathenau** leitete 1914 - 1915 die „Kriegsrohstoffabteilung“ und hatte maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft. Er wurde 1922 Außenminister und durchbrach die Isolation Deutschlands im Vertrag von Rapallo mit Russland, in dem auf gegenseitige Ansprüche verzichtet und russische Unterstützung für den Aufbau der Reichswehr vereinbart wurde. Mitglieder der „Organisation Consul“ ermordeten Rathenau am 24. Juni 1922, um der Republik zu schaden – und weil er Jude war.

Der Vertrag von Versailles 1919

Die Friedenskonferenz mit Deutschland fand in jenem Schloss Versailles bei Paris statt, in dem 1871 nach dem deutsch-französischen Krieg König Wilhelm I von Preußen zum Deutschen Kaiser proklamiert wurde. Diese Demütigung wollte Frankreich nun tilgen.

Die Deutschen:

Philipp Scheidemann, 1865-1939; Februar bis Juni 1919 Reichskanzler Deutschlands; trat mit seiner gesamten Regierung zurück, um den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnen zu müssen.

Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, 1869-1928, Berufsdiplomat, vertrat als Adeliger aus Überzeugung demokratische Positionen. Dezember 1918 bis Juni 1919 deutscher Außenminister und Hauptverhandler in Versailles. 1922 deutscher Botschafter in Moskau.

Die französischen „Hardliner“ ...

Raymond Poincaré, 1860-1934; Finanzminister, Unterrichtsminister, Ministerpräsident, 1913-1920 Staatspräsident; verfolgt schon vor dem Ersten Weltkrieg eine strikt antideutsche Politik mit Aufrüstung und Stärkung des Bündnisses mit Russland; unbeirrbarer Verfechter eines Siegfriedens über Deutschland; innenpolitische Gegnerschaft mit Georges Clemenceau, den er aber der nationalen Einheit willen 1917 zum Ministerpräsidenten berief; nach 1920 mehrmals Außen- und Finanzminister. Als solcher betrieb er die Besetzung des Ruhrgebietes 1923.

Georges Clemenceau, 1841-1929, Zeitungsherausgeber und Politiker. 1917-1920 trotz Gegnerschaft zu Präsident Poincaré Premierminister; Vertreter einer harten Linie gegenüber Österreich, Ungarn und Deutschland; lehnte Präsident Wilsons „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ab. Nach seiner Niederlage um das Amt des Staatspräsidenten 1920 Rückzug aus der Politik.

... und die angelsächsischen „Verständigungspolitiker“

David Lloyd George, 1863-1945; Finanzminister, Kriegsminister, 1916-1922 britischer Premierminister, wollte Deutschland bestrafen, aber nicht auf Dauer schwächen. Vertreter eines Sonderfriedens mit Österreich-Ungarn. Setzte gegen den Willen Frankreichs zugunsten Deutschlands die Belassung linksrheinischer Gebiete und Volksabstimmungen im Osten durch.

T. Woodrow Wilson, 1856-1924; 1913-1921 Präsident der USA, sein Friedensprogramm der „14 Punkte“ konnte er in wichtigen Teilen wie dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ gegen Frankreich und Italien nicht durchsetzen. Wilson erhielt 1919 den Friedensnobelpreis, zog sich im selben Jahr aber nach einem Schlaganfall aus der europäischen Politik zurück.

Die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles:

- Zuweisung der alleinigen Schuld am Ausbruch des Krieges („Kriegsschuldartikel“)
- Verpflichtung zur Reparationszahlung in unbestimmter Höhe
- Anerkennung Österreichs (Anschlussverbot)
- Zahlreiche Gebietsverluste (13 % des Staatsgebietes mit 10 % der Bevölkerung), darunter Elsaß-Lothringen, umfangreiche Gebieten im Osten und alle Kolonien.
- Das Saarland wird dem Völkerbund unterstellt und wirtschaftlich von Frankreich verwaltet; nach 15 Jahren soll eine Volksabstimmung über den weiteren Verbleib entscheiden
- Danzig wird dem Völkerbund unterstellt
- Über den Verbleib einzelner Gebiete bei Deutschland oder die Abtretung an Dänemark (Nord- und Mittelschleswig), Polen (Oberschlesien, Teile West- und Ostpreußens) oder Belgien (Eupen-Malmedy) sind Volksabstimmungen durchzuführen

- Umfassende militärische Beschränkungen, wie
 - Verbot einer Luftwaffe und von schweren Waffen (Panzer, U-Booten, Schlachtschiffen)
 - Stehendes Heer von maximal 100.000 Mann und 4.000 Offizieren
 - Entmilitarisierung westlich und eines 50 km breiten Streifens östlich des Rheins

Für den Fall der Ablehnung des Vertrages erarbeitete General Foch einen Plan für die militärische Besetzung Deutschlands. Der Vertrag wurde schließlich am 28. Juni 1919 von der deutschen Regierung unter Protest unterzeichnet. Nach langwierigen Verhandlungen setzten die Sieger die Reparationen 1921 mit dem Gegenwert von 47.000 Tonnen Gold in 66 Jahresraten, also bis 1987, fest. Bei Nichtzahlung sollte es zur Besetzung deutschen Gebietes kommen. Der Regierung blieb nur übrig, die Bedingungen anzunehmen, wofür Finanzminister Erzberger als „Erfüllungsgehilfe“ der Sieger von Rechtsradikalen ermordet wurde.

Im Vertrag von Rapallo 1922 gelang es Außenminister Rathenau, das Verhältnis zum kommunistischen Russland, wie Deutschland in der Welt isoliert, zu normalisieren. Darin war auch die Hilfe der Roten Armee bei der Ausbildung der Reichswehr an Panzern und Flugzeugen enthalten.

Drei dilettantische Putschversuche

Als 1920 Reichswehrminister Noske mit der Auflösung der „Freikorps“ begann, marschierten meuternde Truppen unter General Walther von Lüttwitz am 13. März gegen Berlin. Die Regierung floh nach Stuttgart. In Berlin schlossen sich die Meuterer mit rechten Politikern zusammen und proklamierten den ostpreußischen Reichstagsabgeordneten und Gründer rechtsextremer Parteien **Wolfgang Kapp** zum Reichskanzler. Die neuen Machthaber wurden aber von der Bürokratie wirkungsvoll behindert und waren in ihren Zielen uneins. Nach einem Aufruf zum Generalstreik und dem Boykott des Putsches durch den Großteil der Reichswehr floh Kapp eine Woche nach seiner „Machtübernahme“ nach Schweden, stellte sich dann aber der deutschen Gerichtsbarkeit und starb 1922 in Haft.

Den nächsten Putschversuch starteten die **Kommunisten in Hamburg**, als sie im Oktober 1923 Polizeireviere stürmten, um sich zu bewaffnen. Der Aufstand war aber völlig unzureichend organisiert und scheiterte noch am selben Tag. Der Helden-Mythos des Putschisten-Führers Ernst Thälmann reichte aber zur Wahl als KPD-Vorsitzenden und 1932 zur Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl.

In Italien hatte Benito Mussolini im Oktober 1922 von Mailand aus zum „Marsch auf Rom“ aufgerufen und die Macht widerstandslos übernommen. Die Nationalsozialisten waren noch eine unerhebliche Splittergruppe, aber **Hitler** wollte, seinem Vorbild Mussolini gleich, nun von **München** aus zum „Marsch auf Berlin“ ansetzen. Nachdem er am 8. November 1923 die Regierungsspitze Bayerns im **Bürgerbräu-Keller** in seine Hand und vorerst auf seine Seite gebracht hatte, marschierten die Putschisten am nächsten Tag zur Feldherrnhalle. Ministerpräsident Gustav von Kahr und Reichswehrgeneral von Lossow stellten sich nun wieder auf die Seite der rechtmäßigen Staatsgewalt. Schließlich beendete die Münchner Polizei den Putsch, im Feuergefecht fielen 16 Putschisten, vier Polizisten und ein Zivilist. Hitler wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt, von der er bloß ein Jahr in der Festung Landsberg am Lech verbüßte, wo er dem Putschgefährten Rudolf Hess sein Buch „Mein Kampf“ diktierte. Von den weiteren Putschführern floh Hermann Göring ins Ausland, der Weltkriegs-General Erich Ludendorff wurde von der Anklage des Hochverrates freigesprochen. Hitler ließ den ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten Kahr 1934 im Zuge des Massakers an der SA-Führung („Röhm-Putsch“) ermorden.

Besetzung und Hyperinflation

Besetzung des Ruhrgebietes

Ursprünglich wollte Frankreich das deutsche Gebiet westlich des Rheins von Deutschland abspalten und einen Pufferstaat errichten, unter Einfluss der Briten und Amerikaner gab es sich aber mit einer Besetzung zufrieden. 1930 wurde das Rheinland schließlich an Deutschland zurückgegeben, musste aber entmilitarisiert bleiben.

Als Deutschland 1923 mit den Reparationszahlungen geringfügig in Rückstand geriet, besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, um die Kohlenausbeute zu requirieren. Die deutsche Regierung rief darauf zum passiven Widerstand auf. Die Bevölkerung befolgte den Aufruf und verstärkte ihn noch durch Sabotageakte. So wurde zum Beispiel Albert Leo Schlageter wegen Sabotage der Kohlenabfuhr von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Nationalsozialisten stilisierten ihn später zur Märtyrerfigur. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes musste nun vom restlichen Deutschland wirtschaftlich erhalten werden, was mit normalen Mitteln nicht finanzierbar war. Daher ließ die Regierung die Geldmenge laufend erhöhen und heizte die ohnehin schon hohe Inflation weiter an.

Hyperinflation

Hatte 1914 eine Goldmark den gleichen Wert wie die Papiermark, so verschob sich das Verhältnis 1923 auf 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark. Der Geldwert verfiel nun stündlich, ein Ei kostete unglaubliche 1.900 Millionen Mark. Die Tausend-Mark-Scheine dienten bloß noch als Makulatur oder für antisemitische Flugzettel der NSDAP. Am Höhepunkt der Inflation waren Geldscheine mit Billionen-Werten notwendig. Bei der Sanierung Ende 1923 wurde 1 Billion alte Mark in 1 neue Rentenmark umgetauscht.



Nach seiner Bestellung zum Reichskanzler 1923 ging Gustav Stresemann die Probleme sofort an. Als erste Maßnahme brach er den nicht mehr zu finanzierenden Ruhrkampf ab, wodurch die Währung saniert werden konnte. Der einst so stolze deutsche Mittelstand war nun aber völlig verarmt, was die Radikalisierung förderte. Mit dem französischen Premierminister Aristide Briand fand Stresemann im Vertrag von Locarno 1925 eine Lösung des Ruhrkonfliktes. Frankreich beendete die Besetzung, Deutschland garantierte die Entmilitarisierung des Rheinlandes und konnte dem Völkerbund beitreten. Die beiden Politiker erhielten 1926 den Friedensnobelpreis.

Österreich 1919-1921

Der Anschlussgedanke

Als im November 1918 der Staat Deutschösterreich ausgerufen wurde, waren sich Politiker und weite Teile der Bevölkerung einig, dass dieser Kleinstaat alleine nicht überlebensfähig sein werde. Im Sinne des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ wurde als einzige Lösung der Anschluss an das Deutsche Reich gesehen. Bereits das „Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“ verfügte in § 2: **Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik**“. Da die Siegermächte jedenfalls eine Stärkung Deutschlands verhindern wollten, wurde der Anschluss schon am 22. 4. 1919 und dann nochmals im Friedensvertrag von St. Germain untersagt. Die Gefahr eines Anschlusses Österreichs an Deutschland diente auch als Argument, um der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols, Böhmens und Mährens das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern und ihren Beitritt zu Österreich zu verhindern.

Der Anspruch auf Vertretung aller Deutschsprachigen des „alten Österreich“

Die Nationalversammlung Deutschösterreichs erhob 1918 Anspruch auf alle von Deutschsprachigen besiedelten Gebiete des österreichischen Teiles der ehemaligen Donaumonarchie (Abb. 2). Neben den Bundesländern des heutigen Österreichs waren das noch Südtirol vom Brenner bis zur Salurner Klause, das Kanaltal von Tarvis bis Pontafel, die Kärntner Gebiete Seeland und Miesstal, die Untersteiermark mit Marburg und Cilli und ein sichelförmiger Kranz von Südmähren über Süd- und Westböhmen und die Sudeten bis zur polnischen Grenze. Dazu sollten noch die deutschen Sprachinseln Brünn, Iglau und Pressburg kommen.



Die Nationalräte Südtirols und der deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens beschlossen im November 1918 den Beitritt ihrer Gebiete zur Republik Deutschösterreich, die dann etwa 10 Millionen Einwohner umfasst hätte. Bei den Landtagswahlen in Tirol von 1919 wurde das Wahlergebnis aus dem Bezirk Lienz auf das italienisch besetzte Südtirol umgelegt, das durch die entsprechende Zahl von Abgeordneten im Landtag vertreten blieb.

Der Einschluss „Deutsch-Westungarns“ (das spätere Burgenland) war offiziell noch nicht gefordert worden. Obwohl der Beschluss letztendlich nicht vollzogen werden konnte, war das dadurch entstehende Gebiet bereits auf offiziellen Landkarten veröffentlicht worden. Tatsächlich wurden alle diese Gebiete von Militär der Nachbarstaaten besetzt und diesen Ländern auch einverleibt.

Tschechische Großmachtgedanken

Neben Italien und Jugoslawien forderte auch die Tschechoslowakei eine bedeutende Ausweitung des Staatsgebietes auf Kosten Österreichs – aber auch Deutschlands. Die der Friedenskonferenz von St. Germain vorgelegte Schrift des Ex-Offiziers der k.u.k. Armee und nun tschechischen Journalisten Hanuš Kuffner „Unser Staat und der Weltfriede“ von 1917 sah eine wesentlich vergrößerte Tschechoslowakei von südlich Berlins bis an die Donau nördlich der Linie Wien – Budapest vor. Zur Vermeidung möglicher nationalistischer Bedrohungen sollte Deutschland überhaupt in einen Kranz von Pufferstaaten Großbritanniens, Frankreichs und Russlands sowie einem stark verkleinerten „Deutschen Reservat“ aufgeteilt werden. Österreich wäre als „Mittelmark“ bis auf einen schmalen Landstreifen aus Salzburg, Ober- und Niederösterreich südlich der Donau und Westungarn bis zum Plattensee zwischen der Schweiz, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Italien aufzuteilen. Diese radikale Ansicht konnte bei den Friedensverhandlungen nicht durchgesetzt werden. Auch die Idee einer Landverbindung von der Tschechoslowakei über das heutige Burgenland nach Jugoslawien wurde von der Friedenskonferenz nicht aufgenommen.

Der Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye 1919

Die Verhandlungen mit Österreich fanden im Pariser Vorort St. Germain-en-Laye statt, wo am 10. September 1919 auch die Vertragsunterzeichnung erfolgte. Obwohl sich Österreich-Ungarn ab Oktober 1918 aufgelöst hatte, wurde die alleinige Kriegsschuld den Nachfolgestaaten Deutschösterreich und Ungarn sowie Deutschland zugewiesen. Alle drei Länder konnten über die Friedensbedingungen praktisch nicht verhandeln, sondern mussten sie unter Androhung militärischer Gewalt akzeptieren. Alternative wäre die militärische Besetzung, die Einstellung jeglicher Lebensmittelhilfe und als letztes Mittel sogar die völlige Aufteilung Österreichs unter Italien, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Jugoslawien gewesen. Am 6. September ermächtigte das Parlament nach heftigen Debatten Staatskanzler Dr. Renner den Friedensvertrag „unter Protest“ zu unterzeichnen.

Die wichtigsten Vertragsbestimmungen

- Böhmen, Mähren, Österreichisch Schlesien und einige Gemeinden Niederösterreichs fallen an die neu gegründete Tschechoslowakei.
- Südtirol, Welschtirol, das Kanaltal, das Küstenland und Istrien sind an Italien abzutreten
- Die Bukowina geht an Rumänien
- Teile der Untersteiermark mit den Städten Marburg (Maribor), Cilli (Celje) und Unterdrauburg (Dravograd) sowie das Kärntner Miestal und das Seeland (Jezerko) fallen an das neue Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien).
- In Südkärnten ist eine Volksabstimmung durchzuführen, ob es künftig zu Österreich oder zu Jugoslawien gehören möchte.
- Westungarn (Burgenland) soll zu Österreich gehören
- Die Verwendung von „Deutschösterreich“ als Staatsname wird verboten.
- Der Anschluss an das Deutsche Reich wird untersagt.
- Die Republik Österreich wird zu Reparationszahlungen unbestimmter Höhe verpflichtet.
- Die allgemeine Wehrpflicht wird verboten, ein Berufsheer darf höchstens 30.000 Mann umfassen. Rüstungsfabriken und Waffen müssen zerstört werden.

Der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols, des Kanaltals, der Untersteiermark, Pressburgs, Mährens und Böhmens wurde das vom US-Präsidenten Wilson als Basis eines dauerhaften

Friedens propagierte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ verweigert. Nach der formellen Abtretung der deutschsprachigen Gebiete an Italien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei, schieden die Abgeordneten dieser Länder aus dem deutschösterreichischen Nationalrat aus. Mit den USA, die den Vertrag von St. Germain nicht unterzeichnet hatten, wurde ein eigenes Abkommen abgeschlossen. Trotz des Verbotes wurde der Anschlussgedanke von der Sozialdemokratischen Partei bis 1938 und den Deutschnationalen unbeirrbar verfochten. Die Christlichsozialen und Monarchisten neigten hingegen einem engeren Zusammenschluss der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns zu. Doch die Idee einer Konföderation oder zumindest Zollunion der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns scheiterte am Misstrauen Frankreichs, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, die eine Annäherung Österreichs und Ungarns verhindern wollten. Für so einen neuen „Donaustaat“ war bereits Geld gedruckt worden. Da man nicht wusste, welche Staaten sich da zusammenschließen könnten, gab es aber noch keinen Text. Die Scheine wurden später als Lotterielose verwendet.

Die Aufteilung Österreich-Ungarns

Los von Österreich

Während Deutschösterreich sich an Deutschland anschließen wollte, gab es in **Vorarlberg** am 11.5.1919 eine **Volksabstimmung** über einen Anschluss an die Schweiz mit einer Zustimmung von über 80 %. Schließlich unterstützte die Schweiz diesen Plan nicht weiter, um ihr innerstaatliches Gleichgewicht der Volksgruppen und Konfessionen (Protestanten und Katholiken) nicht zu gefährden. Den Vorarlbergern blieb der Spottname „Kanton übrig“.

Im Oktober 1920 erklärte sich der durch die italienische Besetzung Südtirols isolierte Bezirk Lienz als „Deutscher Gau Osttirol“ zum Bestandteil des Deutschen Reiches. Da sich Österreich nicht an Deutschland anschließen durfte, versuchten es Tirol und Salzburg im Jahr 1921 über inoffizielle Volksabstimmungen. Die Ergebnisse waren für

- Tirol, Abstimmung vom 24.4.1921: 98,8 % für den Anschluss
- Salzburg, Abstimmung vom 29.5.1921: 99,3 % für den Anschluss. Zur Finanzierung der Abstimmung in Salzburg wurde sogar eigenes Notgeld aufgelegt.

Eine weitere Volksabstimmung in der Steiermark verhinderte die Regierung auf Druck Frankreichs.

Südtirol

Für den Kriegseintritt gegen seine ehemaligen Verbündeten Österreich-Ungarn und Deutschland erhielt Italien im Londoner Vertrag vom April 1915 eine Reihe von territorialen Versprechungen: das Trentino, Südtirol bis zum Brenner, Triest, die Grafschaften Görz und Gradiska, ganz Istrien und Dalmatien sowie eine Reihe von Inseln in der östlichen Adria. Auf Druck Deutschlands erklärte sich Österreich-Ungarn knapp vor der Kriegserklärung bereit, das Trentino – den italienischsprachigen Teil Tirols vom Gardasee bis zur Salurner Klause – nach dem Krieg an Italien abzutreten. Doch die Nationalisten hatten schon Blut geleckt an der Vorstellung einer italienischen Vorherrschaft im Mittelmeerraum. Das Angebot wurde nicht akzeptiert. Südtirol konnte von italienischen Truppen noch im November 1918 bis an den Brenner besetzt werden. Bezüglich der Adriaküste geriet Italien aber bald mit einem anderen Sieger, dem neuen Jugoslawien, in Konflikt.

Das von US-Präsidenten Wilson als Basis der Friedensverträge verkündete „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ wurde auch in Südtirol nicht angewandt und auch keinerlei Minderheitenschutz vereinbart, obwohl 93 % der Bevölkerung deutschsprachig waren. Mit der Machtübernahme der Faschisten unter Benito Mussolini im Oktober 1922 setzte der Staatsterror und die rücksichtslose Italianisierung ein. Deutsche Orts- Flur- und Familiennamen inklusive des Namens „Tirol“ durften nicht mehr verwendet werden, ab 1924 wurde das Lehren der deutschen

Sprache inklusive Hausunterricht verboten. Dem Südtiroler Klerus, allen voran Kanonikus Michael Gamper, war es zu danken, dass trotzdem im Untergrund Sprachunterricht erteilt wurde („Katakombenschulen“). Parallel dazu verfolgte der Staat eine massive Einwanderungspolitik zugunsten von Südtalienern. Ab 1935 suchte Hitler die politische Nähe Mussolinis und verzichtete dafür unverzüglich auf jeden Anspruch auf Südtirol.

Stattdessen vereinbarten die Diktatoren im Sommer 1939 eine Umsiedlung der nicht assimilationswilligen Bevölkerung. Unter dem Eindruck zunehmenden Staatsterrorismus entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung zur Auswanderung, die jedoch mangels Transportressourcen während des Krieges ins Stocken kam. Diese den so heimatverbundenen Tirolern aufgezwungene Entscheidung spaltete das Land bis in die Familien hinein in „Geher“ und „Dableiber“. In den zwanzig Jahren seines Bestandes zwischen 1918 und 1938 hatte Österreich in der Südtirolfrage keinen außenpolitischen Spielraum, da es einerseits machtpolitisch keine Rolle spielte, andererseits zunehmenden auf die Schutzmachtfunktion Italiens angewiesen war. Deshalb wurde das Südtirolproblem weder zwischen den Regierungen noch in der Öffentlichkeit angesprochen sondern blieb der Thematisierung durch Ansichtskarten und Flugblättern vorbehalten.

Kärnten (fast) ungeteilt bei Österreich

Am Ende des Ersten Weltkrieges bildete die Südslawen einen neuer Staat, zu dem neben Serbien nun auch Slowenien und Kroatien gehörte. Dieser nach seinen Hauptvölkern zuerst SHS-Staat (Srba, Hrvata i Slovenaca) später Jugoslawien genannte Staat grenzte im Norden an Kärnten, das seit jeher gemischtsprachig besiedelt war. Nachdem Kärnten seinen Beitritt zu Deutschösterreich erklärt hatte, drangen Truppen des SHS-Staates ein und besetzten Südkärnten bis Völkermarkt und Arnoldstein. Dagegen organisierte sich eine Landesverteidigung, der es im „Kärntner Abwehrkampf“ auch gelang, die SHS-Truppen wieder aus Kärnten zu vertreiben. Dadurch auf das Problem aufmerksam gemacht, inspizierte eine amerikanische Kommission das Gebiet und empfahl der Friedenskonferenz eine Volksabstimmung. Bereits vor dem Friedensvertrag mussten aber das Kanaltal mit Tarvis an Italien, das Seelandtal und Miesstal mit Unterdrauburg an Jugoslawien zur Besetzung übergeben werden.

Unter dem Eindruck der jugoslawischen Gebietsforderungen und der unklaren Zukunft Österreichs strebte eine kleine Gruppe sogar eine eigene Republik Kärnten an. Der Plan wurde nach wenigen Monaten fallen gelassen, aber das Notgeld des Landes hieß selbst-bewusst „Kärntner Geld“.

Als die Friedenskonferenz nun eine Volksabstimmung für die gemischt-sprachigen Zonen Südkärntens beschloss, glaubte Jugoslawien, vollendete Tatsachen schaffen zu müssen und marschierte wieder ein. Diesmal gelang es nicht, die Besatzer zu vertreiben.

Südkärnten wurde für die Abstimmung in eine Zone A und eine Zone B mit Klagenfurt geteilt. Sollte sich die Bevölkerung der Zone A für Jugoslawien entscheiden, würde eine weitere Abstimmung in Zone B folgen.

Die Kärntner Propaganda war grundsätzlich zweisprachig und bezog immer auch die slowenische Volksgruppe mit ein.

Jugoslawien befand sich in Grenzkonflikten mit Italien und Griechenland, sodass militärische Auseinandersetzungen nicht unwahrscheinlich waren. Auf einem Plakat macht der Sohn seine Mutter aufmerksam, dass er in Jugoslawien zum Militär einrücken müsse. Auch mit den Errungenschaften der österreichischen Sozialgesetzgebung wurde geworben, die tatsächlich vorbildlich war, aber nur um den Preis galoppierender Inflation finanziert werden konnte. Die jugoslawische Seite war hingegen von ihrem Sieg überzeugt und setzte nur Flugblätter und



Zeitungswerbung ein. Am 10. Oktober 1920 entschied die Mehrheit der Bevölkerung der Zone A, darunter auch viele Slowenen, für den Verbleib bei Österreich. Damit entfiel die Abstimmung in Zone B und Kärnten verblieb fast ungeschmälert bei Österreich.

Die Südsteiermark

Auch die Südsteiermark mit den Städten Marburg und Cilli wurde 1918 von jugoslawischen Truppen unter dem ehemaligen k.u.k. Hauptmann Rudolf Maister besetzt. Maister war beim Zusammenbruch der Monarchie Stadtkommandant von Marburg gewesen und reklamierte die Stadt für Slowenien, worauf er vom Nationalrat in Laibach zum General befördert wurde. In Radkersburg ließ er Geiseln nehmen, die mit ihrem Leben für das Wohlverhalten der deutschsprachigen Bevölkerung hafteten. Anders als in Kärnten gab es keinen organisierten Widerstand, da die Steiermark dringend auf Lebensmittelhilfe aus Jugoslawien angewiesen war. Für den 27.1.1919 war in Marburg eine US-Kommission angesagt, deutschsprachige Bürger demonstrierten für das Selbstbestimmungsrecht. Das Militär schoss in die Menge und tötete 13 Zivilisten („Marburger Blutsonntag“). Als die Kommission tatsächlich in Marburg ankam, war kein Mensch mehr zu sehen und die zu mehr als 80% von Deutschsprachigen bewohnte Stadt wurde als slowenisch eingestuft. Nachdem das Küstenland und Istrien an Italien fallen sollte und für Kärnten eine Volksabstimmung angeordnet worden war, wurde die Südsteiermark ohne weitere Einbeziehung der Bewohner von den Siegermächten dem neuen Jugoslawien gleichsam als „Entschädigung“ zugesprochen.

Aber das Burgenland kommt zu Österreich

Durch den Friedensvertrag von Trianon wurden zwei Drittel des ungarischen Staatsgebietes auf die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt, für die ungarischen Einwohner gab es kein Selbstbestimmungsrecht. Auch Österreich meldete Ansprüche auf das deutschsprachige Westungarn bestehend aus Teilen der Komitate Pressburg (Pozsony/ Bratislava), Eisenburg (Vas), Wieselburg (Moson) und Ödenburg (Sopron) an. Das neue Bundesland sollte nach der Endsilbe der Städte „Vierburgenland“ heißen.

Da in Ungarn im März 1919 Kommunisten die Macht übernahmen, stimmten die Siegermächte nun einer Abtretung der deutschsprachigen Gebiete mit Ausnahme Pressburgs, das schon der Tschechoslowakei versprochen war, an Österreich zu. Westungarn wurde mittlerweile zum Aufmarschgebiet konterrevolutionärer Truppen um Admiral Horthy, die auch die deutschsprachige Bevölkerung terrorisierten. Es folgten Grenzgefechte ungarischer Freischärler mit österreichischer Gendarmerie. Nach dem Sturz der Kommunisten und der Abwehr monarchistischer Restaurationsversuche genoss Ungarn die Unterstützung Italiens, das einen Verbündeten in seinem Grenzkonflikt mit Jugoslawien suchte. Um einen Teil des westungarischen Gebietes zu retten, schlug Ungarn eine Volksabstimmung für die größte Stadt – Ödenburg/ Sopron - und deren Umgebung vor, was nun vor allem von Italien befürwortet wurde. Um die gerade laufenden Kreditverhandlungen mit dem Völkerbund nicht zu gefährden, musste der österreichische Bundeskanzler Schober dies letztlich akzeptieren. Die Volksabstimmung fand unter italienischer Aufsicht Mitte Dezember 1921 statt. Dank massiver Beteiligung extra dafür nach Ödenburg verlegter und plötzlich auch abstimmungsberechtigter Soldaten fiel sie auch zugunsten Ungarns aus (Abb. 4).

Ungarn 1918 - 1921

Fiume/ Rijeka gehörte bis 1918 wie ganz Kroatien zu Ungarn. Im Oktober 1918 besetzten kroatische Soldaten die Stadt für den neuen südslawischen Staat. Wegen der gemischtsprachigen Bevölkerung erhob auch Italien massiv Ansprüche auf die Ostküste der Adria. Im September 1919 besetzte der italienische Dichter und Abenteurer Gabriele d'Annunzio mit Freischärlern Fiume/ Rijeka und etablierte eine präfaschistische Stadtregierung. Nach seiner Vertreibung im Dezember 1920 wurde Fiume/ Rijeka zuerst Freistaat und von 1924-1943 Teil Italiens.

Räterepublik und Machtergreifung Admiral Horthys

Ende Oktober 1918 kam es auch in Ungarn zum unblutigen Sturz der Habsburger. Ministerpräsident Graf Michael Karolyi erhoffte sich dadurch eine rasche Verständigung mit Frankreich. Karolyi rief am 16.11.1918 die „Volksrepublik Ungarn“ aus, die aber trotz des Namens kein kommunistischer Staat war. Als bekannt wurde, dass Ungarn nach Wunsch der Siegermächte mehr als 2/3 seines Staatsgebietes an die Nachbarn verlieren sollte und Karolyi auch die versprochene Verteilung des Großgrundbesitzes an landlose Bauern nicht umsetzen konnte, wandte sich das maßlos enttäuschte Volk gegen ihn. Karolyi übergab die Macht an die Sozialdemokraten, die im Geheimen schon mit den Kommunisten verbündet waren.

Deren Führer Belá Kun war Soldat in der k.u.k. Armee gewesen, als Kriegsgefangener Teilnehmer an der russischen Revolution und Freund Lenins. Im März 1919 kehrte Kun nach Ungarn zurück und rief die Räterepublik nach russischem Muster aus. Er unterstützte auch die österreichischen Kommunisten mit Geld und Organisatoren zur Durchführung eines Putsches. Kun erkannte, dass er die nationalen Gefühle der Ungarn ansprechen müsse. Ein Feldzug gegen die Tschechoslowakei sollte die ungarisch besiedelten Gebiete der Slowakei zurück bringen. Kun hoffte auf die Unterstützung durch die russische Rote Armee, die aber untätig blieb. Unter brillanter militärischer Führung ehemaliger k.u.k. Offiziere gelangen einer rasch aufgestellten ungarischen „Roten Armee“ von 200.000 Mann bemerkenswerte Erfolge. Daran nahmen auch 1.300 Mitglieder der ehemaligen „Roten Garde“ Österreichs teil, die zum Großteil in den Kämpfen aufgerieben wurden. Nach den ersten Erfolgen der Ungarn verlangten die Alliierten den sofortigen Rückzug, widrigenfalls Rumänien mit der Besetzung Ungarns beauftragt werden würde. Obwohl Kun seine Soldaten darauf tatsächlich zurückzog marschierten die Rumänen bis Budapest, das sie plünderten und bis in den Herbst besetzt hielten. In der Endphase der Räteregierung kam es zu zahlreichen Gräueltaten und Morden der Bolschewiken an Gegnern, die danach als Vorwand für noch blutigere Vergeltung dienen sollten. Bela Kun floh mit weiteren 100.000 Ungarn nach Österreich. Nach missglückten Abschiebungsversuchen wurde er schließlich 1920 nach Sowjetrußland deportiert und dort im Juni 1937 als Opfer des Stalin-Terrors hingerichtet. Nach der Flucht Belá Kuns übernahm für wenige Tage ein sozialdemokratischer Ministerpräsident die Regierung. Es folgte eine in Österreich als „Monarchisten-Putsch“ bezeichnete ebenso kurze Machtübernahme durch Erzherzog Joseph, der sich als Habsburger gegen die Alliierten aber nicht halten konnte.

Nach der kommunistischen Machtergreifung bildeten Adelige im südungarischen Szeged eine Gegenregierung. Zum Verteidigungsminister wurde der populäre Admiral Nikolaus Graf Horthy, letzter Oberkommandierender der k.u.k. Marine, ernannt. Die Konterrevolutionäre stellten sowohl in Südwestungarn als auch in der angrenzenden österreichischen Steiermark Truppen auf, mit denen sie ab August 1919 Richtung Budapest zogen. Dabei führten sie gezielt Massaker an Juden, des Bolschewismus Verdächtigen und landlosen Bauern durch, terrorisierten aber auch die deutschsprachige Bevölkerung Westungarns (des späteren Burgenlandes). Ihnen fielen an die 5.000 Menschen zum Opfer. Am 1. März 1920 wurde Horthy vom ungarischen Parlament zum „Reichsverweser“, zum Staatsoberhaupt eines Königreiches ohne König, gewählt. Er galt den

Alliierten als Garant gegen die Bolschewiken, aber auch er konnte sich mit der Zerstückelung Ungarns durch den Vertrag von Trianon nicht abfinden. Das Ziel, Ungarn in seiner einstigen Größe wieder zu errichten, beherrschte die Politik Horthys bis in den Zweiten Weltkrieg.

Kaiser Karl: Exil und Restaurationsversuche in Ungarn

Der Weg ins Exil

Anders als in Deutschland Kaiser Wilhelm II hat Kaiser Karl weder in Österreich noch Ungarn abgedankt, das Land nicht verlassen und lebte mit seiner Familie unter englischem Schutz in Schloss Eckartsau, 25km von der ungarischen Grenze entfernt. Am 21. März 1919 übernahm der Kommunist Belá Kun in Ungarn die Macht und errichtete seine Räterepublik. Neben der österreichischen Regierung drängte nun auch der britische Kommandant aus Sicherheitsgründen auf Abreise des Kaisers. Das Schicksal der russischen Zarenfamilie vor Augen fügte sich Karl und verließ am 23. März Österreich. Beim Grenzübertritt in das Exilland Schweiz widerrief Karl seinen Verzicht auf den Anteil an den Staatsgeschäften sowie alle Konzessionen an die Republik Österreich. Darauf beschloss der Nationalrat am 9. April das Gesetz über Landesverweisung und Enteignung der Familie Habsburg-Lothringen.

Nachdem die Diktatur Belá Kuns im August 1919 gestürzt und der Habsburger Erzherzog Joseph kurzzeitig als Reichsverweser eingesetzt worden war, fürchteten die Sozialdemokraten auch in Österreich eine Mächtigkeitsgreifung der Habsburger. Eine heftige Verleumdungs-Kampagne gegen Karl und seine Frau Zita war die Folge. Das Interesse Karls galt aber Ungarn.

Erster Restaurationsversuch, März 1921

Am 1. März 1920 übernahm der Admiral der k.u.k. Marine Nikolaus von Horthy, der seinem König in den Tagen des Umbruchs absolute Treue geschworen hatte, das Amt des Reichsverwesers von Ungarn. Kaiser Karl reiste im März 1921 inkognito nach Budapest und forderte die Übergabe der Macht. Horthy verweigerte dies unter Hinweis auf die habsburgerfeindliche Haltung der Nachbarstaaten und der Siegermächte. Karl kehrte daraufhin wieder in sein Schweizer Exil zurück, ein Angriff von Arbeitern gegen den Salonwagen konnte abgewehrt werden.

Zweiter Restaurationsversuch, Oktober 1921 und zweites Exil.

Nach militärischer Vorbereitung reiste Karl im Oktober nochmals nach Ungarn und stellte sich in Ödenburg an die Spitze königstreuer Truppen unter Oberst Anton Lehár, dem Bruder des Komponisten Franz Lehár.

Ein Gefecht vor Budapest ließ Karl erkennen, dass er Ungarn in einen Bürgerkrieg stürzen werde. Er gab seinen Plan auf, und wurde von englischen Schiffen in ein Exil auf der portugiesischen Atlantikinsel Madeira verbracht, wo er in bescheidenen Verhältnissen am 1. April 1922 starb. Kaiser und König Karl wurde am 3. Oktober 2004 von Papst Johannes Paul II selig gesprochen. Der Vater des Papstes war Unteroffizier in der k.u.k. Armee gewesen.

Thronanwärter war nun Karls 1912 geborener ältester Sohn Otto, der während des Zweiten Weltkrieges im amerikanischen Exil für die Unabhängigkeit Österreichs und die Verschonung des Landes vor flächendeckender Zerstörung arbeitete. Als Vorkämpfer der europäischen Einigung war Otto von Habsburg von 1979 bis 1999 Abgeordneter der deutschen CSU im Europaparlament. Trotz der 1961 erfüllten Formalitäten, die die „Habsburger-Gesetze“ von 1919 forderten, wurde ihm die Einreise nach Österreich auf Drängen der Sozialisten noch weitere zehn Jahre verwehrt.

Die Tschechoslowakei

Exilpolitiker und Staatsgründer: Tomáš Garrigue Masaryk und Edvard Beneš

Der Konflikt zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen und Mähren geht auf den Dreißigjährigen Krieg und die Eroberung des Landes durch die Habsburger zurück. Auch die Revolution von 1848 war blutig niedergeschlagen worden. Der Politik gelang es danach kaum mehr, zwischen den völlig verhärteten Fronten der Nationalisten ausgleichend zu wirken.

Zu Kriegsbeginn erfasste die patriotische Begeisterung ein letztes Mal auch Böhmen, tschechische Politiker sahen aber schon bald die Chance, den Weltkrieg für die Erreichung der Eigenstaatlichkeit zu nützen. Dazu musste Österreich-Ungarn den Krieg aber zuerst verlieren. Die Abgeordneten Tomáš G. Masaryk und Edvard Beneš begannen in der Schweiz und in Paris eine Exilbewegung aufzubauen, während andere Politiker wie Karl Kramár im Land verblieben, wegen Hochverrats festgenommen und zum Tode verurteilt, aber von Kaiser Karls 1917 amnestiert wurden.

Aus tschechischen Überläufern, Kriegsgefangenen und Auslandstschechen bildeten sich „Tschechische Legionen“ auf Seiten der Alliierten.



Mit dem Zusammenbruch Russlands ging die Option eines „großslawischen Reiches“ verloren, nun setzte die Exilbewegung auf die Bildung einer Republik. Um demokratische Gesinnung und Treue zu den Westmächten unter Beweis zu stellen, reiste Masaryk zuerst nach Russland und verpflichtete die tschechische Legion zum Kampf gegen die Bolschewiken, dann weiter in die USA, wo er mit Vertretern der Slowakei die Bildung eines gemeinsamen Staates vereinbarte.

In Paris und London agierte weiter Edvard Beneš, der die Angst der Westmächte vor einem Überspringen des Bolschewismus geschickt ausnützte und einen „cordon sanitaire“ unabhängiger Staaten zwischen Russland und Deutschland vorschlug. Bestärkt von US-Präsident Wilsons „14 Punkten“ und dem darin geforderten Selbstbestimmungsrecht für die Völker Österreich-Ungarns lehnten die tschechischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat alle Föderalismus-Vorschläge Kaiser Karls ab. Ihr Ziel war bereits ein eigener Staat ohne die Habsburger.

Der subversivste Tscheche war wohl „Der brave Soldat Schwejk“. Anhand seiner unsterblichen Romanfigur geißelte der tschechische Schriftsteller Jaroslav Hašek Militär und Bürokratie des alten Österreich. Hašek war Soldat in einem tschechischen Regiment, das größtenteils zu den Russen überlief. Dort schloss sich Hašek der tschechischen Legion an und wurde Kommunist. Sein Werk blieb unvollendet, da er bereits 1923 im Alter von 39 Jahren starb.

Das Entstehen der tschechoslowakischen Republik

20.5.1915	In der „Cleveland-Vereinbarung“ wurde von tschechischen und slowakischen Exilpolitikern ein gemeinsames Vorgehen mit dem Ziel einer Staatsgründung niedergeschrieben.
30.5.1918	„Pittsburger Vertrag“ über die Errichtung eines tschechoslowakischen Staates
9.8.1918	Der tschechoslowakische Exilnationalrat in Paris erklärt Österreich-Ungarn den Krieg und wird von den Alliierten als „kriegführende Nation“ anerkannt.
26.9.1918	In Paris wird der Staat Tschechoslowakei proklamiert
14.10.1918	Bildung einer tschechischen Exilregierung in Paris durch Edvard Beneš
16.10.1918	„Völkermanifest“ Kaiser Karls mit der Aufforderung an die Nationen, eigene Nationalräte zu bilden.
18.10.1918	Präsident Wilson erklärt, nicht mehr mit Österreich-Ungarn über den Friedensschluss verhandeln zu wollen, da es die Tschechoslowakei nicht mehr vertreten könne.
19.10.1918	Der tschechoslowakische Nationalrat in Prag bricht die Beziehungen zu Österreich ab.
28.10.1918	Massendemonstrationen in Prag; Verkündung eines Gesetzes „über die Errichtung eines tschechoslowakischen Staates“. Exilvertreter berufen Tomáš G. Masaryk zum Präsidenten, Karl Kramár zum Regierungschef und Edvard Beneš zum Außenminister.
29.10.1918	Die Abgeordneten der deutschsprachigen Länder Böhmens und Mährens bilden einen Nationalrat und verkünden den Beitritt zu Deutschösterreich
14.11.1918	Die tschechoslowakische Nationalversammlung erklärt das Haus Habsburg für abgesetzt und proklamiert die Tschechoslowakische Republik.
21.12.1918	Rückkehr Masaryks aus dem Exil
18. 4.1920	Erste Parlamentswahlen

Die Grenzen

In der Frage der Grenzen konnte die Tschechoslowakei auf Unterstützung durch die Alliierten rechnen. Trotzdem wollten die Tschechen nicht auf die Friedensverträge warten, sondern besetzten noch im Dezember 1918 die deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens, wobei es immer wieder zu Gewalttaten des tschechischen Militärs kam. Am 4. März 1919 fanden große Demonstrationen für das „Selbstbestimmungsrecht“ statt, das Militär schoss in 16 Orten in die Menge und tötete 54 Menschen.



An den Rändern Böhmens und Mährens und in den Sprachinseln Brünn und Iglau lebten mehr als drei Millionen Menschen, die Deutsch sprachen und sich nicht zur tschechischen Nation bekannten. Alleine in Südmähren und Südböhmen lagen die Siedlungen von rund 400.000 deutschsprachigen Einwohnern und bildeten mit den nieder- und oberösterreichischen Gemeinden eine kulturelle Einheit. Auch der erste Staatskanzler und spätere Bundespräsident Dr. Karl Renner stammte aus dem mährischen Untertannowitz. Während sich die tschechischen Politiker gegenüber der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in

Böhmen und Mähren immer auf die „historischen Grenzen“ berief, forderte und erhielt die Tschechoslowakei darüber hinausgehend „zur Abrundung“ Gebiete im nördlichen Niederösterreich, von Ungarn und sogar von Deutschland. Die Besetzung der Slowakei gelang den tschechischen Truppen hingegen nicht. Stattdessen marschierte ungarisches Militär ein und rief die slowakische Räterepublik aus. Erst eine gemeinsame Aktion von Franzosen und Rumänen, die auch zum Sturz der ungarischen Räteregierung und zur Besetzung Budapests führte, sicherte die Slowakei für den Tschechoslowakischen Staat.

Die Pläne, von Pressburg aus über das heutige Burgenland einen tschechischen „Korridor“ nach Jugoslawien zu schaffen oder gar Österreich bis zur Donau der Tschechoslowakei einzuverleiben, wurden trotz der starken Stellung der tschechischen Politiker bei den Friedensverhandlungen von den Siegermächten abgelehnt. Im Jänner 1919 marschierten tschechische Truppen in das bereits von Polen besetzte ehemalige Herzogtum Teschen ein und begann einen „Sieben-Tage-Krieg“. Die Alliierten vermittelten einen Waffenstillstand und die Aufteilung des Gebietes ohne Berücksichtigung der Bevölkerung nach rein geographischen Gesichtspunkten. Bald begannen die Tschechen auch die Autonomieforderungen der Slowaken zurückzuweisen, worauf sich neben der deutschen auch eine slowakische nationalistische Opposition bildete. Der slowakische Exilpolitiker und Staatsgründer Milan Rastislav Štefánik, Offizier in der französischen Armee, wurde 1918 General und Kriegsminister der Tschechoslowakei. Er kam unter ungeklärten Umständen ums Leben, als sein Flugzeug im Mai 1919 von der eigenen Flak abgeschossen worden war.

Gegen eine Restauration der Habsburger und gegen ungarische Gebietsansprüche schlossen sich die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien zur „Kleinen Entente“ zusammen, die von Frankreich gefördert wurde. Das 1922 faschistisch gewordene Italien geriet mit Jugoslawien wegen der Adriaküste und mit seinem ehemaligen Verbündeten Frankreich wegen der angestrebten Vormachstellung in Mitteleuropa zunehmend in Konflikt. Um Jugoslawien einzukreisen bot es Ungarn und Österreich Bündnisse an, die die bis dahin isoliert gewesenen Staaten freudig abschlossen. Die Repressionspolitik der tschechoslowakischen Behörden führte zu einer besonders raschen Aufnahme nationalsozialistischer Ideen durch die deutschsprachige Bevölkerung. Im Gegensatz zu den Südtirolern, die dem Pakt mit Mussolini geopfert worden waren, bekamen die Deutschen in der Tschechoslowakei nach der Machtergreifung Hitlers 1933 reiche propagandistische und materielle Unterstützung aus dem Deutschen Reich. Als Tomáš G. Masaryk 1935 als Präsident zurückgetreten war, folgte ihm Edvard Beneš nach, der 1938 vor der deutschen Besetzung nach London floh. Beneš kehrte 1945 wieder als Präsident zurück, verfügte in den „Beneš Dekreten“ die Ausweisung aller Deutschen und legitimierte dadurch grausamste Gewalttaten, Raub und Enteignung. Die kommunistische Machtübernahme von 1948 konnte er nicht verhindern und starb kurz darauf.

Österreich bis 1933

Nachkriegswirtschaft

Notgeld

Ab 1914 war Metallgeld Mangelware, 1918 verschwand es völlig. Gemeinden, Firmen und Vereine behelfen sich mit der Ausgabe von Notgeldscheinen oder Briefmarken in eigenen Behältnissen. Die Ausgabestelle musste die neu geschaffene Geldmenge durch Hinterlegung staatlicher Banknoten decken. Notgeld war Sammelobjekt. Viele Ausgabestellen legten daher Scherz-Serien auf oder verwendeten statt Papier Holz, Lack, Leder oder Stoff. Dieses Geld wurde aber kaum wirklich verwendet.

Inflation und Sanierung

Schon während des Krieges begann die Inflation zu galoppieren. Ein Kilogramm Mehl kostete 1914 nur 44 Heller, 1918 am Schwarzmarkt 25 Kronen, eine Preissteigerung von 5.682%. Nach dem Zerfall Österreich-Ungarns mußte ein einheitlicher Wirtschaftsraum von 53 Millionen Menschen zerteilt werden. Dazu gehörte auch die Einführung neuer Währungen in den Nachfolgestaaten. Da kaum ein Land sofort mit dem Druck von neuem Geld beginnen konnte, wurden die Banknoten der Monarchie zuerst überstempelt und dann sukzessive in die neue Währung umgetauscht. Um eine „Überschwemmung“ mit Kronen-Scheine aus anderen Teilen der ehemaligen Monarchie zu verhindern, wurden die Banknoten, die in Österreich im Umlauf waren mit dem Aufdruck „Deutschösterreich“ versehen werden.

Erst 1922 wurden völlig neue Banknoten aufgelegt, darunter auch ein 500.000 Kronen-Schein. Zehn Jahre zuvor hatte das Jahreseinkommen eines Lehrers etwa 1.800 Kronen betragen.

Österreich hatte durch die sozialdemokratische Regierung Renner bereits Ende 1918 die modernste Sozialgesetzgebung der Welt erhalten, die aber nicht finanziert werden konnte. Die nachfolgende christlichsoziale Regierung Seipel wollte Maßnahmen zurücknehmen, was auf heftigen Widerstand bei den Sozialdemokraten stieß. Da die Lebensmittelzuschüsse und Sozialleistungen aus Steuermitteln nicht finanzierbar waren, ließ die Regierung weiter zu viel Geld drucken. Inlandsanleihen brachten kaum Erträge, dafür verminderte die Inflation die Rückzahlungsbeträge für Kriegsanleihen rapide. Das führte wiederum zur Verarmung des Bürgertums, das seine Ersparnisse in Kriegsanleihen angelegt hatte. Ab 1921 explodierte die Inflation.

Im Juni 1920 zerbrach auch die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen: Die Sozialdemokraten forderten die rechtliche Absicherung der Soldatenräte, die Christlichsozialen lehnten dieses „bolschewistische“ Element in der Volkswehr ab. Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1920 siegten die Christlichsozialen. Von nun an bis zum Ende der ersten Republik befanden sich die Sozialdemokraten in Opposition, die Christlichsozialen regierten mit wechselnden Koalitionen. Damit wuchs die Kluft zwischen „rechtem“ und „linkem“ Lager bis der Kultur- und Klassenkampf schließlich im Bürgerkrieg von 1934 seinen Höhepunkt fand.

Durch geschickte Diplomatie erwirkte der christlichsoziale Bundeskanzler Seipel vom Völkerbund eine Anleihe über 650 Millionen Goldkronen, mit der die Währungssanierung durchgeführt werden konnte. Nach Stabilisierung der Inflation wurde 1925 eine österreichische Nationalbank eingerichtet und die Währung gewechselt.

An Stelle von Kronen und Heller traten ab 1925 Schilling und Groschen. 10.000 Kronen entsprachen einem Schilling, 100 Kronen einem Groschen. Der Preis für den Kredit war hoch: Österreich musste die Kontrolle über seine Finanzgebarung einem Völkerbundkommissär übergeben und damit auf einen wichtigen Teil seiner Souveränität verzichten. Und Österreich musste eine rigorose Sparpolitik verfolgen, was bei den Beamten zu massiven Gehaltskürzungen und Entlassungen führte und die Radikalisierung der Bevölkerung verstärkte.

Schon die sozialdemokratische Regierung Renner plante eine „Vermögensabgabe“ als Sondersteuer für besser Verdienende einzuführen. Die Christlichsozialen als Vertreter von Gewerbetreibenden und Handel waren strikt dagegen, in den Bundesländern gab es deswegen sogar Separationsbestrebungen. Schließlich wurde die Steuer nur im sozialdemokratisch regierten Wien durch Finanzstadtrat Breitner eingeführt.

Antisemitismus

Der Antisemitismus, den es schon in der Donaumonarchie gegeben hatte, schlug ab 1918 in heftige sprachliche Aggression um. Die schlechte wirtschaftliche Situation führte zu einer stetigen Radikalisierung, die von den politischen Parteien geschürt wurde. Die Christlichsozialen griffen jüdische Politiker der Sozialdemokraten an, die Sozialdemokraten jüdische Großindustrielle und Bankiers und die Nationalen alle Juden.

In Kärnten schlossen sich Christlichsoziale, Großdeutsche und Landbund für die Nationalrats- und Landtagswahl 1923 zu einer „Einheitsliste“ zusammen. Der mit äußerster Härte geführte Wahlkampf war auch von massivem Antisemitismus geprägt (Abb. 9).

Der Wiener Journalist Theodor Herzl war Initiator der zionistischen Idee, der Emigration nach Palästina und Gründung eines jüdischen Staates, gewesen. Palästina-Ausstellungen warben in den 20er Jahren für den Zionismus mit mäßigem Erfolg.

Bis 1938 lebten in der Republik Österreich rund 200.000 Menschen jüdischer Konfession, von denen nach dem Anschluss an das Deutsche Reich durch das NS-Regime 65.000 ermordet wurden. Etwa 20.000 haben den Terror in Lagern oder im Untergrund überlebt, mehr als 110.000 wurden ihres Eigentums beraubt und in die Emigration gezwungen. Heute bekennen sich rund 10.000 Österreicher zum jüdischen Glauben.

Das „Rote Wien“

Ab 1919 wurde Wien von sozialdemokratischen Bürgermeisterern regiert, gehörte aber nach wie vor zum agrarischen und daher christlichsozialen Bundesland Niederösterreich. Auch wenn die Sozialdemokraten wegen der momentanen Bevölkerungsmehrheit Wiens den Landeshauptmann von Niederösterreich stellten, strebte sie eine Trennung der Stadt von Niederösterreich an. Dabei war an eine Art „Wienerland“ als Zusammenfassung aller Industriegebiete Niederösterreichs bis Stockerau im Norden, Bruck/ Leitha im Osten, Gloggnitz im Süden und St. Pölten im Westen gedacht. Aus den Nationalratswahlen von 1920 gingen jedoch die Christlichsozialen als klare Sieger hervor und konnten daher 1921 ihre Vorstellung der Trennung von Stadt und Land durchsetzen, die sich an den Vorkriegsgrenzen Wiens orientierte.

Nach der Bewältigung der Lebensmittel- und Brennstoffnot war die Schaffung von menschenwürdigem Wohnraum eine der dringendsten Aufgaben der Wiener Stadtregierung. Im Jahr 1917 wurden zum Schutz der Soldatenfamilien die Wohnungsmieten auf der Basis der Vorkriegspreise eingefroren und die Kündigungsmöglichkeiten stark eingeschränkt („Friedenskronen-Zins“). In den Wiener Wahlkämpfen war die Wohnungsnot ein Hauptthema, der Schutz der Wohnungsmieter und landwirtschaftlichen Pächter ein wichtiges Ziel der Sozialdemokraten. Sie unterstellten, eine Wahl der Christlichsozialen unter Prälat Ignaz Seipel würde den Mieterschutz gefährden und dadurch Preise und Arbeitslosigkeit steigern. Die Christlichsozialen wollten tatsächlich den Mieterschutz lockern, da aus Wohnungsvermietung keine Einkünfte mehr zu erzielen waren, der private Wohnungsbau zum Erliegen kam und der Hausbestand verfiel.

Der wichtigste Grafiker der Sozialdemokraten der 1930er Jahre, Viktor Theodor Slama, 1890-1973 nahm die Themen in eindrucksvollen Plakaten auf. Unter dem Pseudonym A. Malsow arbeitete er in Deutschland 1928 für die Kommunistische Partei. Während des Zweiten

Weltkrieges war er zeitweise mit Berufsverbot belegt worden. Nach dem Krieg arbeitete er wieder für die SPÖ, konnte aber an die kreative Bissigkeit seiner frühen Jahre nicht mehr anschließen. Slama war nach 1945 auch als Ausstellungsgestalter erfolgreich.

Die Sozialdemokraten konnten die „Friedenskronen-Zins“-Regelungen jedoch bis in unsere Zeit bewahren. Nachdem Wien eigenes Bundesland geworden war, konnten auch eigene Steuern eingeführt werden. Hohe Abgaben auf Luxusgüter und die „Wohnbausteuer“ auf Erträge teurer Mietobjekte machten den sozialdemokratischen Finanzstadtrat Hugo Breitner zum erklärten Feindbild der Bürgerlichen. Als 1923 sogar eine nach der Weitläufigkeit von Stiegen bemessene Steuer eingeführt wurde, riss man in vielen Palais die prunkvollen Treppenhäuser ab. Da der private Hausbau zum Erliegen gekommen war, musste die Gemeinde neuen Wohnraum schaffen. Die „Breitner-Steuern“ ermöglichten von 1919-1934 den Bau von 65.000 modern ausgestatteten Gemeindewohnungen und einer entsprechenden Infrastruktur mit Kindergärten, Sportanlagen, Bädern und Kaufhäuser. Die Geschäfte der Consum-Genossenschaft versorgten die Arbeiter mit günstigen Lebensmitteln und Waren des täglichen Gebrauchs (Abb. 10). Das Wohnbauprogramm der Stadt Wien erregte weltweit Aufsehen. Ihr Versprechen, 80.000 Gemeindewohnungen errichten zu wollen, konnte die sozialdemokratische Stadtregierung nicht mehr erfüllen, da sie nach dem Bürgerkrieg von 1934 ihres Amtes enthoben wurde.

Die neue Rolle der Frau

Während des Ersten Weltkriegs übernahmen Frauen wie selbstverständlich Funktionen, die bisher nur Männern vorbehalten waren. Das konservative Bild der Frau als Hüterin des Haushalts und Mutter war in den Grundfesten erschüttert. Frauen durften in Österreich 1919 zwar erstmals wählen, die weitere Emanzipierung ging aber überaus langsam vor sich. Der Obmann der regierenden christlichsozialen Partei und mehrmalige Bundeskanzler Ignaz Seipel war katholischer Priester. In Österreich gab es bis zur Einführung des deutschen Eherechts nach dem Anschluss 1938 daher weiter keine zivile Ehescheidung, die Abtreibung stand bis 1971 unter Strafdrohung. Beide Themen wurden in den Jahren 1918-1934 heftig diskutiert und waren weitere Gründe für die tiefe Spaltung der Gesellschaft.

Tourismus und Sport

Österreich war bereits ein Tourismus- und Wintersportland, wenngleich sich die erdrückende Mehrheit der Österreicher keinen Urlaub leisten konnte (Abb. 16). 1933 ließ Hitler eine Ausreisegebühr von 1.000 RM für Reisen nach Österreich als Reaktion auf gegen die NSDAP gerichtete Maßnahmen der Regierung verhängen („Tausend-Mark-Sperre“). Die Umsätze gingen um 80% zurück und ruinierten diesen Wirtschaftszweig.

Die beiden erfolgreichsten Eiskunstläufer der Welt waren Österreicher:

Karl Schäfer, achtfacher Europameister, siebenfacher Weltmeister, zweifacher Olympiasieger, erfolgreichster Eiskunstläufer aller Zeiten. Gestorben 1976 in Wien und

Felix Kaspar, zweifacher Welt- und Europameister, 1936 Olympia-Dritter. Seit 1939 in Australien und den USA als Trainer, starb 2003 in Florida.

Der alpine Skilauf nahm dank zahlreicher Skipioniere und der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg ab den 1930er Jahren einen rasanten Aufschwung, am Arlberg etwa durch **Hannes Schneider**, Skilehrer aus Stuben. Im ersten Weltkrieg war Schneider in Bergführerkompanien eingeteilt, danach spielte er waghalsige Szenen in Ski-Filmen, wie „Die weiße Hölle am Piz Palü“ und „Stürme über dem Montblanc“. Als Gegner des NS-Regimes wurde Schneider am 13. März 1938 verhaftet, auf internationalen Druck freigelassen und emigrierte 1939 in die USA, wo er das „Mount Cranmon Ski-Resort“ aufbaute und 1955 starb.

Nachdem der 8Stunden-Arbeitstag durchgesetzt war, hatten auch Arbeiter erstmals Freizeit. Als sinnvolle Alternative zum weit verbreiteten Alkoholismus schufen die Sozialdemokraten ein dichtes Netz von Arbeiter-Sportvereinen, das aber auch der Ertüchtigung der Angehörigen des paramilitärischen „Republikanischen Schutzbundes“ diente (Abb. 17).

1936 fanden die olympischen Winter- und die Sommerspiele in Deutschland statt. Hitler nützte vor allem die Sommerspiele zu einer gewaltigen Propagandainszenierung. Dazu gehörten auch die Olympiafilme von Leni Riefenstahl, die zwar Filmgeschichte schrieben, aber völlig der NS-Ideologie verpflichtet waren. Österreichs erfolgreichster Sportler, der Eiskunstläufer Karl Schäfer, übernahm bei beiden Spielen offizielle Aufgaben.

Großmacht im Fußball

So trübe die politische und wirtschaftliche Situation Österreichs in den 1930er Jahren war, so grandios spielte man Fußball. Verbandskapitän Hugo Meisl stellte 1931 im Wiener „Ring-Cafe“ unter dem Druck von Sportjournalisten eine Mannschaft auf, der er zuerst selbst nicht traute („Schmiranski-Team“). Zwischen 1931 und 1933 gab es in 15 Spielen 12 Siege, zwei unentschieden und nur eine Niederlage: auswärts gegen England. Österreich hatte die weltbeste Mannschaft, auch wenn bei der WM 1934 nur ein vierter Platz erzielt werden konnte.

Neben dem Verbandskapitän Hugo Meisl waren der legendäre Mittelstürmer Matthias Sindelar (der „Papierene“), der Abwehrspieler Karl Sesta (der „Blade“) und Tormann Rudolf Hiden besonders populär. Als Hiden, noch ganz junger Tormann, einmal einen Ball zwischen den Beinen ins Tor ließ, meinte Sesta „a so a Tirl kan a nua a Steira kriagn“ (so ein Tor kann auch nur ein Steirer bekommen) – das „Steiertor“ war geboren

Die großen Länderspiele (fett: Spiele des „Wunderteams“)

1930: England 0:0	1931: Ungarn 2:2	1932: Belgien 6:1
1930: Ungarn 1:2	1931: Schweiz 8:1	1933: Frankreich 4:0
1930: Schweden 4:1	1932: Italien 2:1	1934: Italien 4:2
1931: Tschechoslowakei 2:1	1932: Ungarn 8:2	1934: Schweiz 3:2
1931: Ungarn 0:0	1932 Tschechoslowakei 1:1	1934: Ungarn 5:2
1931: Schottland 5:0	1932: Schweden 4:3	1934: Bulgarien 6:1
1931: Deutschland 6:0	1932: Ungarn 3:2	1934: Frankreich 3:2
1931: Schweiz 2:0	1932: Schweiz 3:1	1934: Ungarn 2:1
1931: Deutschland 5:0	1932: England 3:4	1936: England 2:1

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 12. März 1938 wurde auch die österreichische Nationalmannschaft aufgelöst. Als versöhnliche Geste ließen die neuen Machthaber ein letztes „Länderspiel“ zwischen der „Gau-Auswahl“ Ostmark und der Deutschen Nationalmannschaft am 3. April 1938 zu. Der österreichischen Mannschaft wurde klar signalisiert, dass Deutschland zu siegen habe. Aber schon beim Einlauf gab es den ersten Affront: Kapitän Sindelar hatte angeordnet, statt in den traditionell schwarz-weißen Dressen in rot-weiß-rot anzutreten. In der ersten Halbzeit vergaben die Österreicher demonstrativ Chance um Chance, in der zweiten zeigten sie ihre Überlegenheit auch durch zwei rasche Tore. Sindelar wurde daraufhin als Profi-Fußballer kaltgestellt. Er erwarb im Sommer 1938 von einem jüdischen Bekannten ein Cafehaus. Der Vorwurf, die Notlage des Vorbesitzers ausgenutzt und „Arisierung“ betrieben zu haben, konnte nicht erwiesen werden. Sindelar und seine Lebensgefährtin fand man am 23. Jänner 1939 tot neben dem aufgedrehten Gashahn des Herdes. An seinem Begräbnis nahmen 15.000 Menschen teil.

Friedrich Torberg: Auf den Tod eines Fußballers

*Er war ein Kind aus Favoriten
und hieß Matthias Sindelar.
Er stand auf grünem Platz inmitten,
weil er ein Mittelstürmer war.
Er spielte Fußball, und er wusste
vom Leben außerdem nicht viel.
Er lebte, weil er leben musste
vom Fußballspiel fürs Fußballspiel.*

*Er spielte Fußball wie kein zweiter,
er stak voll Witz und Phantasie.
Er spielte lässig, leicht und heiter,
er spielte stets, er kämpfte nie.
Er warf den blonden Schopf zur Seite,
ließ seinen Herrgott gütig sein,
und stürmte durch die grüne Weite
und manchmal bis ins Tor hinein.*

*Es jubelte die Hohe Warte,
der Prater und das Stadion,
wenn er den Gegner lächelnd narrete
und zog ihm flinken Laufs davon.*

*Bis eines Tag's ein anderer Gegner
ihm jählings in die Quere trat,
ein fremd und furchtbar überlegener,
vor dem's nicht Regel gab noch Rat.*

*Von einem einz'gen harten Tritte
fand sich der Spieler Sindelar
verstoßen aus des Planes Mitte
weil das die neue Ordnung war.
Ein Weilchen stand er noch daneben,
bevor er abging und nach Haus.
Im Fußballspiel, ganz wie im Leben,
war's mit der Wiener Schule aus.*

*Er war gewohnt zu kombinieren,
und kombinierte manchen Tag.
Sein Überblick ließ ihn erspüren,
dass seine Chance im Gashahn lag.
Das Tor, durch das er dann geschritten,
lag stumm und dunkel ganz und gar.
Er war ein Kind aus Favoriten
und hieß Matthias Sindelar.*

Polarisierung der Gesellschaft

Die Gehässigkeit zwischen den politischen Parteien nahm immer mehr zu, gerade auch auf den Plakatwänden: Die Linken wurden als Gesindel dargestellt, das sich an den heiligsten Gütern vergriff, Lügner und Verräter oder einfach nur „rote Ratten“ waren. Die andere Seite zeichnete geldgierigen Klerus, verbrecherische Kapitalisten Hand in Hand mit Nationalsozialisten und bigotte Älplern auf den Leichen des Volkes. Bei Mihaly Biró erwürgt die rote Hand die Schlange des Kapitalismus (Abb 11), Victor Slama lässt den Sozialdemokraten die Skandale der Christlichsozialen wegkehren: Franc-Geschäfte des Großspekulanten und Kriegsgewinners Sigmund Bosel und seiner „Union Bank“; den Verkauf der Postsparkasse durch den der Heimwehr nahe stehenden Finanzminister Ahrer, der daraufhin nach Kuba flüchtete; Korruptionsvorwürfe um den Generaldirektor der Bundesbahn Ing. Strafella.

Die Toten von Schattendorf und der Justizpalastbrand

Im burgenländischen Schattendorf waren am 30. Jänner 1927 ein Kriegsinvalider und ein achtjähriger Bub von drei Angehörige der „rechten“ Frontkämpfervereinigung erschossen worden. Sie hatten sich in einem Gasthaus verschanzt, das zuvor von Mitgliedern des „linken“ Republikanischen Schutzbund attackiert worden war. Ein Geschworenengericht erkannte auf Notwehr und sprach die Täter frei - nach heutigen Maßstäben ein Fehlurteil, das von der sozialdemokratischen Presse, vor allem der Arbeiter-Zeitung und ihrem Chefredakteur Friedrich Austerlitz auch scharf kritisiert wurde. Allerdings war die Geschworenengerichtbarkeit als „Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung“ gerade von den Sozialdemokraten vehement gefordert und erst 1920 in Österreich eingeführt worden. Jedenfalls wurden „rechte“ Provokateure von Zwischenfällen merkbar milder bestraft, als „Linke“.

Als der Freispruch bekannt wurde, sammelten sich tausende Menschen vor dem Justizpalast in Wien. Ein Versuch, die schon hinter Barrikaden verschanzten Demonstranten mit Hilfe der sozialdemokratischen Ordnertruppe „Republikanischer Schutzbund“ zu zerstreuen, misslang. Die Menge drang in den Justizpalast ein, setzte ihn in Brand und hinderten die Feuerwehr an der Zufahrt. Menschen kamen dabei nicht zu Schaden, aber das Gebäude brannte aus und zahlreiche wertvolle historische Dokumente wurden vernichtet. Darüber hinaus verwüstete der Mob Polizeiwachstuben und Redaktionen bürgerlicher Zeitungen.

Polizeipräsident Schober forderte Bundesheer an, ein massiver Aufmarsch hätte die Demonstranten zum Rückzug veranlassen oder aber einen Bürgerkrieg auslösen können. Bürgermeister Karl Seitz verweigerte seine Zustimmung zum Heeresinsatz, konnte die rasende Menschenmenge aber nicht wie gehofft kraft seiner Autorität als sozialdemokratischer Parteiohmann unter Kontrolle bringen. Nun ließ Polizeipräsident Schober die Polizei mit Gewehren bewaffnen und zur Zerstreung der Menschenmenge antreten. Bei den Gefechten starben 97 Demonstranten und 5 Polizisten, es gab mehr als tausend Verletzte. Wohlhabende Wiener flohen, ausländische Gäste verließen die Stadt. Wien stand knapp vor Ausbruch des offenen Bürgerkrieges.

Die Sozialdemokraten reagierten auf den Polizeieinsatz mit einigen Tagen Streik der Straßen- und Eisenbahner, Post- und Telegraphenbeamten und Druckereiarbeiter. Außer einem sozialdemokratischen „Mitteilungsblatt“ konnten von 16. bis 18. Juli keine Zeitung erscheinen.

Sowohl Konservative als auch die Linken sahen ihr Feindbild nun erfüllt: Der brandstiftende „rote Pöbel“ auf der einen, „Klassenjustiz“ und „Arbeitermörder“ auf der anderen Seite. Bundeskanzler Ignaz Seipel bekam den Beinamen „Prälat ohne Milde“, weil er in einer Parlamentsrede den Urheber der Unruhen jede Milde verweigert sehen wollte. Dem Chefredakteur der Arbeiterzeitung Friedrich Austerlitz wurde vorgeworfen, mit seinem Artikel vom 15. Juli die Vorfälle erst ausgelöst zu haben. Die Gräben zwischen den Parteien waren tiefer denn je. Nach dem Einsatz der Polizei gegen die Demonstranten wollten die Sozialdemokraten unter Bürgermeister Karl Seitz zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht mehr mit der staatlichen Exekutive zusammenarbeiten. Einer eigenen Gemeindefschutzwache war allerdings nur eine kurze Frist beschieden, bis die Regierung sie wieder auflösen ließ.

Wegen des Schießbefehls ließ der Wiener Journalist und Schriftsteller Karl Kraus in der ganzen Stadt eine Rücktrittsaufforderung an Polizeipräsident Schober affizieren, worauf der Geschäftsmann Ernst Winkler mit einer gegenteiligen Aufforderung reagierte.

Dr. Johann Schober, 1874-1932, war von 1918 bis 1932 Polizeipräsident von Wien, dazwischen obwohl parteilos mehrmals Bundeskanzler, Vizekanzler und Außenminister. 1921 willigte er für einen Völkerbundkredit in die Volksabstimmung über Ödenburg ein und verzichtete gegenüber der Tschechoslowakei auf das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, was ihn zum Feindbild aller Nationalen machte. Als wirtschaftspolitische Erfolge seien die (nur kurzfristig gelungene) Rettung der Großbank „Bodencreditanstalt“ und die Erlassung der Reparationsverpflichtungen genannt. Als Wiener Polizeipräsident sorgte er für die Niederschlagung der kommunistischen Putschversuche 1919 und gab den Schießbefehl anlässlich der Brandstiftung im Justizpalast 1927, wodurch er den Hass der Sozialdemokraten auf sich zog.

Noch Wahlkampf 1930 spielten die Ereignisse um den Justizpalastbrand die bedeutendste Rolle. Für die Bürgerlichen war die außer Kontrolle geratene Demonstration ein Revolutionsversuch nach dem Muster russischer Bolschewiken (Abb. 12), für die Sozialdemokraten bedeutete der bewaffnete Polizeieinsatz der erste Schritt zum Bürgerkrieg (Abb. 13),

Parteiarmeen

Heimwehr und Heimatschutz

1918 zogen zehntausende Soldaten und ehemalige Kriegsgefangene marodierend durch Österreich. In den Ortschaften bildeten sich Selbstschutzorganisationen, die sich oft wiederum aus Frontheimkehrern rekrutierten. Waffen waren im Übermaß vorhanden, die finanzielle Unterstützung kam von Industrie und Gewerbe, das sich vor Plünderungen schützen wollte. Diese Heimwehren griffen aber auch in die Grenzkonflikte in Kärnten und im Burgenland ein und sahen sich als Schutzorganisation des Bürgertums gegen den Bolschewismus. In der Steiermark war die Heimwehr besonders stark und wurde vom bedeutendsten österreichischen Industrieunternehmen, der Alpine-Montan AG, finanziell unterstützt. Daneben gab es auf rechter Seite noch die monarchistische Frontkämpfervereinigung, die sich mehrheitlich aus ehemaligen Offizieren zusammensetzte.

Während die Einigung der einzelnen Heimwehren in den Bundesländern noch leidlich gelang, scheiterte sie auf Bundesebene. Die Rivalität der Länderführer war zu groß, um jene schlagkräftige Organisation aufzubauen, als die sich die Heimwehr gerne ausgab. Nach dem Justizpalastbrand 1927 erhielten die Heimwehren enormen Auftrieb und verfolgten nun auch politische Ambitionen. Bei den Wahlen 1930 traten sie unter dem Namen „Heimatblock“ als eigene Partei an, erhielten jedoch nur enttäuschende 6 % der Stimmen, was zur Entmachtung der bisherigen Bundesführer Steidle (Tirol) und Pfriemer (Steiermark) durch den oberösterreichischen Landesführer Ernst Rüdiger Starhemberg kam. In einem dilettantischen Putschversuch wollte der steirische Heimwehrführer Walter Pfriemer 1931 die Macht übernehmen. Nachdem sich die Heimwehren der anderen Bundesländer nicht anschlossen und der Einsatz des Bundesheeres drohte, floh er nach Jugoslawien. Ab 1933 erhielt die Heimwehr sicherheitspolizeiliche Aufgaben, ihre Bundesführer übernahmen Ministerämter. Nach der Gründung der „Vaterländischen Front“ als politische Einheitsorganisation durch Bundeskanzler Dollfuß im Mai 1933 wurden neben allen politischen Parteien letztlich auch die Heimwehren aufgelöst und integriert.

*Der hochdekorierte Weltkriegsoffizier und Wiener Heimwehrführer **Major Emil Fey, 1886-1938**, war interner Hauptgegner von Ernst Rüdiger Starhemberg und 1933-1934 Vizekanzler. Fey war eine der treibenden Kräfte bei der Entfesselung des Bürgerkrieges gegen die Sozialdemokraten im Februar 1934, doch als er sich zu sehr als „Befreier Österreichs vom Bolschewismus“ stilisierte, ließ Dollfuß ihn fallen, berief Starhemberg als Vizekanzler und schob Fey auf einen unbedeutenden Ministerposten ab. Beim Attentat auf Kanzler Dollfuß spielte Fey eine unklare Rolle und da er sich auch gegen die Eingliederung der Heimwehr in die Vaterländische Front wehrte, wurde er von Kanzler Schuschnigg endgültig politisch entmachtet. Fey beging nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht am 16. März 1938 Selbstmord.*

*Der oberösterreichische Heimwehrführer **Ernst Rüdiger (Fürst) Starhemberg, 1899-1956**, war überzeugter Anhänger einer faschistischen Ordnung nach dem Muster Italiens, aber Gegner Hitlers. Er unterhielt enge Beziehungen zu Mussolini, löste 1930 Steidle und Pfriemer als Bundesführer und 1934 Fey als Vizekanzler ab. Nachdem seine Verwicklung in den Korruptionsskandal der bankrotten Phönix-Versicherung, deren Generaldirektor die Heimwehren und Starhemberg finanziell unterstützt hatte, an die Öffentlichkeit zu gelangen drohte, trat Starhemberg 1936 zurück, zog in die Schweiz und nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich 1938 nach Argentinien. 1956 begab er sich – herzkrank - zur Kur nach Vorarlberg, wo ihn der kommunistische Journalist Georg Auer für eine Reportage fotografieren wollte. Als sich der ehemalige Heimwehrführer und der Fotograf gegenüberstanden, wollte Starhemberg mit dem Spazierstock zum Hieb ausholen – und starb an einem Herzversagen.*

Republikanischer Schutzbund

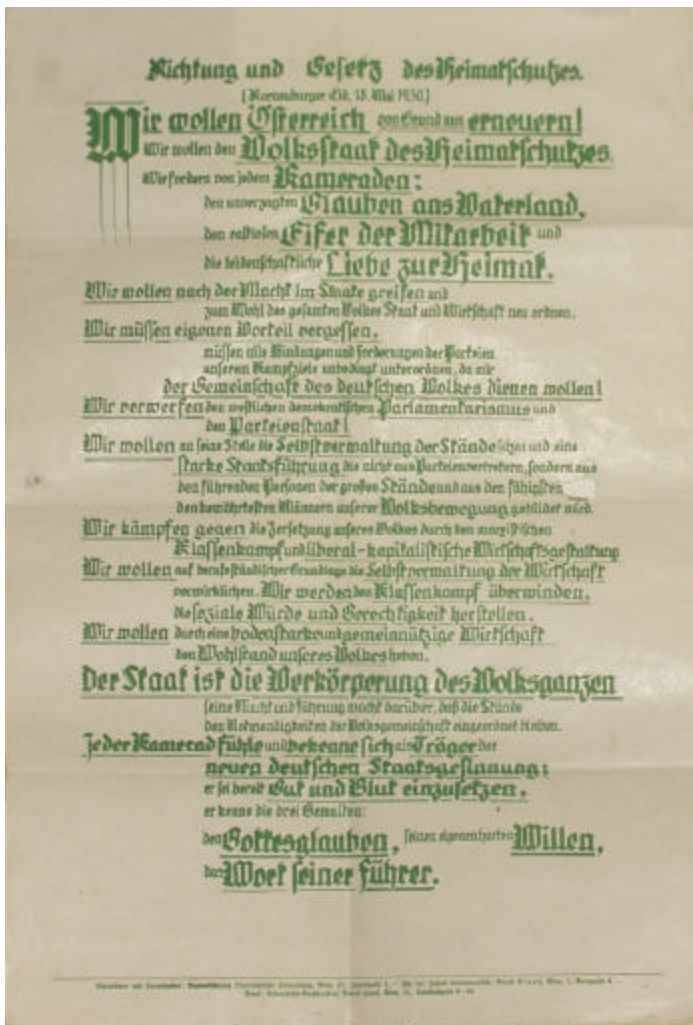
Bis 1920 war die neue Armee, die „Volkswehr“, sozialistisch dominiert. Daneben bestanden in den Betrieben noch bewaffneten Arbeiterwehren. Mit der Umwandlung der Volkswehr in das Bundesheer unter dem bürgerlichen Heeresminister Carl Vaugoin fand eine „Umpolitisierung“ statt.

Dagegen gründeten die Sozialdemokraten 1923 den „Republikanischen Schutzbund“ unter Führung des ehemaligen Staatssekretärs für Heerwesen und Volkswehr-Gründers Julius Deutsch als bewaffnetes Gegengewicht zu den Heimwehren. Bei Aufmärschen provozierte man einander bis an den Rand des Bürgerkrieges. Auch dem Schutzbund gelang es, Offiziere der ehemaligen k.u.k. Armee zu gewinnen, so den Oberst Theodor Körner (Edler von Siegringen) oder den Major Alexander Eifler (Edler von Lobenstadt).

Theodor Körner, 1873-1957, war im Ersten Weltkrieg Stabschef der 1. Isonzoarmee, nach dem Zusammenbruch Leiter des Staatsamtes für Heerwesen gewesen und wurde 1924 wegen Differenzen mit Minister Vaugoin als General pensioniert. Körner zeigte schon vor 1918 Interesse für die Sozialdemokratie und beriet nach seiner Pensionierung den Republikanischen Schutzbund. Entgegen der Meinung anderer Schutzbund-Kommandanten war Körner strikt gegen einen militärischen Einsatz des Schutzbundes und schied 1930 aus dessen Führung aus. 1934 und 1944 wurde Körner kurzzeitig verhaftet, von 1945-1951 war er Wiener Bürgermeister, 1951-1957 Bundespräsident.

Nach der Errichtung des autoritären „Ständestaates“ durch Kanzler Dollfuß im Jahr 1933 wurde auch der Schutzbund verboten, bestand aber illegal bis zum Bürgerkrieg im Februar 1934 weiter. Im Gegensatz zur Heimwehr war der Schutzbund zwar über ganz Österreich straff organisiert, es fehlte der Führung der Sozialdemokratie aber sowohl eine klare Strategie über den Einsatz als auch die nötige Entscheidungsbereitschaft dazu.

Parteiprogramme



Sozialdemokraten: „Linzer Programm“

Im radikal formulierten „Linzer Programm“ von 1926 strebten die Sozialdemokraten nach demokratischer Machtübernahme die Umgestaltung Österreichs zu einem marxistischen Staat mit „Diktatur des Proletariats“ an. Die revolutionären Phrasen ließen im Bürgertum die Angst vor einem bolschewistischen Umsturz wachsen und Schutz bei den Heimwehren suchen.

Heimwehren: „Korneuburger Eid“

Bei einer Heimwehrtagung 1930 in Korneuburg verkündete der Bundesführer Dr. Richard Steidle ein Programm, das auch als „Korneuburger Eid“ bezeichnet wurde. Die Heimwehren verfolgten ab nun einen offen anti-demokratischen Kurs und strebten eine Diktatur nach dem Muster Mussolinis in Italien an, der sie auch finanziell unterstützte. Der „Korneuburger Eid“ war eine Antwort auf das „Linzer Programm“ der Sozialdemokraten von 1926. Richard Steidle wurde 1940 im KZ Buchenwald ermordet.

Auf dem Weg zum autoritären Staat

Die Zerstörung der Demokratie und die „Vaterländische Front

Nach dem Justizpalastbrand 1927 kam es zu immer häufigeren blutigen Konfrontationen zwischen Heimwehren, Republikanischem Schutzbund und den nationalsozialistischen „Sturmabteilungen“, der SA. So forderte ein Zusammenstoß zwischen Heimwehr und Schutzbund in St. Lorenzen/ Steiermark 3 Tote und 57 Verletzte.

Aus dem Gedicht „Nach neunzehn Jahren“, Theodor Kramer, 1937

*Zehn Jahre, da würgte im Land schon die Not,
- die Hand, Kamerad, ans Gewehr! –
nicht viele hatten Arbeit, noch weniger Brot,
das machte das Blut dick und schwer.*

*Wo einer zerlumpt ging und litt, war mein Ort,
dir krährte die Feder am Hut;
man traf mit dem Kolben, man traf mit dem Wort,
und Kolben wie Wort trafen gut.*

Die Auflösung der bewaffneten Parteiarmeen war eine dringende Notwendigkeit, die Regierung ging allerdings nur gegen den Republikanischen Schutzbund vor. Den Anfang machte die christlichsoziale Tiroler Landesregierung mit einem Verbot nach Waffenfunden. Als in Wien der sozialdemokratische Bürgermeister daraufhin die Heimwehr verbieten wollte, wurde dies von der Regierung untersagt.

Aus den Nationalratswahlen 1930 gingen die Sozialdemokraten als stärkste Partei hervor, die Christlichsozialen konnten aber mit Koalitionspartnern wieder eine Regierung bilden. Bis 1932 waren die Nationalsozialisten eine vernachlässigbare Größe in Österreichs Parteienlandschaft gewesen. Aus ihrer Meinung über Österreich und ihrer Bestrebung, den demokratischen Parlamentarismus zu zerstören, machten sie aber kein Hehl (Abb. 14). Die Landtagswahlen 1932 brachten den Nationalsozialisten überraschend hohe Gewinne. Nun forderten die Sozialdemokraten Neuwahlen, was wahrscheinlich zum Regierungsverlust der Christlichsozialen aber auch zu weiteren Gewinnen der Nationalsozialisten geführt hätte. In dieser Situation übernahm Landwirtschaftsminister Engelbert Dollfuß die Regierung. Um Neuwahlen zu verhindern, bot er den Sozialdemokraten eine Koalition an, was diese ablehnten. Darauf suchte sich Dollfuß eine knappe Regierungsmehrheit im rechten Lager.

Im Jänner 1933 wurde die NSDAP stärkste Partei in Deutschland und Hitler Reichskanzler. Dollfuß fürchtete nun nicht nur den Machtverlust seiner Partei, sondern auch eine legale Machtübernahme der NSDAP wie in Deutschland. Der Kanzler stand der Demokratie grundsätzlich skeptisch gegenüber und wurde auch durch Mussolini gedrängt, die demokratische Ordnung durch eine „autoritäre Staatsführung“ zu ersetzen. Das Parlament umging Dollfuß dabei durch die systematische Anwendung von „Ermächtigungsgesetzen“ aus der Kriegszeit. Der „Erfinder“ dieser Verfassungsbrüche und legitistische Berater des Kanzlers, Sektionschef Dr. Robert Hecht, beging 1938 im KZ Dachau Selbstmord.

Im März 1933 traten bei einer Abstimmung aus wahltaktischen Gründen der erste Nationalratspräsident Karl Renner und seine beiden Vertreter zurück, was zur Handlungsunfähigkeit des Nationalrates führte. Eine „Selbstausschaltung des Parlaments“, wie propagandistisch behauptet, war es nicht, eher eine Lücke in der Geschäftsordnung, die auf politischem Wege zu schließen gewesen wäre. Jedenfalls nützte Dollfuß die Situation, hinderte den Nationalrat, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen und begann mit der Auflösung der Parteien. Auch die dem Nationalsozialismus besonders zugeneigte steirische Heimwehr wurde aufgelöst, der Heimwehr-Rest sukzessive in die Einheitspartei „Vaterländische Front“ überführt. Noch im März 1933 wurde der Republikanische Schutzbund verboten und ein allgemeines Streikverbot erlassen. Als nächsten Schlag kürzte die Bundesregierung dem „Roten Wien“ die Finanzmittel, was zu einer empfindlichen Verteuerung der Kommunalleistungen führte. Nach einer Serie von

Terroranschlägen verbot die Regierung uniformierte Aufmärsche der NSDAP, worauf die SA statt mit Braunhemden nun mit nacktem Oberkörper durch Wien marschierten. Aus Angst vor Konfrontationen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten verbot die Regierung 1933 auch den traditionellen Maiaufmarsch auf der Ringstraße und wies den Parteien weit auseinander liegende Versammlungsorte zu. Im Mai folgte das Verbot der Kommunistischen Partei, im Juni nach einem Terroranschlag in Krems mit mehreren Toten das der NSDAP. Für den 15. Jahrestag der Republikgründung am 12. November 1933 befürchtete die Regierung nationalsozialistische Anschläge und Kundgebungen der Sozialdemokraten. Dagegen sollte das Aufmarschverbot und das erst am 10. November aus Anlass eines Revolverattentates auf Dollfuß wieder eingeführte Standrecht mit Todesstrafe helfen. Nach dem Bürgerkrieg vom Februar 1934 wurde auch die Sozialdemokratische Partei verboten. Der christlichsoziale Arbeiterführer Leopold Kunschak erkannte als einer der wenigen Christlichsozialen, dass die Gefahr für Österreich alleine von den Nationalsozialisten ausging, die es gemeinsam zu bekämpfen gelte. Seine Vermittlungsversuche gegenüber den Sozialdemokraten scheiterten an der eigenen Partei. Kunschak war überzeugter Demokrat und innerparteilicher Gegner von Dollfuß und der Heimwehr, doch sein Bild in der Geschichte wird durch den vehementen katholischen Antisemitismus getrübt, zu dem er sich offen bekannte. Erst im Februar 1938 nahm Schuschnigg mit Vertretern der illegalen Sozialdemokraten Kontakt auf, doch da war es schon zu spät.

Mit der Erlassung einer neuen autoritären Verfassung im Mai 1934 vollzog Dollfuß die Umwandlung Österreichs von einer demokratischen Republik in einen „Führerstaat“. Als äußeres Zeichen dafür wurde das Staatswappen vom einköpfigen wieder zum Doppeladler geändert. Eine neue überparteiliche Organisation, die „Vaterländische Front - VF“, sollte die Parteien ersetzen und allen patriotischen Österreichern Platz bieten. Ihr Zeichen, das „Kruckenkreuz“, wurde praktisch anstelle des Staatswappens verwendet (Abb. 15). Nun bestand nur noch die christlichsoziale Partei, die sich aber auf Dollfuß' Geheiß selbst auflöste und der VF anschloss. Ähnlich den faschistischen Vorbildern in Italien und Deutschland sollte die VF das gesamte Volk und den gesamten Menschen erfassen. Dazu dienten als Unterorganisationen die aus der katholischen Jugend gebildeten „Ostmärkischen Sturmsharen“, die Jugendbewegung „Österreichisches Jungvolk“ und die zur Aufnahme der Heimwehren bestimmte „Frontmiliz“. Obwohl oder weil auf die Bevölkerung starker Druck zum Beitritt ausgeübt wurde, erlangte die VF nie den Status einer echten Volksbewegung. Als Schuschnigg einen kleinen Ort besuchte, fragte er den Bürgermeister, wie die politische Situation sei. Dieser antwortete: „Die eine Hälfte sind Sozialdemokraten, die andere Hälfte Nationalsozialisten.“ Als er das Entsetzen Schuschniggs sah, ergänzte er: „Aber keine Sorge, Herr Bundeskanzler, in der Vaterländischen Front sind sie alle.“ Die VF war keine demokratische Organisation, aber sie bekannte sich zur unbedingten Erhaltung Österreichs als selbständiger Staat. Deshalb wurden nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht die prominenten Funktionäre der VF sofort verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau deportiert.

Weltwirtschaftskrise in Österreich

Die Banken krachen

Schon während des Krieges verdienten Spekulanten mit Armeelieferungen Vermögen, nach dem Krieg verlegten sie sich auf den Finanzsektor. Zwischen 1918 und 1924 entstanden im kleinen Österreich 80 neue Banken, die mit dem Geld ihrer Kunden wild spekulierten und dazu untereinander über atemberaubende Kreditkonstrukte verbunden waren. 1924 kam es nach einer Falschspekulation zum ersten Zusammenbruch zahlreicher Banken, wobei auch seriöse Institute wie die Postsparkasse betroffen waren. Die Arbeiterbank, 1922 von den Sozialdemokraten gegründet, beteiligte sich anders als ihre Nachfolgerin BAWAG 75 Jahre später nicht an den Spekulationen. Während der Weltwirtschaftskrise gingen auch angesehenen Großbanken zugrunde. 1929 zwang Bundeskanzler Schober Louis de Rothschild, mit seiner Creditanstalt die

Verbindlichkeiten der konkursreifen Großbank Bodencreditanstalt zu übernehmen. Dadurch wurde die Creditanstalt einerseits zwar Eigentümerin einer Vielzahl von Industriebetrieben, schrieb andererseits aber selbst enorme Verluste. Da ein Konkurs der Bank den Zusammenbruch der österreichischen Wirtschaft bedeutet hätte, übernahm der Staat mit 571 Millionen Schilling (30% der jährlichen Staatseinnahmen) die Sanierung, die nur über eine Auslandsanleihe finanzierbar war. Der Staat war nun Bankeigentümer geworden, das Kreditvolumen für die dringend benötigten arbeitspolitischen Maßnahmen war aber verbraucht. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter.

1934 ließ Bundeskanzler Dollfuß die „Creditanstalt“ mit dem „Wiener Bankverein“ fusionieren. Die größte und auch „nobelste“ österreichische Bank wurde 1997 von der aus der „Zentralsparkasse der Gemeinde Wien“ hervorgegangenen „Bank Austria“ übernommen, Ende März 2008 verschwand auch der Name „Creditanstalt-Bankverein“.

Arbeitslosigkeit

Aus dem Gedicht „Das letzte Lager“, Theodor Kramer, 1928

*Mit dem ersten Wagenwaschen
kroch der Mann schon aus dem Bau,
brachte Abends in den Taschen
Abfall mit für Kind und Frau.*

*Und die Bahnarbeiter kannten
bald die Drei und ließen leis
abends ihre staubverbrannten
Mäntel liegen auf dem Gleis.*

Arbeitslosigkeit war in allen Ländern ein Problem, in Österreich aber besonders drückend. Die Regierung war zu eiserner Sparpolitik gezwungen; Industrie- und Finanzdienstleistungsbetriebe verloren mit der Aufteilung Österreich-Ungarns ihre Märkte, dafür erbt die Republik den nun weit überdimensionierten Beamtenapparat der Monarchie; Rohstoffe mussten gegen Devisen im Ausland bezogen werden; Bank- und Versicherungsmanager verspekulierten sich und vernichteten zehntausende Sparguthaben und tausende Arbeitsplätze. Geringe Konjunkturerfolge wurden durch die Weltwirtschaftskrise 1929 vernichtet. 1932 waren 500.000, 1934 bereits 590.000 Menschen - 30% aller Unselbständigen - arbeitslos. Davon erhielten 150.000 Personen nicht einmal die Arbeitslosenunterstützung von monatlich rund 60 Schilling, sondern waren völlig auf Hilfe ihrer Wohngemeinden oder auf Bettlei angewiesen. Durch Ausgabe von Armen- oder Bettlergeld - Gutscheinen, die nur in bestimmten Orten einlösbar waren - hoffte die Polizei, Landstreicherei und Bettlei kontrollieren zu können.

Ein „Österreichischer Kolonial-Verein“ sah in einer Kolonie die Lösung für die wirtschaftlichen Probleme des Landes. Woher der ohnmächtige Kleinstaat diese Kolonie bekommen sollte wurde nicht beantwortet.

Aus den Steuermitteln konnte keine Arbeitsmarktpolitik finanziert werden und die geringe Kreditwürdigkeit Österreichs im Ausland wurde durch die Banken Krisen noch verschärft. Öffentliche Arbeitsbeschaffung beschränkte sich im Wesentlichen auf den Bau von Gebirgsstraßen oder die Elektrifizierung der Eisenbahn. Aus der „Treffer-Anleihe“ von 1933 wurde unter anderem der Ausbau der Bundestrasse 1 von Wien über Linz nach Salzburg, aus der „Arbeitsanleihe“ von 1935 unter anderem die Großglockner-Hochalpenstraße und aus der „Investitionsanleihe“ von 1937 unter anderem die Plöckenpass-Straße finanziert.

Während die christlichsozialen Regierungen Österreich mit ihrer Hartwährungspolitik buchstäblich kaputt sparten, fiel die Werbung der Nationalsozialisten auf fruchtbaren Boden. Bis 1930 waren sie in Österreich eine vernachlässigbare Größe, mit der Explosion der Arbeitslosigkeit erhielten sie massiven Wählerzulauf. Sofort nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland wurden Arbeitskräfte und Ressourcen des Landes in den Dienst der Rüstungsindustrie gestellt. Kriegsvorbereitung war wohl nie „ordentliche Beschäftigungspolitik“

Österreichs Bundesheer 1920–1938

Aus rückkehrenden Soldaten der k.u.k. Armee formierte der ehemalige Frontoffizier und sozialdemokratische Staatssekretär Julius Deutsch ab November 1918 die „Volkswehr“. Kommunistische Soldaten schlossen sich in der „Rote Garde“ zusammen, die aber als eigenes Bataillon in die Volkswehr eingegliedert und dadurch kontrolliert werden konnten. Diese „Rote Garde“ löste sich im Zuge des Einsatzes im revolutionären Ungarn 1919 auf.

Sowohl im Kärntner Abwehrkampf als auch in den Grenzkonflikten um das Burgenland setzte die Regierung die Volkswehr aus politischen Rücksichten nur sehr begrenzt ein. Der Vertrag von St. Germain sah nur ein Berufsheer von 30.000 Mann vor, schwere Waffen waren verboten, Waffenfabriken sollten zerstört werden. Die „Volkswehr“ wurde aufgelöst, wegen der Beschränkung konnte nur ein Teil ihrer Soldaten in das neue „Bundesheer“ übernommen werden. Die enormen Waffenvorräte aus dem Krieg fanden zum Teil mit Wissen der Regierung ihren Weg zu den Privatarmeen oder in das Ausland.



Nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung betrieb der neue Heeresminister Carl Vaugoin ab 1921 eine Entpolitisierung der Armee, die in erster Linie eine Entfernung der Sozialisten aus dem Kader bedeutete. Nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933 schlug die Regierung einen betont österreichischen und wieder sehr vergangenheitsbezogenen Weg ein. Dazu gehörten auch neue Uniformen im Stil der k.u.k. Armee und die Anknüpfung an deren Tradition.

Am Vorabend des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht, dem 11. März 1938 ordnete Bundeskanzler Schuschnigg noch die Einberufung von Reservisten an, gab jedoch in seiner Rundfunkansprache vom selben Tag bekannt, dass das Militär gegen deutsche Soldaten nicht eingesetzt werden würde.

Der bedeutendste Offizier des Bundesheeres und Hitler-Gegner, Staatssekretär General Wilhelm Zehner, trat am 11. März 1938 zurück und wurde am 11. April von der Gestapo ermordet.

1934: Bürgerkrieg und Putschversuch

Seit dem Justizpalastbrand im Jahr 1927 war das Klima zwischen den Parteien völlig vergiftet. Immer wieder kam es zu Zusammenstößen zwischen dem „Republikanischen Schutzbund“ der Sozialdemokraten und den Heimwehren. Beide Gruppen rüsteten auf. Nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland im Jänner 1933 gingen die Nationalsozialisten zu offenem Terror über, was zu einem wenig erfolgreichen Verbot der NSDAP in Österreich führte. In dieser Situation geriet Bundeskanzler Dollfuß außenpolitisch immer mehr in Abhängigkeit von Italiens Diktator Mussolini, der die Beseitigung der Demokratie und die Errichtung eines faschistischen Staates in Österreich forderte. Während die sozialdemokratischen Parteiführer sich gegen die stückweise Demontage der Demokratie regelmäßig auf verbale Proteste beschränkten, wuchs bei der Basis der Hass. Der oberösterreichische Schutzbundführer Bernaschek ließ die Wiener Parteiführung wissen, dass er bei Angriffen zurückschlagen werde. Als die Polizei am 12. Februar 1934 im Linzer Arbeiterheim nach Waffen suchen wollte, eröffneten die Schutzbündler das Feuer. Der Aufstand in Linz war bald niedergeschlagen, aber nun erhoben sich die Arbeiter in der obersteirischen Industrieregion und in Wien. Der Schutzbund wehrte sich besonders heftig im Wiener Bezirk Floridsdorf unter dem Feuerwehroffizier Georg Weissel und in Bruck an der Mur unter dem kampferfahrenen Landespartei sekretär Koloman Wallisch. Sowohl in Wien als auch der Steiermark setzten die Regierungstruppen zur Niederschlagung des Aufstandes Artillerie ein. Die Aktion war von Anfang an aussichtslos gewesen, der Schutzbund hatten keine zentrale Führung, keine Strategie und war den aus Bundesheer, Exekutive und Heimwehren bestehenden Regierungstruppen an Anzahl und Ausrüstung stark unterlegen. Die Befürchtungen General Körners sollten bittere Wahrheit werden. Am 16. Februar waren die Kämpfe beendet, das Standrecht verhängt, die sozialdemokratischen Parteiführer flohen in die Tschechoslowakei, wurden verhaftet oder gingen in den Untergrund.

Nach dem Verbot der NSDAP in Österreich agierten die Nationalsozialisten offiziell von Bayern aus. Zwar unterstützten sie keine der beiden Parteien militärisch, biederten sich nun aber den Sozialdemokraten gegen die Regierung Dollfuß an, obwohl sie im täglichen Straßenkampf die heftigsten Gegner des Republikanischen Schutzbundes gewesen waren.

Opferbilanz:	Tote	Gehenkte	Verletzte
Sozialdemokraten	118	9	279
Regierungstruppen	47		152
Unbeteiligte	109		257
Gesamt	274	9	688

Von 21 Todesurteilen wurden neun vollzogen, die prominentesten Opfer waren der steirische Politiker Koloman Wallisch, der schwerverletzte Kommandant des Hietzinger Schutzbundes Karl Münchreiter und Georg Weissel, der Kommandant der Kämpfe in Floridsdorf.

Nach der Flucht in die Tschechoslowakei etablierten sich die sozialdemokratischen Parteiführer in Brünn, wo auch die in Österreich nun verbotene Arbeiter-Zeitung als Kleinformat weiter gedruckt wurde. Sie ließ sich so leichter schmuggeln und verteilen. Die Schutzbundführer, die nicht fliehen hatten können, wurden 1935 zu jahrelangen Kerkerstrafen verurteilt, aber noch im selben Jahr amnestiert.

So auch Major Alexander Eifler (Edler von Lobenstedt), 1888-1945, Weltkriegsoffizier, 1924 bis 1934 Stabschef des Republikanischen Schutzbundes, rief im März 1938 zum Widerstand gegen den Einmarsch Hitlers auf. Am 16.3.1938 von der Gestapo verhaftet und mit dem ersten Transport in das KZ-Dachau gebracht, wo er im Jänner 1945 starb.

NS-Terror und nationalsozialistischer Putschversuch 1934

Bis 1932 waren die Nationalsozialisten zwar lästig, schienen aber politisch keine Gefahr zu sein. Bei den Landtagswahlen dieses Jahres in Wien, Niederösterreich und Salzburg erzielten sie jedoch beachtliche Erfolge und mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland im Jänner 1933 steigerten sie ihren Terror und ihre Propaganda weiter. Bundeskanzler Engelbert Dollfuß erkannte die Gefahr, war aber außerstande ihr auf demokratischem Weg zu begegnen. So nützte er im März 1933 die Führungskrise des Parlamentes, um es für „ausgeschaltet“ zu erklären, Neuwahlen zu verhindern und ohne Parlament zu regieren. Zweifelsohne stand Dollfuß der parlamentarischen Demokratie ablehnend gegenüber, handelte aber auch aus Sorge vor einer legalen Machtübernahme der Nationalsozialisten wie in Deutschland.

Am 23. April 1933 erzielte die NSDAP bei den Gemeinderatswahlen in Innsbruck 41% der Stimmen. Als Antwort auf ihren Terrorismus, aber auch aus Furcht vor weiteren Erfolgen bei Landes- und Gemeindewahlen wurde sie am 19. Juni 1933 verboten. Darauf setzten sich viele Nationalsozialisten nach Bayern ab oder arbeiteten als „Illegale“ im Untergrund.

Während des Bürgerkrieges gegen die Sozialdemokraten bewahrten die Nationalsozialisten Ruhe, um danach mit umso stärkerem Terror in Erscheinung zu treten. Die allgemeine Verunsicherung sollte den Boden für einen Putsch bereiten. Nach dilettantischen Vorbereitungen und genauso dilettantischer Reaktion der Sicherheitskräfte besetzte ein Putschkommando der illegalen SS mit Unterstützung von Lokalpolitikern am 25. Juli den Radiosender RAVAG und das Bundeskanzleramt. Statt der gesamten Regierung trafen die Putschisten aber nur Dollfuß an, der im Handgemenge tödlich verletzt wurde. Mittlerweile waren das Bundeskanzleramt und die RAVAG von Militär umringt worden, die Putschisten kapitulierten, der als nationalsozialistischer Kanzler vorgesehene ehemalige Landeshauptmann der Steiermark Anton Rintelen beging einen Selbstmordversuch. Auch die lokalen Aufstände in Salzburg, Oberösterreich, der Steiermark und Kärnten konnten bald niedergeschlagen werden.

Engelbert Dollfuß, 1892-1934, war im ersten Weltkrieg trotz geringer Körpergröße Offizier. 1919 Sekretär im Niederösterreichischen Bauernbund, 1927 Direktor der Landeslandwirtschaftskammer, 1930 Präsident der Bundesbahn, 1931 Minister für Land- und Forstwirtschaft für die christlichsoziale Partei, 1932 Bundeskanzler. Regierte unter Druck Mussolinis und der Heimwehr, zur Abwehr der Nationalsozialisten aber auch zum eigenen Machterhalt, zunehmend autoritär aufgrund von „Ermächtigungsgesetzen“. Dollfuß fiel am 25. Juli 1934 einem Putschversuch der Nationalsozialisten zum Opfer.

Hitler hatte den Putsch ursprünglich nicht befürwortet, da er einen Konflikt mit Österreichs „Schutzmacht“ Italien befürchtete, dann aber den Putschisten doch freie Hand gelassen. Nun bedauerte er den Vorfall offiziell, ließ die illegale Landesleitung der NSDAP auflösen, vorerst alle Feindseligkeiten gegen Österreich einstellen und sandte den ehemaligen Reichskanzler Franz von Papen als Botschafter nach Wien, um die Wogen zu glätten.

Auch nach dem Tod Dollfuß' gab es keine Neuwahlen. Bundespräsident Miklas beauftragte den Justizminister Kurt Schuschnigg mit der Regierungsbildung. Etwa 5.300 illegale Nationalsozialisten wurden verhaftet und in Anhaltelager eingewiesen, wo sie auf die seit Februar inhaftierten Schützgebünder trafen. Insgesamt starben 270 Menschen, darunter 101 Mann auf Regierungsseite und 111 Aufständische. 13 Putschisten wurden hingerichtet, so auch die Mörder Dollfuß' Otto Planetta und Franz Holzweber sowie der Leiter der Besetzung der RAVAG, Johann Domes. Nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland erklärte man die toten Putschisten zu Helden, die Richter und Staatsanwälte wurden in Konzentrationslagern ermordet.

Die letzten vier Jahre

Obwohl Bundeskanzler Schuschnigg kühl, intellektuell und distanziert wirkte, versuchte die Presse, ihn als Volkskanzler darzustellen. Mit 36 Jahren war Schuschnigg bis heute der jüngste Bundeskanzler der Republik Österreich, daneben auch noch Außen- und Unterrichtsminister.

Der starke Mann hinter Schuschnigg war der frühere Heimwehr- und nunmehrige Bundesführer der Vaterländischen Front Ernst Rüdiger (Fürst) Starheimberg. Nach seinem Rücktritt 1936 übernahm Schuschnigg nun auch die Bundesführung der Vaterländischen Front.

Unter dem Eindruck der NS-Wahlerfolge und des NS-Terrors startete die Regierung eine Propaganda-Kampagne gegen die Nationalsozialisten. Um Österreich als „zweiten deutschen Staat“ neben Deutschland etablieren zu können, musste ein eigenes Österreichbewusstsein geschaffen werden. Dazu knüpfte die Regierung auch wieder ganz bewusst an die Geschichte der Donaumonarchie und der k.u.k. Armee an. Bundeskanzler Schuschnigg war außerdem Monarchist. Unter dem Ehrenschutz des Bundespräsidenten wurde für die Errichtung eines Kaiser-Franz-Josef Denkmals gesammelt. Nach der Ausschaltung der Sozialdemokratie wollte die Regierung auch die Arbeiterschaft in die Vaterländische Front einbinden, wozu hoher Druck ausgeübt wurde (Abb. 18). Wer sich nicht anschloss, verlor den Arbeitsplatz. Eine Kontaktaufnahme mit der Führung der illegalen Sozialdemokratie auf gleichberechtigter Ebene erfolgte erst Anfang 1938, als es schon zu spät war. Nach dem deprimierenden Besuch bei Hitler am Obersalzberg hielt Schuschnigg am 24. Februar eine Rede vor dem Bundestag, in der er für 13. April 1938 eine Volksabstimmung über die Zukunft Österreichs ankündigte. Sie endete mit den Worten: „Bis in den Tod rot-weiß-rot“.

Hitlers Weg zur Macht

Deutschland wurde zunehmend durch Notverordnungen des Reichspräsidenten regiert. Das parlamentarisch-demokratische System hatte abgewirtschaftet und wurde von den Kommunisten auf der linken und Vereinigungen wie dem „Stahlhelm“ auf der rechten Seite attackiert. Der „Stahlhelm“ war eine von Franz Seldte 1918 gegründete nationale Vereinigung von ehemaligen Frontkämpfern, die als bewaffneter Arm der Deutschnationalen Volkspartei des Medienzaren Alfred Hugenberg galt und das Hakenkreuz als Zeichen trug. Sie strebten die Errichtung einer faschistischen Diktatur nach dem Muster Mussolinis in Italien an. Nach der Machtergreifung Hitlers wurde der „Stahlhelm“ in die SA integriert. Bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 erreichte die NSDAP gerade 12 von 491 Mandaten. Ab 1929 explodierten auch in Deutschland die Arbeitslosenzahlen. Die Weltwirtschaftskrise, von den USA ausgehend, trieb die Menschen den radikalen Parteien in die Arme. 1930 zählte man 6,1 Millionen Arbeitslose. Bei der Reichstagswahl desselben Jahres erzielte die NSDAP einen Erdrutsch-Sieg: 6,4 Millionen Stimmen, um 5,6 Millionen mehr als bei der Wahl 1928. Sie wurde mit 107 Mandaten nach den Sozialdemokraten nun die zweitstärkste Partei. Die Wahlwerbung war von Anfang an ganz auf ihren Obmann Adolf Hitler zugeschnitten, der erst 1932 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatte. Auch die Kommunisten erzielten um 1,3 Millionen mehr Wähler, alle anderen Parteien verloren Stimmen. Hitler, der noch kein offizielles politisches Amt inne gehabt hatte, stellte sich 1932 gleich der Reichspräsidenten-Wahl. Dabei sprach er zumindest teilweise die gleiche Wählerschicht an, wie der amtierende Reichspräsident Hindenburg. Der von Stalin gelenkte kommunistische Kandidat Thälmann war chancenlos. 19 Millionen stimmten für Hindenburg, 13 Millionen für Hitler. Damit positionierte sich Hitler als logischer Nachfolger des 85jährigen Hindenburg. Für die Wahl vom 31. Juli 1932 kandidierte die NSDAP bereits als „Liste 2“, erzielten mit 13,7 Millionen Stimmen 37% der Wählerstimmen und erhielten nun als mit Abstand stimmenstärkste Partei 230 Mandate. Bei der letzten freien Wahl am 6. 11. 1932 verlor die NSDAP zwar 2 Millionen Wähler, hielten sich aber als stimmenstärkste Partei. So schufen die Wahlen wieder keine klaren Mehrheitsverhältnisse. Aus einer Position der Stärke verhandelte

Hitler nun mit anderen nationalen Parteiführern wie dem Medienzaren Alfred Hugenberg (Deutschnationale Volkspartei), Franz Seldte (Frontkämpferverband) und Franz von Papen (Zentrumspartei). Sowohl Hugenberg, Seldte als auch Papen meinten, die NSDAP für ihre Zwecke einspannen zu können, doch Hitler strebte bereits unverblümt die alleinige Macht in Deutschland an. Dabei konnte er auf finanzielle Unterstützung der deutschen Großindustriellen rechnen, die in ihm ein willfähiges Instrument zur Abwehr des Bolschewismus sahen. Noch am 29. Jänner 1933 hielt die gut informierte Neue Freie Presse den Führer der Zentrumspartei Franz von Papen für den nächsten Reichskanzler. Doch am 30. Jänner beauftragte Reichspräsident Hindenburg nach einer Intervention führender deutscher Industrieller den Obmann der stärksten Partei, Adolf Hitler, mit der Regierungsbildung, obwohl er diesen tief verachtete. Dafür nahm Hitler den von Hindenburg und der Industrie geschätzten konservativen Franz von Papen als Vizekanzler in seine Regierung auf. Knapp vor den Reichstagswahlen, mit denen Hitler seine Kanzlerschaft bestätigen wollte, brannte am 28. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude. Der als Brandstifter festgenommene holländische Kommunist Marinus van der Lubbe wurde hingerichtet. Möglicherweise hat die SA selbst das Feuer gelegt, um die Wahlen zu beeinflussen. Der Brand des Reichstages diente als Vorwand, durch die „Reichstagsbrandverordnung“ die Freiheitsrechte der Bürger erheblich einzuschränken. Bei den wenige Tage später stattfindenden ersten Wahlen unter dem Druck seiner Regierung feierte Hitler einen triumphalen Erfolg. Im ganzen Reich ging man nun gegen politische Gegner mit äußerster Härte vor. Nachdem Hitler die linke Opposition beseitigt hatte, ging er die Säuberung in den eigenen Reihen an. Dazu wurde ein „Putschversuch“ des SA-Führers Röhm konstruiert. Tatsächlich hatte Röhm es zum zweiten Mann hinter Hitler gebracht und sich dadurch die Feindschaft der anderen NS-Größen, insbesondere des SS-Chefs Himmler eingehandelt, der auch die nur mehr formelle Oberhoheit der SA über die SS endgültig beseitigen wollte. Die innerhalb der SA ausgelebte und in Parteikreisen bekannte Homosexualität Röhm's bot einen weiteren Vorwand. Himmler's SS vollzog die Aktion, die dadurch wie geplant die SA innerparteilich ausschaltete. Weil die Gelegenheit günstig war, ließ Hitler gleich auch unbequeme Politiker ermorden, wie den ehemaligen Reichskanzler und Rivalen um die Macht General von Schleicher oder beglich „alte Rechnungen“ wie mit dem ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten vom Putschversuch 1923 Gustav von Kahr. Vizekanzler von Papen, ehemaliger Parteiführer, Reichskanzler, zuerst Gegner, dann Vizekanzler Hitlers, ein eiskalter Karrierist, der die Ermordung enger Mitarbeiter und Freunde durch Hitlers Schergen reaktionslos hinnahm, blieb nur verschont, weil er ein Vertrauter Hindenburgs war. Insgesamt wurden mehr als 200 Menschen ermordet. Von nun an war klar, dass jede oppositionelle Regung in Deutschland lebensgefährlich war. Die nächste Station auf dem Weg Hitlers zur Macht war der Tod Reichspräsident Hindenburgs am 2. August 1934. Einen Tag davor ließ Hitler ein Reichsgesetz verkünden, wonach nach Hindenburgs Tod das Amt des Präsidenten und des Reichskanzlers zusammengelegt werden würden. Damit wurde Hitler auch Oberbefehlshaber der Reichswehr, die er sofort nach Hindenburgs Tod auf sich vereidigen ließ. Er hatte nun die alle politische Macht auf sich vereint und nannte sich „Führer und Reichskanzler“. Wie im Vertrag von Versailles vorgesehen, wurde 1935 nach 15 Jahren französischer Besetzung im Saarland eine Volksabstimmung über den weiteren Verbleib des Landes durchgeführt. Angesichts der großen Erfolge Hitlers war das Ergebnis von 90% Befürwortung eines Zusammenschlusses mit Deutschland, der am 1. März 1935 vollzogen wurde, nicht verwunderlich.

Hitlers erste Kontakte mit Mussolini waren wenig erfolgreich, dabei bewunderte Hitler den italienischen Faschistenführer wegen seiner Machtergreifung im „Marsch auf Rom“. Mussolini verachtete Hitler und misstraute ihm. Noch 1933 beharrte er auf der Existenz Österreichs als Pufferstaat, da er deutsche Ambitionen auf Südtirol fürchtete und ließ beim nationalsozialistischen Putschversuch 1934 Truppen am Brennerpass aufmarschieren. Als Italien 1935 seinen Feldzug gegen Abessinien startete, bot Hitler als Einziger Unterstützung an und konnte dadurch endlich seine außenpolitische Isolation durchbrechen. Bereits 1936 verkündete Mussolini die „Achse Rom-Berlin“ und sicherte Hitler seinerseits Unterstützung. Das bewies

Mussolini schon, als am 7. 3. 1936 die Reichswehr in das entmilitarisierte Rheinland einmarschierte und Hitler dadurch die Verträge von Versailles und Locarno gebrochen hatte. Die Westmächte begnügten sich mit verbalen Protesten und bestärkten Hitler in seiner Ansicht, sie würden seine Expansionspolitik weiter tolerieren. Der faschistische Diktator Spaniens, Francisco Franco, blieb im zweiten Weltkrieg zwar neutral, bot Deutschland aber eine Basis für verschiedenste Operationen und Geschäfte. Schon der Einsatz des deutschen Flugzeugverbandes „Legion Condor“ im spanischen Bürgerkrieg bot Hitler die Gelegenheit, die illegal aufgebaute Luftwaffe zu testen. Das nächste Opfer sollte nun Österreich sein.

Dem Untergang entgegen

Die gegen jugoslawische Ansprüche gerichteten „Römischen Protokolle“ verbündeten Italien, Österreich und Ungarn seit 1934. Mussolini und Ungarns Ministerpräsident Gömbös steuerten einen faschistischen Kurs, Österreich versuchte, einen Mittelweg zu finden. Ziel war aber auch die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten. Seine erste Auslandsreise führte Bundeskanzler Schuschnigg zu Italiens Diktator Mussolini. Der gebürtige Südtiroler Schuschnigg entwickelte zu Mussolini kein so herzliches Verhältnis wie Dollfuß es hatte. Trotzdem bestätigte Italien vorerst seine Garantie für Österreichs Unabhängigkeit. Das Verhältnis zur CSR blieb kühl, auch weil die österreichischen Sozialdemokraten von Brünn aus ungehindert agieren konnten. Dem tschechischen Staatspräsidenten Beneš war Schuschnigg wegen dessen monarchistischer Gesinnung suspekt. Von Beneš stammt der Ausspruch „Lieber Hitler in Wien als die Habsburger“, aber „Hitler in Wien“ bedeutete ein Jahr darauf auch den Untergang der CSR.

Als Italien 1935 Äthiopien angriff und dafür vom Völkerbund geächtet wurde, leistete Deutschland Rüstungshilfe. Das führte zu einer Annäherung Mussolinis und Hitlers, wobei Hitler versicherte, keine Ambitionen auf Südtirol zu haben. Darauf zog sich Italien aus seiner Schutzmachtfunktion für Österreich immer mehr zurück. Als Reaktion auf den Einmarsch Hitlers im Rheinland führte Schuschnigg unter Bruch des Vertrages von St. Germain die allgemeine Wehrpflicht wie der ein, aber auch davon nahmen die Westmächte keine Notiz. Auf sich allein gestellt suchte Schuschnigg nun den Ausgleich mit Hitler. Im Juli-Abkommen von 1936 bekräftigte Hitler die Unabhängigkeit Österreichs und hob die „Tausend-Mark-Sperre“ auf, dafür wurde das Verbot der NSDAP in Österreich aufgehoben. Im November 1936 bestätigten die Bündnispartner der „Römischen Protokolle“ bei einem Treffen in Wien das Juli-Abkommen Österreichs mit Deutschland. Von einer garantierten Unabhängigkeit Österreichs war aber keine Rede mehr. Das Jahr 1937 war von einem immer engeren Zusammenrücken Italiens und Deutschlands gekennzeichnet, das in Wien genau beobachtet wurde. Im November erfuhr Österreich von Hitlers konkreten Einmarschplänen („Hossbach-Protokolle“). Als Hitler Schuschnigg im Februar 1938 auf den „Berghof“ einlud, glaubte der österreichische Kanzler, verhandeln zu können. Doch Hitler brüllte die österreichische Delegation nieder und drohte unverhüllt mit dem sofortigen Einmarsch, wenn seine Forderungen nach einer Beteiligung von Nationalsozialisten an der Regierung und der freien Agitationsmöglichkeit für die NSDAP nicht erfüllt werden würden. Zurück in Österreich akzeptierte Schuschnigg die Forderungen des „Berchtesgadener Abkommens“ und nahm nun auch deklarierte Nationalsozialisten in die Regierung auf. Unter dem Eindruck überschwänglicher nationalsozialistischer Kundgebungen, die vom gerade erst angelobten nationalsozialistischen Innenminister Seyss-Inquart offen unterstützt worden waren, entschied Schuschnigg, am 13. März 1938 eine Volksabstimmung über die Frage, ob Österreich selbständig bleiben solle oder nicht, abhalten zu lassen. Binnen kürzester Zeit wurde zwar eine umfassende Werbekampagne gestartet (Abb. 19), eine Einigung der tief gespaltenen österreichischen Gesellschaft gelang jedoch nicht mehr. Allerdings fürchtete Hitler einen für den Anschluss an Deutschland negativen Ausgang, was seinem Image als „Befreier“ und „Einiger“ des deutschen Volkes schwer geschadet hätte. Das konnte er nicht zulassen.

Einmarsch und Anschluss 1938 – Eine Woche im März

Vorgänge in Österreich	Vorgänge in Deutschland
<p>9.3. Schuschnigg kündigt eine Volksabstimmung über Österreichs Selbständigkeit in Innsbruck öffentlich an – Rede: „Mander, 's ischt Zeit“</p>	
<p>10.3. Details zur Volksabstimmung werden festgelegt</p>	<p>Hitler gibt Befehl zur Vorbereitung des Einmarsches und informiert Mussolini</p>
<p>11.3. Laufend Demonstrationen von Nationalsozialisten - österreichische SA u SS übernehmen in vielen Gemeinden den Sicherheitsdienst.</p> <p>14.30 Uhr: Bundesregierung sagt Volksabstimmung ab</p> <p>16.00 Uhr: Bundeskanzler Schuschnigg tritt zurück.</p> <p>17.30 Uhr: Nachricht der österreichischen Botschaften, dass Großbritannien und Frankreich zu militärischem Einschreiten nicht bereit seien; Italien verweigert eine Stellungnahme, Mussolini ist nicht zu erreichen. Generaltruppeninspektor Schilhawsky widerruft darauf den Mobilisierungsbefehl</p> <p>19.50 Uhr: Abschiedsrede Schuschniggs im Radio: „So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volk mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich“</p> <p>21.00 Uhr: Bundespräsident Miklas verweigert noch immer die Beauftragung Seyss-Inquarts mit der Regierungsbildung. Österreichische Nationalsozialisten besetzen Amtsgebäude und übernehmen öffentliche Ämter</p> <p>23.14 Uhr: Der Rundfunk befindet sich in Hand der Nationalsozialisten und verbreitet die Nachricht, Seyss-Inquart sei mit der Regierungsbildung betraut worden.</p> <p>Vor 24.00 Uhr: Bundespräsident Miklas betraut Seyss-Inquart auf Druck Schuschniggs doch mit der Regierungsbildung</p>	<p>Hitler fordert von Schuschnigg die Verschiebung der Volksabstimmung, widrigenfalls deutsche Truppen einmarschieren werden, gibt aber gleichzeitig die Weisung, am 12.3. in Österreich einzumarschieren.</p> <p>15.55 Uhr: Göring fordert die Regierungsübergabe an Arthur Seyss-Inquart, einen Nationalsozialisten, der seit 15.2.1938 als Innenminister Mitglied der Regierung Schuschnigg ist, bis 17.30 Uhr.</p> <p>21.00 Göring fordert von Seyss-Inquart ein Telegramm mit einem Einmarschersuchen. Seyss-Inquart weigert sich, das Telegramm wird in Berlin gefälscht und veröffentlicht</p> <p>22.45 Hitler wird informiert, dass Mussolini keinen Einwand gegen einen Einmarsch erheben werde.</p> <p>Telegramm Hitlers an Mussolini „Duce...ich werde Ihnen dies nie vergessen“</p>

12.3

02.10 Uhr: Seyss-Inquart informiert Berlin, dass der Einmarsch nicht mehr nötig sei.

05.00 Uhr: Die SS-Führer Himmler und Heydrich treffen in Wien ein, sofortige Übernahme der Polizei und Durchführung von Verhaftungen

08.00 Uhr: Einmarsch von 105.000 Mann deutscher Truppen und 16.000 Mann Polizei.
Mexiko protestiert als einziges Land der Welt gegen den Einmarsch.

10.15 Uhr: Landung deutscher Luftwaffe in Aspern bei Wien

Mittag: Proklamation Hitlers über den Anschluss Österreichs wird im deutschen Rundfunk verlesen.

15.50 Uhr: Hitler in Braunau

20.00 Uhr: Hitler in Linz

13.3.

Entwurf eines „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ im Ministerrat genehmigt. Bundespräsident Miklas lehnt die Unterzeichnung ab und tritt zurück. Josef Bürckel wird von Hitler zum Leiter der NSDAP in Österreich ernannt

14.3.

Hitler in Wien, Rede auf dem Heldenplatz

16.3.

Die „Zentralstelle zur Durchführung der Wiedervereinigung“ nimmt ihre Tätigkeit auf

17.3.

Umwandlung der Bundesregierung in eine Landesregierung – Arthur Seyss-Inquart wird Reichsstatthalter

Der linkssozialistische Premierminister Frankreichs, Leon Blum, verfolgte ebenso wie Großbritanniens Arthur Neville Chamberlain eine „Appeasement-Politik“ der Nichteinmischung. Nur Großbritanniens Außenminister Anthony Eden war für eine harte Haltung gegen Hitler und trat wegen Chamberlains Friedenspolitik im Februar 1938 zurück. Des Friedens willen opferten sie Österreich und die Tschechoslowakei. Erst nach dem Überfall Hitlers auf Polen erfolgte die Kriegserklärung an Deutschland.

Die Hetzjagd beginnt

Noch vor den deutschen Truppen langten die SS-Führer Himmler und Heydrich in Wien ein und übernahmen den Sicherheitsapparat. Schon Wochen vor dem Einmarsch wurden mit Hilfe des Innenministers der Regierung Schuschnigg, Arthur Seyß-Inquart, Listen jener Personen erstellt, die sofort zu verhaften seien. Damit begann der Terror gegen Juden und Regimegegner. Manche konnten noch flüchten, manche blieben und warteten ab, manche begingen Selbstmord wie der Kulturhistoriker Egon Fridell und manche wurden schon wenige Tage nach dem Anschluss ermordet wie Staatssekretär General Wilhelm Zehner. Juden wurden unter dem Gejohle der Menge gezwungen, die Parolen für die geplante Schuschnigg-Volksabstimmung von Gehsteigen und Wänden zu waschen. Die ersten Berufsverbote ergingen und Geschäfte wurden boykottiert. Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ berichteten schon am 12. März, dem Tag des Einmarsches, von einer „Massenabwanderung von Juden“ mit der Bahn nach Budapest, wobei die Passagiere von aufmerksamen Wachebeamten und Bahnpersonal nach Geld „visitiert“, also schlicht beraubt, wurden. Das selbe Blatt meldete, dass „zahlreiche Funktionäre verschiedener ehemals vaterländischer Organisationen festgenommen“ worden waren und „vorläufig in Schutzhaft“, wie es zynisch hieß, verbleiben werden.

Aus dem Gedicht „Wer läutet draußen an der Tür?“, Theodor Kramer, Juni 1938

*Wer läutet draußen an der Tür?
Bleib nur, ich geh, mein Kind.
Es war ein Mann; der fragt an
beim Nachbar, wer wir sind.*

*Wer läutet draußen an der Tür?
Die Fuchsien blüh'n so nah.
Pack, Liebste, mir mein Waschzeug ein
und wein nicht: sie sind da.*

Bis 1938 lebten in der Republik Österreich rund 200.000 Menschen jüdischer Konfession, von denen nach dem Anschluss an das Deutsche Reich durch das NS-Regime 65.000 ermordet wurden. Etwa 20.000 haben den Terror in Lagern oder im Untergrund überlebt, mehr als 110.000 wurden ihres Eigentums beraubt und in die Emigration gezwungen. Der Einmarsch deutscher Truppen nach Österreich trug den Tarnnamen „Operation Otto“ und war für den Fall der Restaurierung der Habsburger geplant. Der Kaisersohn Otto von Habsburg wurde steckbrieflich gesucht. Legitimisten, die eine Rückkehr zur habsburgischen Monarchie anstrebten, waren mit Funktionären der „Vaterländischen Front“, Juden und Kommunisten erste Ziele des nationalsozialistischen Hasses. Bei den Festnahmen konzentrierte sich die Polizei vorerst noch auf Politiker wie Bundeskanzler Schuschnigg, den Wiener Bürgermeister Richard Schmitz, die späteren Bundeskanzler Leopold Figl und Alfons Gorbach, ehemalige Heimwehrführer und Funktionäre der Vaterländischen Front wie den Chef des Bundespressedienstes und früheren Oberst Walter Adam oder den Staatsanwalt und späteren Justizminister Dr. Josef Gerö, Monarchisten wie den Sekretär Kaiser Karls, Karl Werkmann, hohe Beamte wie Sektionschef Dr. Hecht, Polizisten wie den Gendameriegeneral Dr. Kimmel, Offiziere und Richter sowie jüdische Kaufleute, Journalisten und Künstler wie den Librettisten Fritz Löhner-Beda oder den Präsidenten des PEN-Clubs Raoul Auernheimer. Die ersten österreichischen Häftlinge in Dachau waren die Söhne des 1914 in Sarajewo ermordeten Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, die Brüder Max und Ernst von Hohenberg, sowie der ehemalige Generaloberst Erzherzog Josef Ferdinand. Mit dem ehemaligen Wiener Finanzpolitiker Dr. Robert Danneberg, dem illegalen Gewerkschaftsführer Franz Olah und dem Schutzbundkommandanten Major Alexander Eifler waren prominente Sozialdemokraten, mit dem späteren Obmann des KZ-Verbandes und Wiener Gemeinderat Dr. Ludwig Soswinski und dem späteren Wiener Kulturstadtrat Dr. Viktor Matejka auch bekannte Kommunisten unter den ersten Deportierten. Ansonsten hielt sich die Gestapo gegenüber den Sozialdemokraten noch zurück, da man hoffte, sie durch die Verhaftung der Gegner aus dem Bürgerkrieg 1934 für das NS-Regime gewinnen zu können.

Der erste Österreichertransport („Prominententransport“) nach Dachau, 1. April 1938.

Wien, am 1. April

1938

Transporte von Schutzhäftlingen
Nach dem Konzentrationslager „D a c h a u“

I. Transport.

Am 1. April 1938 erfolgte der I. Transport von Schutzhäftlingen nach dem Konzentrationslager in „D a c h a u“:

Anzahl: 151 Mann.

Der größte Teil der zum Abgang bestimmten Schutzhäftlinge bestand aus höheren Beamten des ehemaligen Bundeskanzleramtes, Minister, Bürgermeister von Wien, Beamte der Polizeidirektion und des Generalinspektorates, des Heimatdienstes, der Vaterländischen Front, der Gendarmerie und Kaufleute aus der jüdischen Rasse stammend.

Die Zusammenstellung des Zuges hatte durch das Gefangenenhaus zu erfolgen und erforderte – da keine Erfahrungen diesbezüglich vorhanden waren – einiges Kopfzerbrechen und Arbeit. Schwierigkeiten ergaben sich durch das Einbringen der in anderen Einsatzstellen untergebrachten Schutzhäftlinge. Durch Zusammenarbeiten aller an dem Zuge interessierten Stellen gelang es jedoch alle Schutzhäftlinge rechtzeitig stellig zu machen. Auftragsgemäß mussten alle Schutzhäftlinge tags vorher wagenweise und allein in eigene Zellen untergebracht werden.

Der Abtransport hinterließ bei allen SWB.*) einen gewissen psychischen Eindruck, hervorgerufen durch das Dabeisein der Eigenen ehemaligen hohen und höchsten Vorgesetzten.

Die Abfertigung erfolgte durch Polizeimajor Herzog.

*) Anmerkung: SWB = Sicherheitswachebeamter

Namensliste

1	Adam Walter	52	Jakob Henry	103	Reich Maximilian
2	Alexander Richard	53	Janisch Max	104	Reither Josef
3	Auernheimer Dr. Raoul	54	Kalmar Alexander	105	Richter Oswald
4	Becker Dr. Hans	55	Kalmar Dr. Rudolf	106	Ronge Max
5	Benda Viktor	56	Kargl August	107	Rossmannith Dr. Josef
6	Blick Dr. Josef	57	Kende Josef	108	Rupertsberger Dr. Franz
7	Billes Stefan	58	Kimmel Dr. Josef	109	Rutra Arthur
8	Blitz Dr. Wilhelm	59	Klausner Ludwig	110	Scheuer Walter
9	Bock Dr. Friedrich	60	Kleinwächter Dr. Ludwig	111	Schmittner Dr. Paul
10	Böhm Dr. Richard	61	Kloss Rudolf	112	Schiffmann Bernhard
11	Braun Dr. Heinrich	62	Kolisch Paul	113	Schiffmann Hermann
12	Buchbinder Ernst	63	Korff Robert	114	Schiffmann Max
13	Buchsbaum Leopold	64	Kotanyi Johann	115	Schiffmann Michael
14	Burstyn Heinrich	65	Kremer Hans	116	Schimek -Ruhswurm Rudolf
15	Burstyn Josef	66	Krisshaber Theodor	117	Schmitz Richard
16	Burstyn Nathan	67	Kristen Emil	118	Schreiter Dr. Fritz
17	Burstyn Israel	68	Kühr Dr. Friedrich	119	Siglberg Dr. Max
18	Burstyn Wolf	69	Kurz Willi	120	Sitzmann alias Klein Erwin
19	Burstyn Salomon	70	Lackner Hermann	121	Soswinski Dr. Ludwig
20	Claisen Alfred	71	Lang Dr. Friedrich	122	Springer Paul
21	Colbert Ernst	72	Langer Dr. Josef	123	Sprinzl Leopold
22	Danneberg Dr. Robert	73	Lax Dr. Gabriel	124	Staud Johann
23	Draxler Dr. Ludwig	74	Lehrer Hugo	125	Stern Johann
24	Duchon Rudolf	75	Lenk Liebmann	126	Stieber Ignaz
25	Dworak Engelbert	76	Löhner-Beda Fritz	127	Stilfried Emanuel
26	Eckert Friedrich	77	Luda Josef	128	Streitmann Dr. Erich
27	Ehrlich Dr. Jakob	78	Ludwig Eduard	129	Streitmann Friedrich
28	Eifler Alexander	79	Lux Josef August	130	Stricker Robert
29	Eisenstätter Hans	80	Manda Dr. Rudolf	131	Sussmann Dr. Heinrich
30	Eisler Dr. Amand	81	Marek Anton	132	Szigetti Theodor
31	Entinger Richard	82	Mateyka Dr. Viktor	133	Trojdl Otto
32	Fein Erich	83	Maurer Dr. Emil	134	Uhlira Julius
33	Felsenburg Adalbert	84	Mayer Ferdinand Karl	135	Unschuld Ernst
34	Figl Ing. Leopold	85	Mestrozzi Waldemar	136	Vedrovsky Johann
35	Friedmann Desidor	86	Neumann Otto	137	Waranitsch Karl sen.
36	Geller Alexander	87	Neurath Dr. Paul	138	Waranitsch Karl jun.
37	Gerö Dr. Josef	88	Nischelwitzer Dr. Josef	139	Watzek Adolf
38	Gorbach Dr. Alfons	89	Oberweger Albert	140	Weindl Stefan
39	Gredler Richard	90	Olah Franz	141	Werkmann Karl
40	Grünfeld Arnold	91	Osio Dr. Alois	142	Wildpanner Hermann
41	Günther Otto	92	Pammer Dr. Maximilian	143	Willmann Felix
42	Haas Lothar	93	Paul Heinz Rudolf	144	Wirtl Karl
43	Händler Josef	94	Paul Dr. Josef	145	Wittmann Josef
44	Hecht Dr. Robert	95	Penz Rudolf	146	Zar Arthur
45	Heilig Bruno	96	Poukar Raimund	147	Zedrbauer Dr. Emmerich
46	Hilbert Dr. Egon	97	Prett Adolf	148	Zelburg Franz
47	Hödl Johann	98	Proksch Adolf	149	Zenz Franz
48	Hornbostl Theodor	99	Ptak Emil	150	Zonabend Mendl
49	Hörtwig Alfred	100	Pultar Dr. Erich		
50	Hutfless Paul	101	Pultar Walter		
51	Hüttl Dr. Heinrich	102	Rauch Leopold		

Transporthäftling Nr 76: Löhner-Beda, Fritz

Geboren als Friedrich Löwy am 24.6.1883, Österreicher, Jude, Promotion zum Dr. jur. 1908, verheiratet, drei Kinder. Mitte März 1938 verhaftet, am 1. April 1938 in das KZ Dachau deportiert, am 4.12.1942 im KZ Auschwitz erschlagen; seine Frau, deren Mutter und seine beiden Töchter starben im KZ Minsk.

Die Stars der Zeit waren Komponisten und Interpreten wie Hermann Leopoldi und Richard Fall und Autoren wie der Kabarettist Fritz Grünbaum und der Librettist zahlreicher Operetten **Fritz Löhner-Beda**. Alle vier wurden nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich in Konzentrationslager verschleppt. Hermann Leopoldi überlebte, Fritz Löhner-Beda, Richard Fall und Fritz Grünbaum wurden ermordet.

Von Fritz Löhner-Beda stammen auch die Texte der im ganzen Deutschen Reich gesungenen Schlager

- In der Bar zum Krokodil
- Du schwarzer Zigeuner
- Drunt' in der Lobau
- Ausgerechnet Bananen
- Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren
- Oh, Donna Clara
- Wo sind deine Haare, August?
- Was machst du mit dem Knie, lieber Hans?
- Blume von Hawaii
- My little Boy, ich bleib dir treu

Für Franz Lehár, den Lieblingskomponisten Adolf Hitlers, schrieb Löhner-Beda:

- Dein ist mein ganzes Herz (*Das Land des Lächelns*)
- Freunde, das Leben ist lebenswert (*Giuditta*)
- Meine Lippen, sie küssen so heiß (*Giuditta*)
- O Mädchen, mein Mädchen, wie lieb ich Dich (*Friederike*)
- Warum hast Du mich wachgeküsst (*Friederike,*)
- Schön ist die Welt (*Schön ist die Welt*)

Raul Hilberg, Überlebender des KZ-Auschwitz, berichtet über den Tod Fritz Löhner-Bedas: „*Einer der Direktoren (des Chemiekonzerns „I.G. Farben“)* wies auf Dr. Löhner-Beda und sagte zu seinem SS-Begleiter: *„Diese Judensau könnte auch rascher arbeiten.“* Darauf bemerkte ein anderer I.G.-Direktor: *„Wenn die nicht mehr arbeiten können, sollen sie in der Gaskammer verrecken.“* Nachdem die Inspektion vorbei war, wurde Dr. Löhner-Beda aus dem Arbeitskommando geholt, so geschlagen und mit Füßen getreten, dass er als Sterbender zu seinem Lagerfreund zurückkam und sein Leben in der I.G.-Fabrik Auschwitz beendete.“

Die Direktoren der I.G. Farben wurden im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess angeklagt, darunter befanden sich wohl auch die am bestialischen Mord an Dr. Fritz Löhner-Beda Schuldigen. Der Hauptangeklagte, Vorstandsdirektor Otto Ambros, verantwortlich für den Arbeitseinsatz im KZ Auschwitz und damit den Tod zigtausender Menschen, wurde zu einer Strafe von acht Jahren Haft verurteilt von denen er nur drei Jahre verbüßen musste.

Seinen letzten Liedtext verfasste Fritz Löhner-Beda im KZ Buchenwald zur Musik des Wiener Komponisten und Mit-Häftlings Hermann Leopoldi.

Buchenwaldlied

*Wenn der Tag erwacht, eh' die Sonne lacht,
die Kolonnen zieh'n zu den Tages Müh'n
hinein in den grauernden Morgen.
Und der Wald ist schwarz und der Himmel rot,
und wir tragen im Brotsack ein Stückchen Brot
und im Herzen, im Herzen die Sorgen.
O Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen,
weil du mein Schicksal bist.
Wer dich verließ, der kann es erst ermessen,
wie wundervoll die Freiheit ist!
O Buchenwald, wir jammern nicht und klagen,
und was auch unser Schicksal sei,
wir wollen trotzdem ja zum Leben sagen,
denn einmal kommt der Tag: Dann sind wir frei!*

*Und das Blut ist heiß und das Mäd'el fern,
und der Wind singt leis', und ich hab' sie so gern,
wenn treu sie, ja, treu sie nur bliebe!
Und die Steine sind hart, aber fest unser Tritt,
und wir tragen die Picken und Spaten mit
und im Herzen, im Herzen die Liebe.
O Buchenwald, ...*

*Und die Nacht ist kurz, und der Tag ist so lang,
doch ein Lied erklingt, das die Heimat sang:
wir lassen den Mut uns nicht rauben!
Halte Schritt, Kamerad, und verlier nicht den Mut,
denn wir tragen den Willen zum Leben im Blut
und im Herzen, im Herzen den Glauben.
O Buchenwald, ...*

Volksabstimmung am 10. April 1938

Eine Volksabstimmung sollte am 10. April im ganzen „Großdeutschen Reich“ den Anschluss Österreichs legitimieren. Sofort nach dem Einmarsch setzte massive Propaganda ein. Die österreichischen Bischöfe wurden genauso wie der gemäßigte Sozialist und erste Staatskanzler Dr. Karl Renner unter Druck gesetzt, eine Empfehlung für den Anschluss abzugeben.

Göring gab ein Beschäftigungsprogramm bekannt, das zehntausenden Österreichern sofort Arbeit versprach, mit dem in Wahrheit Österreich aber in den Dienst der Aufrüstung Deutschlands gestellt wurden. Um die Sozialdemokraten auf ihre Seite zu ziehen, warben die Nationalsozialisten massiv mit der Wiedereinstellung von im Februar 1934 entlassenen und seitdem langzeit-arbeitslosen Sozialisten.

In Österreich wurden zwei Sorten Abstimmungszettel verwendet: grüne für Angehörige des Bundesheeres, weiße für den Rest der Bevölkerung. Juden war die Teilnahme verboten, zahlreiche Regimegegner waren schon verhaftet, mehr als 300.000 Österreicher durften oder konnten an der Abstimmung nicht teilnehmen. Die Abstimmungskommissionen bestanden nur aus Nationalsozialisten, in vielen Lokalen gab es keine Wahlzellen und es wurde erwartet, dass offen abgestimmt werde. Auch wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung den Anschluss begrüßte, kam das Ergebnis von 99,75 % nur unter massivem Druck und Schwindel zustande. Berlin hätte wegen der Glaubwürdigkeit im Ausland sogar ein etwas niedrigeres Ergebnis lieber gesehen.

Aus dem Gedicht „Es mögen andre eine Heimat suchen...“, Theodor Kramer, 1941

*Es mögen andre eine Heimat suchen,
ich bin von meiner für die Zeit verbannt:
ich bin nicht da, zu preisen und zu fluchen,
im Lärm der Stille bin ich zugewandt.*

*Es mögen andre suchen eine Bleibe,
und nützlich werden der, und jener reich;
doch wo ich steh' und was ich immer treibe,
dort steht und lebt ein Stückchen Österreich.*

Sieben Jahre im „Tausendjährigen Reich“

Die NS-Herrschaft erreichte durch massive Kriegsrüstung vorerst Vollbeschäftigung. Auch der über geringe Anfänge nicht hinausgekommene Autobahnbau diente der Verbindung der österreichischen Rüstungsbetriebe mit dem „Altreich“. Finanziert wurde dieser „Wirtschaftsaufschwung“ durch verdeckte Verschuldung in Milliardenhöhe sowie der Beraubung hunderttausender rechtlos gewordener Menschen.

Die Bilanz von Österreichs Teilnahme am Großdeutschen Reich waren

1938-1945:

- 247.000 Gefallene
- 120.000 durch das Regime ermordete Menschen
- 30.000 Zivilisten durch Kampfhandlungen getötet
- 120.000 jüdische Österreicher beraubt und vertrieben
- 370.000 Witwen und Waisen
- 170.000 Invalide
- 500.000 Kriegsgefangene

1945 waren in Österreich:

- 1.200.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht
- 1.000.000 alliierte Besatzungssoldaten
- 590.000 befreite KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter
- 500.000 durchziehende Soldaten von Fremdarmeen
- 320.000 Flüchtlinge angesiedelt
- 230.000 durchziehende Flüchtlinge



Abb 12: Rudolf Ledl, 1930
Abb 15: anonym, um 1934



Abb 13: Viktor Th. Slama, 1930
Abb 16: Hermann Kosel, 1933



Abb 14: anonym, 1930
Abb 17: Chatroux,



Abb 18: Lois Pregartbauer, 1934



Abb 19: August Schmid, 1938



Abb 20: anonym, 1938

